KVJS

Fokus Pflege

Planungsperspektiven für die Stadt- und Landkreise

2017 – 2030

Inhaltsverzeichnis

Vorwort ... 3

1. Ausgangslage ... 4

2. Pflege im Jahr 2030: Perspektiven ... 5

3. Entwicklungen in Baden-Württemberg und in den einzelnen Stadt- und Landkreisen ... 12

Anhang ... 58
I. Datenbasis ... 59
II. Methodik ... 59
1. Berechnung der zukünftigen Zahl pflegebedürftiger Menschen ... 59
2. Berechnung der zukünftigen Nutzung der einzelnen Versorgungsangebote ... 61
a. Vorausrechnung von Pflegeleistungen – Ergebnisse ... 62
b. Vorausrechnung in der Kurzzeitpflege – Methodik und Ergebnisse ... 67
c. Vorausrechnung in der Tagespflege – Methodik und Ergebnisse ... 70

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Bevölkerung in Baden-Württemberg wird zunehmend älter und die Lebenserwartung steigt. Dies sind in der Tat erfreuliche Nachrichten. Doch die wachsende Zahl älterer Menschen bringt für die Kommunen in Baden-Württemberg auch zahlreiche Herausforderungen mit sich.

Diesen Herausforderungen entgegnen die Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg auf vielfältige Art und Weise: zum Beispiel, indem sie kommunale Pflegekonferenzen einrichten oder die Quartiersarbeit intensivieren. Für die Gestaltung tragfähiger Unterstützungs- und Versorgungsstrukturen ist es wichtig, die vorhandenen Angebote in den Kreisen zu kennen und zu vernetzen. Ein zentraler Baustein für die Weiterentwicklung der regionalen Pflegeinfrastruktur ist die Kenntnis darüber, welche Pflegeleistungen und Pflegeangebote zukünftig benötigt werden.

Mit dem vorliegenden **KVJS Fokus Pflege** richtet der KVJS den Blick in die Zukunft und unterstützt die Stadt- und Landkreise bei der altersgerechten Planung und Weiterentwicklung der Pflegeversorgung. Für unsere Mitglieder stellt er eine umfassende Vorausrechnung des zukünftigen Bedarfs an ambulanten, teil- und vollstationären Pflegeleistungen für die einzelnen Stadt- und Landkreise zur Verfügung. Diese dienen als Handlungs- und Orientierungsrahmen für die Weiterentwicklung der Strukturen vor Ort und für sozialpolitische Entscheidungen in den Gremien der Kreise.

Wir werden dieses Angebot fortsetzen und die Pflegeplanung anhand der neu erschienenen Pflegestatistik 2019 aktualisieren.

Kristin Schwarz
Verbandsdirektorin

1. Ausgangslage

Das Land Baden-Württemberg hat bis zur Einstellung der Pflegeheimförderung im Jahr 2010 einen Landespflegeplan aufgelegt. Dieser bildete einen Orientierungsrahmen für die Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs. Nachdem das Land die Förderung von Pflegeheimen beendet hat, haben Städtetag und Landkreistag zuletzt die Vorausrechnung von Pflegeplätzen in Auftrag gegeben. Bedarfswerte für teil- und vollstationäre Plätze liegen dadurch bis zum Jahr 2025 vor. Sie beruhen auf der Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes auf der Basis des Bevölkerungsstandes zum 31.12.2014 und der Pflegestatistik zum 15.12.2015. Inzwischen hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg die Bevölkerungsvorausrechnung und auch die Pflegestatistik aktualisiert und auch die Pflegestatistik zum 15.12.2017[1] veröffentlicht. Der KVJS hat sich deshalb entschlossen, als Dienstleistung für die Stadt- und Landkreise eine Vorausrechnung der Pflegeleistungen durchzuführen.

Der KVJS berechnet auf der Basis der Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg Orientierungswerte für künftige Pflegeleistungen in den Stadt- und Landkreisen. Dies ermöglicht einen Überblick über die Zahl derjenigen, die zu Hause durch Angehörige, durch ambulante Dienste oder in einem Pflegeheim versorgt werden. Da Veränderungen der Rahmenbedingungen das Nachfrageverhalten der pflegebedürftigen Menschen und die Inanspruchnahme einzelner Leistungen beeinflussen können, ist es wichtig, alle zukünftigen Leistungen zu kennen. Denn wie der zukünftige Bedarf tatsächlich gedeckt wird, ob und welche Verschiebungen innerhalb der einzelnen Pflegeleistungen erfolgen, hängt nicht zuletzt auch von den politischen und planerischen Entscheidungen im jeweiligen Stadt- oder Landkreis ab.

Der vorliegende Bericht enthält die Ergebnisse dieser Vorausrechnung für alle Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs. Er soll als Steuerungs- und Planungsinstrument sowie zur Gestaltung einer leistungsfähigen regional gegliederten, wohnortnahen und aufeinander abgestimmten ambulanten und stationären pflegerischen Versorgung der Bevölkerung dienen.

1 Die Pflegestatistik zum 15.12.2019 ist Mitte Dezember 2020 erschienen. Daten auf regionaler Ebene liegen zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor.

2. Pflege im Jahr 2030: Perspektiven

Die Vorausrechnung von Orientierungswerten für Pflegeleistungen bis zum Jahr 2030 verdeutlicht den hohen Bedarf an ambulanten, teil- und vollstationären Pflegeangeboten in Baden-Württemberg sowie in den einzelnen Stadt- und Landkreisen. Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen[2] in Baden-Württemberg wird voraussichtlich von 398.612 auf 497.546 im Jahr 2030 zunehmen. Die Pflegequote in Baden-Württemberg würde von derzeit 3,6 auf 4,5 Prozent ansteigen. Von den rund 500.000 Pflegebedürftigen im Jahr 2030 wird voraussichtlich fast die Hälfte – rund 224.000 – auf professionelle Hilfe in Form von ambulanter oder stationärer Pflege angewiesen sein.[3]

Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen und ihre Entwicklung hängen insbesondere von der demografischen Entwicklung ab. Das Risiko pflegebedürftig zu werden, nimmt mit steigendem Alter zu. Im Alter ab 90 Jahren sind beispielsweise rund 70 von 100 Personen pflegebedürftig.

Im Jahr 2017 gab es in Baden-Württemberg insgesamt 398.612 pflegebedürftige Menschen.[4] Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen ist zwischen 2001 und 2017 ausgehend von knapp 211.000 Pflegebedürftigen um rund 89 Prozent gestiegen. Rund drei Viertel der pflegebedürftigen Menschen in Baden-Württemberg leben zu Hause. Die meisten davon (57 Prozent) werden von Angehörigen oder anderen Personen gepflegt und erhalten dafür Pflegegeld. Rund 19 Prozent leben ebenfalls zu Hause und werden dort zusätzlich oder ausschließlich von einem ambulanten Pflegedienst versorgt. Knapp ein Viertel der Pflegebedürftigen (24,1 Prozent) lebt in einem Pflegeheim.

Der Anteil der Pflegegeldempfänger hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Dazu könnten Entlastungsmöglichkeiten wie der Ausbau von Tagespflegeangeboten und Leistungsausweitungen durch das Pflegestärkungsgesetz I beigetragen haben. Darüber hinaus scheint auch die Versorgung von Pflegebedürftigen durch häufig aus Osteuropa stammende Haushaltshilfen zuzunehmen. Seit dem Jahr 2011 benötigen Haushaltshilfen aus bestimmten Ländern keine Arbeitserlaubnis mehr. Insbesondere von 2015 auf 2017 ist die Zahl der Pflegegeldempfänger deutlich gestiegen. Durch die Ausweitung des leistungsberechtigten Personenkreises durch das Pflegestärkungsgesetz II haben vor allem Menschen mit einer kognitiven, psychischen oder geistigen Einschränkung profitiert, die zuvor keiner Pflegestufe zugeordnet waren. Viele dieser Personen haben mit der Reform 2017 erstmalig Leistungen aus der Pfle-

2 Nachfolgend werden die Menschen als pflegebedürftig bezeichnet, die Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten und in der Pflegestatistik ausgewiesen sind.

3 Laut Pflegestatistik 2019 waren zum 15.12.2019 rund 472.000 Personen in Baden-Württemberg pflegebedürftig. Dies entspricht annähernd der Anzahl an Personen, die für das Jahr 2030 vorausberechnet wurden. Die deutliche Zunahme der Pflegebedürftigen von 2017 auf 2019 ist zum einen weiterhin auf die Leistungsausweitungen durch die Pflegestärkungsgesetze zurückzuführen. Zum anderen konnten nun erstmalig Angaben zu Pflegebedürftigen in Pflegegrad 1 gemacht werden, die den Entlastungsbetrag für Angebote zur Unterstützung im Alltag einsetzen. Diese Gruppe war in der Pflegestatistik 2017 noch nicht enthalten. Dies zeigt, dass die Auswirkungen von Leistungsausweitungen nur schwer in Vorausrechnungen abbildbar sind und eine fortwährende Anpassung der Annahmen und Daten vorgenommen werden muss

4 Seit 2017 umfasst die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen Personen mit Pflegegrad 1 bis 5, die ambulant, stationär oder mit Pflegegeld durch Angehörige versorgt werden sowie Pflegebedürftige mit Pflegegrad 1, die teilstationäre Pflege erhalten. Pflegebedürftige mit Pflegegrad 2 bis 5, die teilstationäre Pflege erhalten, sind bereits bei den Pflegegeldempfängern oder den ambulant versorgten Personen berücksichtigt. Bei den Pflegebedürftigen in Pflegegrad 1 handelt es sich hauptsächlich um Personen, die den Entlastungsbetrag für die ambulante, teil- oder vollstationäre Pflege einsetzen.

geversicherung in Form von Pflegegeld oder Pflegesachleistung erhalten.

In den letzten Jahren wurden Pflegeleistungen bereits stark nachgefragt und das Angebot ausgebaut. Inwiefern es gelingen wird, das Angebot weiterzuentwickeln, hängt nicht zuletzt auch davon ab, ob in ausreichender Zahl Personal für die Pflege zur Verfügung steht.

Die Orientierungswerte für Pflegeleistungen werden auf zwei Wegen berechnet:

- Bei der Status-Quo-Berechnung wird die Annahme getroffen, dass die einzelnen Leistungsarten im Jahr 2030 so in Anspruch genommen werden wie im Jahr 2017 (siehe Methodik, S. 59 ff.).
- Bei der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung wird die Annahme getroffen, dass der Anteil der Pflegebedürftigen, die ambulant gepflegt werden, bis zum Jahr 2030 zunimmt. Damit wird den Leistungsausweitungen durch die Pflegestärkungsgesetze Rechnung getragen (siehe Methodik, S. 62).

Für die einzelnen Leistungen der Pflegeversicherung ergeben sich folgende Orientierungswerte für das Jahr 2030:

Ambulante Pflege

- Nach der Status-Quo-Berechnung werden in Baden-Württemberg im Jahr 2030 insgesamt 96.779 ambulante Pflegeleistungen benötigt.
- Nach der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung erhöht sich unter den getroffenen Annahmen der Bedarf auf 123.085 ambulante Pflegeleistungen.

Leistungsausweitungen in der ambulanten Pflege sowie die Stärkung der Rolle der Kommunen durch die Pflegestärkungsgesetze könnten zu einer veränderten Angebotslandschaft sowie einer veränderten Inanspruchnahme ambulanter und stationärer Leistungen führen. Bei der Variante wird die Annahme getroffen, dass die Nachfrage nach ambulanten Pflegeleistungen zukünftig zunimmt, während die Inanspruchnahme stationärer Angebote zurückgeht. Diese Annahme setzt voraus, dass ein ausreichend ausgebautes und aufeinander abgestimmtes Netz an ambulanten Pflegeleistungen vorhanden ist. Die Veränderungen im Nutzerverhalten stellen sich nicht automatisch ein, sondern werden durch ein „pflegefreundliches“ Wohnumfeld sowie eine gezielte Förderung und stärkere Vernetzung ambulanter und teilstationärer Pflegeangebote begünstigt.

Pflegeheime

- Der Bedarf an Dauerpflegeplätzen (einschließlich eingestreuter Kurzzeitpflegeplätze) in Baden-Württemberg wird laut der Status-Quo-Berechnung bis zum Jahr 2030 aufgrund der demografischen Entwicklung auf insgesamt voraussichtlich 127.506 Plätze steigen.
- Wird davon ausgegangen, dass die Nutzung ambulanter Pflegeleistungen in den nächsten Jahren zunimmt, ergibt sich nach der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung ein Bedarf von 101.201 Dauerpflegeplätzen (einschließlich eingestreuter Kurzzeitpflegeplätze).

Der tatsächliche Zusatzbedarf wird voraussichtlich eher in der Nähe des unteren Werts liegen, da Veränderungen der Nutzerpräferenzen in Richtung ambulante und teilstationäre Pflege zu erwarten sind. Zusätzlich benötigte Plätze sollten nach einer gemeinsamen Bedarfsbewertung in Kommunen mit bisher unterdurchschnittlicher Versorgung geschaffen werden. Bei der Entwicklung von Konzepten ist zu berücksichtigen, dass der Ausbau von Plätzen auch mit einem entsprechenden Bedarf an Personal verbunden ist. Die Zahl der Plätze in Pflegeheimen muss nicht in dem Ausmaß erhöht werden wie vorausberechnet. Für die Deckung des zukünftigen Bedarfs ist das Zusammenspiel der einzelnen Pflegeleistungen von Bedeutung. Beispielsweise kann durch die Ausweitung von ambulanten Pflegeleistungen in Verbindung mit teilstationären Angeboten der Bedarf an Dauerpflegeplätzen geringer ausfallen als vorausberechnet.

Kurzzeitpflege

Die Berechnung von Orientierungswerten in der Kurzzeitpflege ist mit besonderen methodischen Schwierigkeiten verbunden (siehe Methodik im Anhang). Für die Kurzzeitpflege kann nur der maximale Bedarf bis zum Jahr 2030 vorausberechnet werden:

- Bis zum Jahr 2030 werden nach der Status-Quo-Berechnung 3.451 ausschließlich für die Kurzzeitpflege vorgehaltene Plätze benötigt.
- Nach der Variante werden 3.694 solitäre und ganzjährig vorgehaltene Kurzzeitpflegeplätze gebraucht.

Die Kurzzeitpflege leistet einen wesentlichen Beitrag, um pflegende Angehörige zu entlasten und die häusliche Pflege zu stärken. Eingestreute Kurzzeitpflegeplätze stehen kurzfristig meist jedoch nicht zur Verfügung. Deshalb werden insbesondere Plätze benötigt, die ausschließlich für die Kurzzeitpflege vorgehalten werden. Im Zusammenhang mit kürzeren Verweildauern in Krankenhäusern gewinnt die Kurzzeitpflege insbesondere auch als sogenannte Übergangspflege für Menschen ohne Pflegegrad an Bedeutung. Personen, die aus dem Krankenhaus entlassen werden, haben teilweise einen zeitlich begrenzten, aber hohen Pflegebedarf. Häufig sind sie nach der Entlassung aus der Klinik aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen noch nicht in der Lage, an einer Rehabilitationsmaßnahme teilzunehmen oder ihren Alltag zu Hause zu bewältigen. Durch Übergangspflege kann der Zeitraum bis zum Beginn einer Rehabilitationsmaßnahme oder bis zur selbstständigen Versorgung zu Hause überbrückt werden. Diese Plätze können in der Vorausrechnung nicht bestimmt werden und sind daher in den oben berechneten Bedarfen nicht enthalten.

Als Beitrag zur Verbesserung der Versorgungsstruktur und der Datengrundlage in der Kurzzeitpflege hat der KVJS das IGES Institut in Berlin mit der Untersuchung der Kurzzeitpflege in Baden-Württemberg beauftragt. Das Ziel des Forschungsvorhabens des KVJS ist es

- valide Daten für die Planungen in den Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg bereitzustellen
- anhand von regionalen Analysen Anregungen und Empfehlungen zum Ausbau und zur Weiterentwicklung der Kurzzeitpflege in Baden-Württemberg zu geben
- Alternativen zur vollstationären Kurzzeitpflege und innovative Modelle zu entwickeln
- sowie Anregungen für zukünftige Modellprojekte oder Erprobungen zum Ausbau von Kurzzeitpflege zu geben.

Es werden unterschiedliche Perspektiven – zum Beispiel Kommunen, Leistungserbringer, Leistungsträger und Betroffene – in die Untersuchung einbezogen.

Tagespflege

Für die Tagespflege ergibt sich folgender Mindestbedarf:

- Die Status-Quo-Berechnung kommt für das Jahr 2030 in Baden-Württemberg auf einen Orientierungswert von 12.800 Tagespflegeplätzen.
- Nach der Variante erhöht sich der Bedarf an Tagespflegeplätzen im Jahr 2030 in Baden-Württemberg auf voraussichtlich 13.706 Plätze.

Hierbei wurde die Annahme getroffen, dass pflegebedürftige Menschen im Jahr 2030 die Tagespflege so in Anspruch nehmen wie im Jahr 2020. Gelingt es jedoch, das Angebot wohnortnah und abgestimmt auf die Bedürfnisse unterschiedlicher Zielgruppen und pflegender Angehöriger auszubauen, würden im Jahr 2030 deutlich mehr pflegebedürftige Menschen ein Tagespflegeangebot nutzen als heute (Höchstbedarf). Demnach würden

- nach der Status-Quo-Berechnung im Jahr 2030 35.447 Tagespflegeplätze in Baden-Württemberg benötigt.
- Nach der Variante erhöht sich der errechnete Bedarf für das Jahr 2030 auf 37.961 Tagespflegeplätze.

In den letzten Jahren hat die Inanspruchnahme von Tagespflege deutlich zugenommen. 2001 haben nur wenige Menschen in Baden-Württemberg ein Tagespflegeangebot genutzt. Bis zum Jahr 2017 hat sich ihre Zahl mehr als versechsfacht. Die Leistungs-

ausweitungen durch die Pflegestärkungsgesetze haben dazu beigetragen, dass mehr Menschen ein Tagespflegeangebot nutzen und sich die Anzahl der Tagespflegeplätze in Baden-Württemberg stark erhöht hat. Es ist davon auszugehen, dass sich in den einzelnen Stadt- und Landkreisen eine ähnliche Entwicklung vollzogen hat. Sowohl die Pflegestatistik, die alle zwei Jahre erhoben wird, als auch die Statistik über die Leistungen aus der Pflegeversicherung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg verdeutlichen eine kontinuierliche Zunahme der Inanspruchnahme von Tagespflege. Allerdings ist derzeit noch nicht abschätzbar, welche Folgen die geplante Pflegereform der Bundesregierung hat. Diese sieht unter anderem eine Reduzierung der Leistungen der Tagespflege bei gleichzeitiger Inanspruchnahme von ambulanten Pflegesachleistungen vor. Dadurch könnte sich die in den letzten Jahren deutliche Zunahme an Tagespflegenutzung wieder abschwächen. Der Mindestbedarf markiert dennoch eine eher weniger wahrscheinliche Entwicklung. Sie beinhaltet die Annahme, dass der Anteil der Pflegebedürftigen, die ein Tagespflegeangebot in Anspruch nehmen, bis zum Jahr 2030 gleichbleibt. Dies hat sich in den letzten Jahren durch eine kontinuierliche Zunahme der Inanspruchnahme von Tagespflege jedoch nicht bestätigt. Der voraussichtliche Bedarf an Tagespflegeplätzen wird deshalb vermutlich innerhalb des berechneten Korridors liegen.

Für eine vertiefende Bestandsbewertung und Bedarfseinschätzung ist zudem eine qualitative einrichtungs- und sozialraumbezogene Analyse erforderlich. Denn letztlich sind nur Tagespflegeplätze, die sowohl von der baulichen Gestaltung als auch von der Qualität der Konzeption die Betreuung und Versorgung unterschiedlicher Gruppen pflegebedürftiger Menschen leisten können, zur Deckung des künftigen Tagespflegebedarfs geeignet. Auch die Flexibilität der Angebote, zum Beispiel im Hinblick auf Öffnungszeiten und Öffnungstage, spielt eine wichtige Rolle für die Deckung der Bedarfe pflegender Angehöriger. Außerdem sollten auch die Auslastungsquoten der bestehenden Einrichtungen näher betrachtet werden.

Des Weiteren sind bei der Bewertung des Bestands auch niedrigschwellige oder ambulante Betreuungsangebote im Sozialraum zu berücksichtigen. Für Gemeinden und Städte ohne Tagespflegeangebot könnten zum Beispiel in Kooperation mit Einrichtungen und Diensten vor Ort Lösungen gefunden werden. Zur Klärung dieser Punkte bedarf es einer Analyse der Strukturen und Angebote in den einzelnen Kommunen.

Gesamtbedarf an Pflegeleistungen in Baden-Württemberg

Folgende Tabellen stellen den zukünftigen Bedarf an allen Pflegeleistungen in den einzelnen Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung dar:

Tabelle 1: Orientierungswerte für Pflegeleistungen in den einzelnen Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung

Orientierungswerte für das Jahr 2030: Status-Quo-Berechnung				
Stadt-/Landkreis	**ambulante Leistungen**	**stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)**	**Pflegegeld**	**Summe**
Stadtkreis Stuttgart	3.354	6.014	10.588	**19.956**
Landkreis Böblingen	2.783	4.124	9.334	**16.241**
Landkreis Esslingen	4.811	5.929	12.433	**23.173**
Landkreis Göppingen	2.990	2.967	6.525	**12.482**
Landkreis Ludwigsburg	4.996	5.842	12.024	**22.862**
Landkeis Rems-Murr-Kreis	3.990	5.085	10.845	**19.920**
Stadtkreis Heilbronn	1.419	1.903	3.237	**6.559**
Landkreis Heilbronn	3.189	4.192	8.380	**15.761**
Landkreis Hohenlohekreis	867	1.678	3.029	**5.574**
Landkreis Schwäbisch Hall	2.350	2.412	4.898	**9.660**
Landkreis Main-Tauber-Kreis	1.606	2.039	4.195	**7.840**
Landkreis Heidenheim	1.112	1.676	3.452	**6.240**
Landkreis Ostalbkreis	2.207	3.726	7.487	**13.420**
Stadtkreis Baden-Baden	539	928	1.347	**2.814**
Stadtkreis Karlsruhe	2.036	3.616	6.180	**11.832**
Landkreis Karlsruhe	4.268	5.516	12.485	**22.269**
Landkreis Rastatt	1.956	2.391	6.933	**11.280**
Stadtkreis Heidelberg	1.168	1.504	2.685	**5.357**
Stadtkreis Mannheim	2.751	3.732	8.214	**14.697**
Landkreis Neckar-Odenwald-Kreis	2.224	2.250	5.293	**9.767**
Landkreis Rhein-Neckar-Kreis	5.493	6.521	16.062	**28.076**
Stadtkreis Pforzheim	1.169	1.906	4.257	**7.332**
Landkreis Calw	1.516	2.265	4.800	**8.581**
Landkreis Enzkreis	2.834	2.254	5.808	**10.896**
Landkreis Freudenstadt	984	1.803	3.092	**5.879**
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	1.497	2.395	3.925	**7.817**
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	2.198	2.667	5.824	**10.689**
Landkreis Emmendingen	1.598	1.844	4.227	**7.669**
Landkreis Ortenaukreis	4.358	5.476	10.952	**20.786**
Landkreis Rottweil	1.194	1.709	4.008	**6.911**
Landkreis Schwarzwald-Baar-Kreis	2.129	2.878	5.234	**10.241**
Landkreis Tuttlingen	849	1.407	3.672	**5.928**
Landkreis Konstanz	2.451	3.272	6.417	**12.140**
Landkreis Lörrach	1.831	2.634	5.038	**9.503**
Landkreis Waldshut	908	2.087	3.845	**6.840**
Landkreis Reutlingen	2.147	2.932	7.447	**12.526**
Landkreis Tübingen	1.338	2.077	5.140	**8.555**
Landkreis Zollernalbkreis	1.709	1.940	5.697	**9.346**
Stadtkreis Ulm	976	1.499	2.845	**5.320**
Landkreis Alb-Donau-Kreis	1.639	1.909	4.823	**8.371**
Landkreis Biberach	1.252	2.108	5.191	**8.551**
Landkreis Bodenseekreis	2.040	2.212	4.820	**9.072**
Landkreis Ravensburg	2.963	2.875	6.834	**12.672**
Landkreis Sigmaringen	1.090	1.312	3.738	**6.140**
Baden-Württemberg	**96.779**	**127.506**	**273.260**	**497.545**

Datenbasis: Bevölkerungsvorausrechnung auf der Basis der Bevölkerungsstatistik zum 31.12.2017 sowie Pflegestatistik 2017 des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Berechnungen: KVJS.
Vgl. Methodik S. 59 ff.

Tabelle 2: Orientierungswerte für Pflegeleistungen in den einzelnen Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Jahr 2030 nach der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung

Orientierungswerte für das Jahr 2030: Variante - Zunahme der ambulanten Versorgung				
Stadt-/Landkreis	**ambulante Leistungen**	**stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)**	**Pflegegeld**	**Summe**
Stadtkreis Stuttgart	4.459	4.908	10.588	**19.955**
Landkreis Böblingen	3.568	3.339	9.334	**16.241**
Landkreis Esslingen	5.985	4.756	12.433	**23.174**
Landkreis Göppingen	3.678	2.279	6.525	**12.482**
Landkreis Ludwigsburg	6.123	4.715	12.024	**22.862**
Landkeis Rems-Murr-Kreis	5.059	4.016	10.845	**19.920**
Stadtkreis Heilbronn	1.918	1.404	3.237	**6.559**
Landkreis Heilbronn	4.139	3.242	8.380	**15.761**
Landkreis Hohenlohekreis	1.257	1.287	3.029	**5.573**
Landkreis Schwäbisch Hall	2.931	1.831	4.898	**9.660**
Landkreis Main-Tauber-Kreis	2.003	1.642	4.195	**7.840**
Landkreis Heidenheim	1.462	1.326	3.452	**6.240**
Landkreis Ostalbkreis	3.095	2.838	7.487	**13.420**
Stadtkreis Baden-Baden	733	733	1.347	**2.813**
Stadtkreis Karlsruhe	2.802	2.850	6.180	**11.832**
Landkreis Karlsruhe	5.448	4.336	12.485	**22.269**
Landkreis Rastatt	2.417	1.931	6.933	**11.281**
Stadtkreis Heidelberg	1.535	1.137	2.685	**5.357**
Stadtkreis Mannheim	3.695	2.788	8.214	**14.697**
Landkreis Neckar-Odenwald-Kreis	2.644	1.829	5.293	**9.766**
Landkreis Rhein-Neckar-Kreis	6.883	5.131	16.062	**28.076**
Stadtkreis Pforzheim	1.561	1.514	4.257	**7.332**
Landkreis Calw	1.964	1.817	4.800	**8.581**
Landkreis Enzkreis	3.189	1.900	5.808	**10.897**
Landkreis Freudenstadt	1.411	1.376	3.092	**5.879**
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	1.924	1.968	3.925	**7.817**
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	2.848	2.017	5.824	**10.689**
Landkreis Emmendingen	1.937	1.504	4.227	**7.668**
Landkreis Ortenaukreis	5.330	4.505	10.952	**20.787**
Landkreis Rottweil	1.570	1.333	4.008	**6.911**
Landkreis Schwarzwald-Baar-Kreis	2.714	2.294	5.234	**10.242**
Landkreis Tuttlingen	1.116	1.140	3.672	**5.928**
Landkreis Konstanz	3.109	2.614	6.417	**12.140**
Landkreis Lörrach	2.425	2.039	5.038	**9.502**
Landkreis Waldshut	1.364	1.631	3.845	**6.840**
Landkreis Reutlingen	2.694	2.386	7.447	**12.527**
Landkreis Tübingen	1.722	1.693	5.140	**8.555**
Landkreis Zollernalbkreis	2.128	1.522	5.697	**9.347**
Stadtkreis Ulm	1.244	1.232	2.845	**5.321**
Landkreis Alb-Donau-Kreis	2.008	1.540	4.823	**8.371**
Landkreis Biberach	1.690	1.669	5.191	**8.550**
Landkreis Bodenseekreis	2.494	1.758	4.820	**9.072**
Landkreis Ravensburg	3.487	2.351	6.834	**12.672**
Landkreis Sigmaringen	1.322	1.080	3.738	**6.140**
Baden-Württemberg	**123.085**	**101.201**	**273.260**	**497.546**

Abweichungen in der Gesamtzahl der jeweils benötigten Pflegeleistungen sind rundungsbedingt.
Datenbasis: Bevölkerungsvorausrechnung auf der Basis der Bevölkerungsstatistik zum 31.12.2017 sowie Pflegestatistik 2017 des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Berechnungen: KVJS.
Vgl. Methodik S. 62

Möglichkeiten und Grenzen der Vorausrechnung

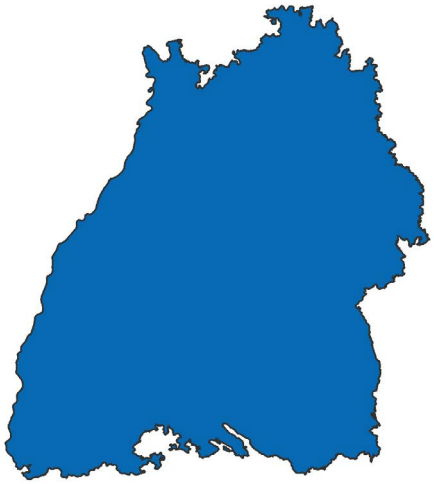
Bei der Interpretation der Ergebnisse der Bedarfsvorausrechnung ist zu berücksichtigen, dass eine exakte Vorhersage der künftigen Entwicklung nicht möglich ist. Eine Vorausrechnung zeigt eine mögliche, unter gegebenen Voraussetzungen und Annahmen wahrscheinliche Entwicklung auf. Deutliche Wanderungsbewegungen in der Bevölkerung oder Veränderungen der Pflegequoten, weil zum Beispiel durch Änderungen in der Pflegeversicherung mehr Menschen Leistungen erhalten, könnten zu veränderten Ergebnissen führen. Außerdem lässt sich derzeit noch nicht vorhersagen, wie sich das Nachfrageverhalten der Pflegebedürftigen nach bestimmten pflegerischen Angeboten durch die Pflegestärkungsgesetze entwickeln wird. Seit 2015 zeigen sich durch die Leistungsausweitungen deutliche Zuwächse bei der Zahl pflegebedürftiger Menschen und weitere Verschiebungen in Richtung ambulante und häusliche Pflege.

Die Ergebnisse der Vorausrechnung für das Jahr 2030 sind daher als Orientierungswerte und Diskussionsgrundlage zu verstehen. Sie bilden einen Korridor, innerhalb dessen sich die tatsächliche Entwicklung voraussichtlich abspielen wird. Die Orientierungswerte können eine regelmäßige Beobachtung der tatsächlichen Entwicklung nicht ersetzen. Gegebenenfalls müssen die Annahmen und die sich daraus ergebenden Bedarfsaussagen im Zeitverlauf angepasst werden. Außerdem können sie nicht losgelöst von den Strukturen vor Ort betrachtet werden. Bei der Bewertung der Orientierungswerte ist daher immer das vorhandene Angebot – gegebenenfalls auch das Angebot in den angrenzenden Nachbarkommunen zu berücksichtigen – und entsprechend in die Planung einzubeziehen. Aussagen über eine künftige Auslastung oder Wirtschaftlichkeit von Pflegeheimen oder ambulanten Diensten sind mit der Vorausrechnung nicht verbunden.

Der KVJS wird die Vorausrechnung von Orientierungswerten fortsetzen und aktualisieren, sobald neuere Daten veröffentlicht werden.

3. Entwicklungen in Baden-Württemberg und in den einzelnen Stadt- und Landkreisen

Baden-Württemberg

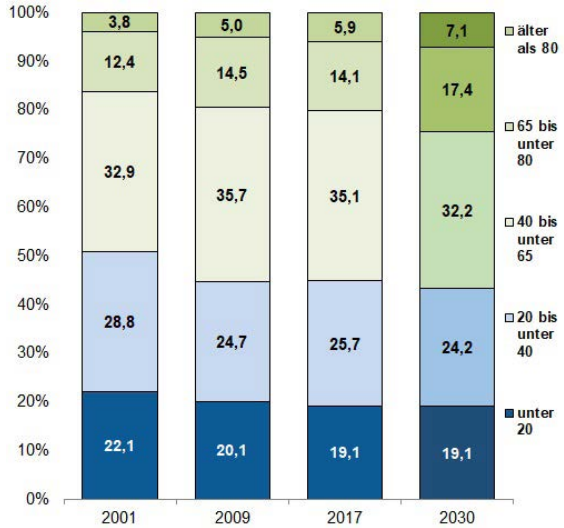


Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

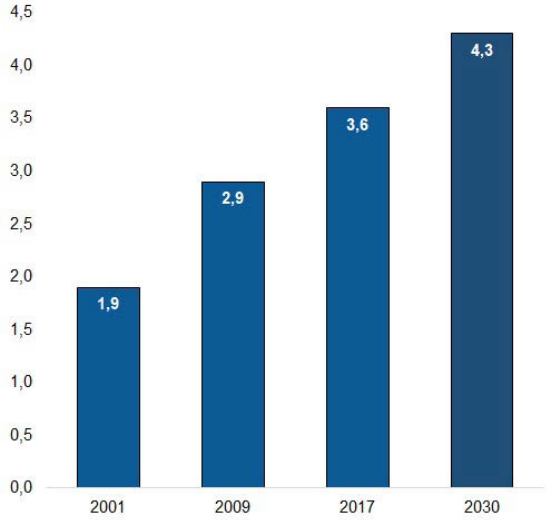
Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		96.779	123.085
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		127.506	101.201
Pflegegeld		273.260	273.260
Summe		**497.545**	**497.546**
Kurzzeitpflege		3.451	3.694
Tagespflege:	Mindestbedarf	12.800	13.706
	Höchstbedarf	35.447	37.961

Abweichungen sind rundungsbedingt

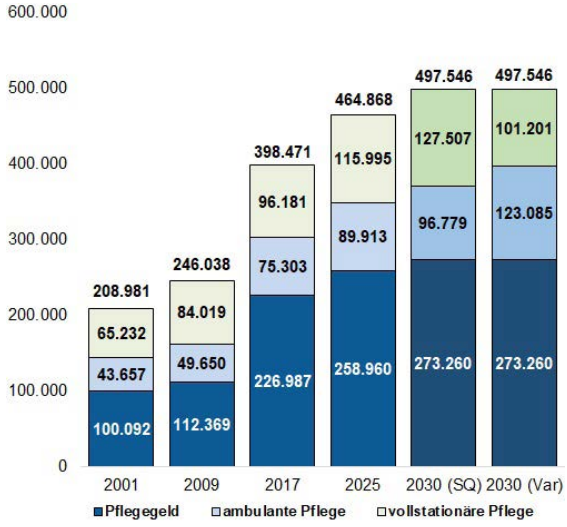
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



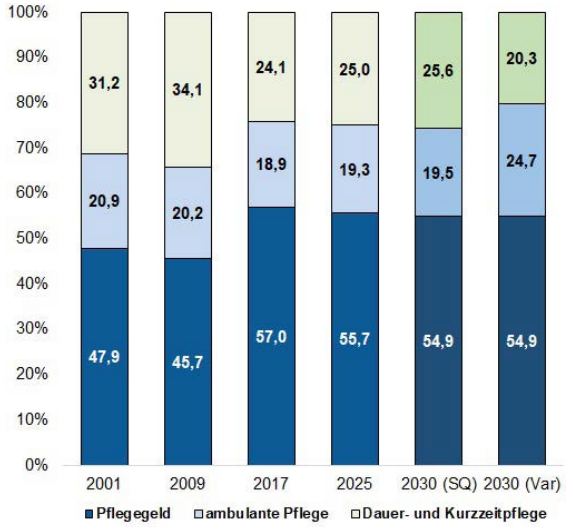
Pflegequote 2001–2030



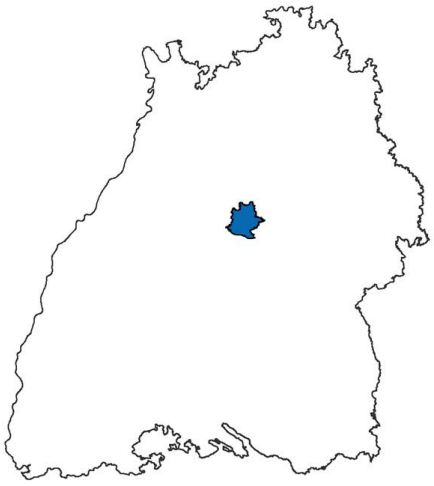
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



Stadt Stuttgart

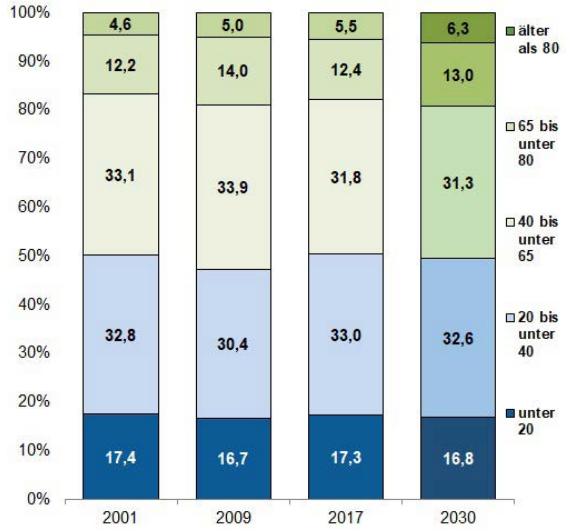


Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

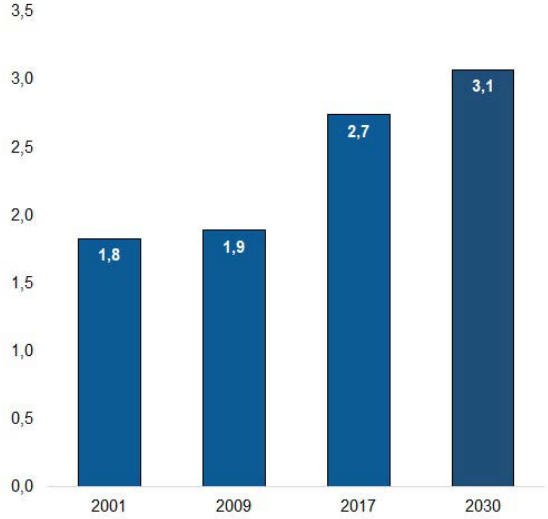
Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		3.354	4.459
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		6.014	4.908
Pflegegeld		10.588	10.588
Summe		**19.956**	**19.955**
Kurzzeitpflege		130	140
Tagespflege:	Mindestbedarf	514	555
	Höchstbedarf	1.368	1.476

Abweichungen sind rundungsbedingt

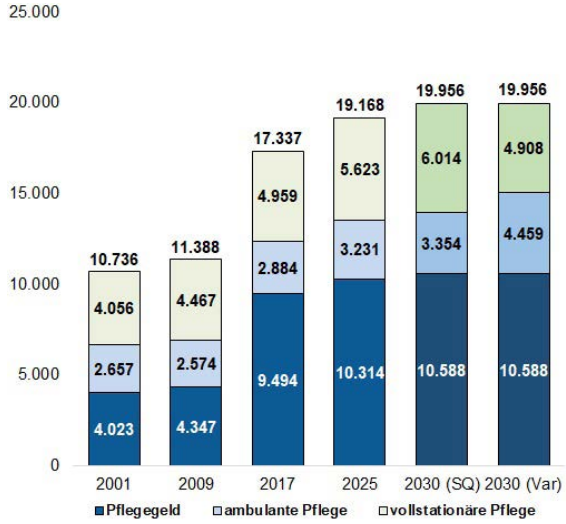
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



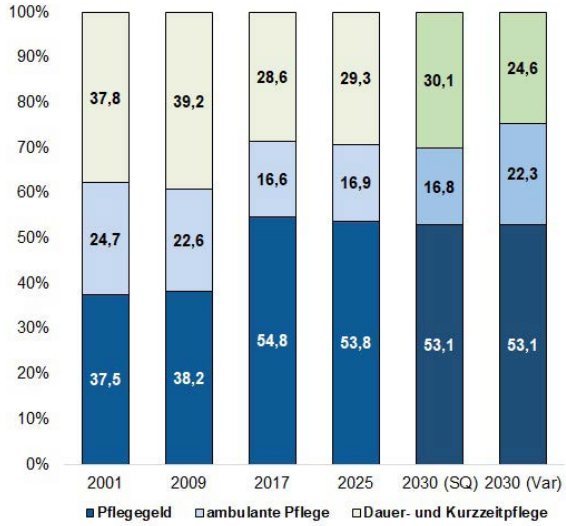
Pflegequote 2001–2030



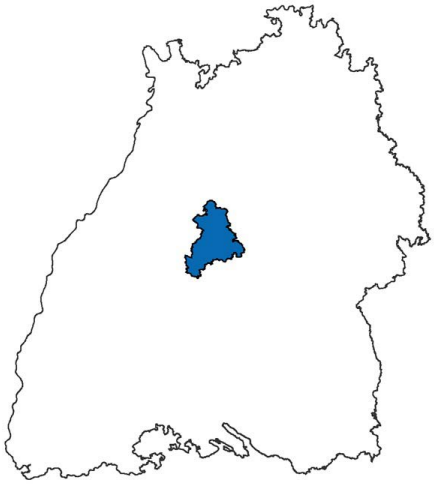
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



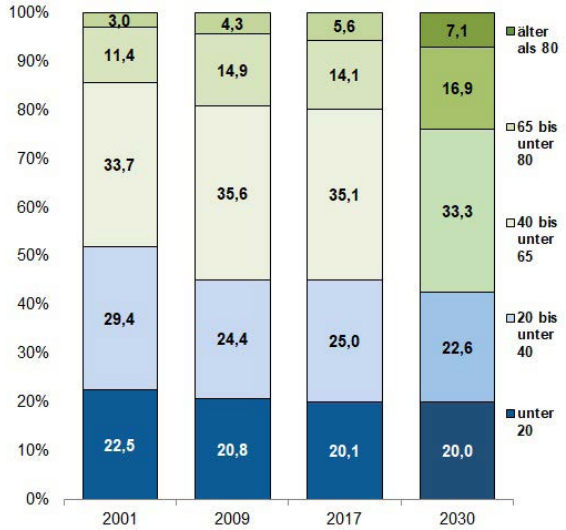
Landkreis Böblingen



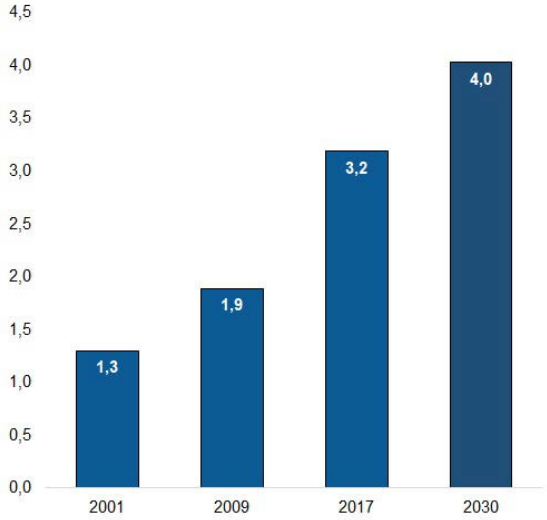
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		2.783	3.568
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		4.124	3.339
Pflegegeld		9.334	9.334
Summe		**16.241**	**16.241**
Kurzzeitpflege		113	120
Tagespflege:	Mindestbedarf	354	377
	Höchstbedarf	1.096	1.167

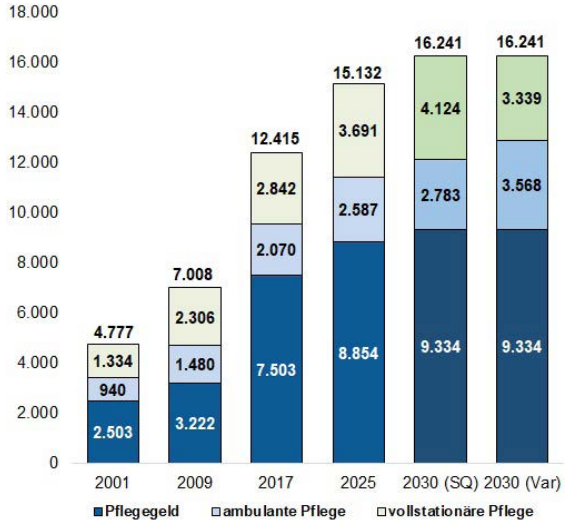
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



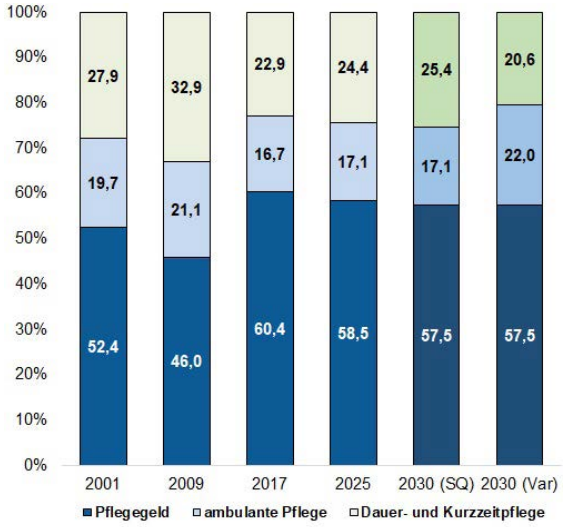
Pflegequote 2001–2030



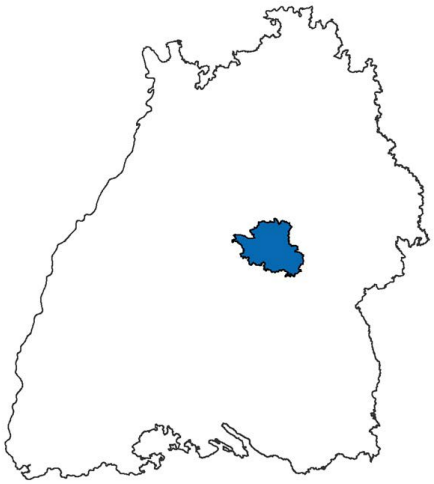
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



Landkreis Esslingen

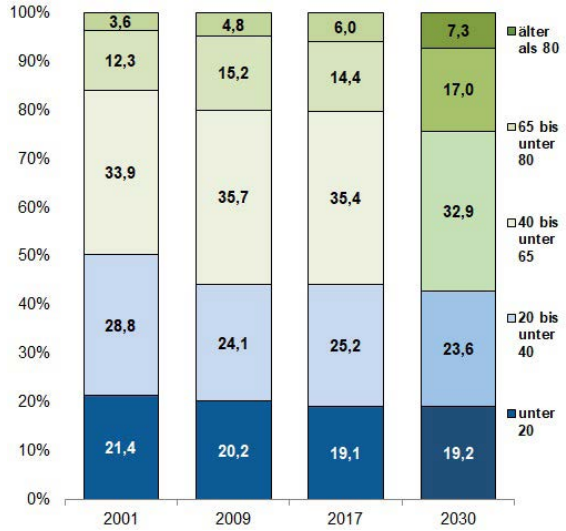


Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

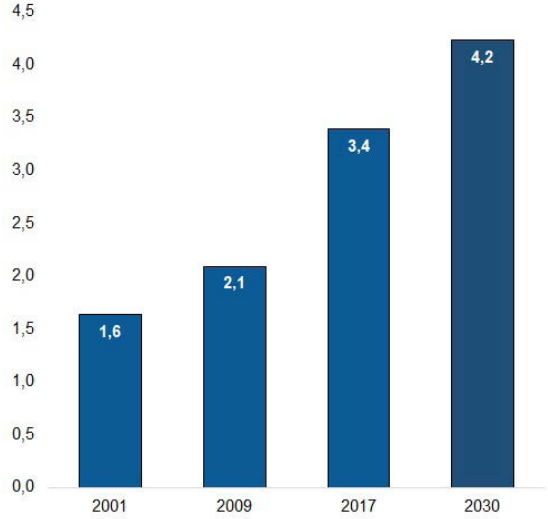
Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		4.811	5.985
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		5.929	4.756
Pflegegeld		12.433	12.433
Summe		**23.173**	**23.174**
Kurzzeitpflege		161	172
Tagespflege:	Mindestbedarf	434	464
	Höchstbedarf	1.490	1.591

Abweichungen sind rundungsbedingt

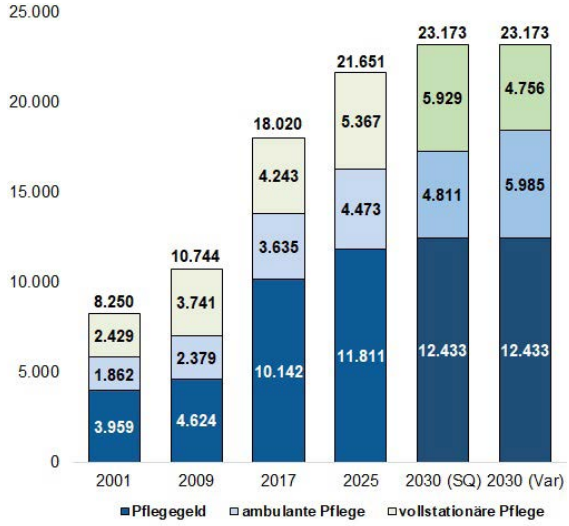
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



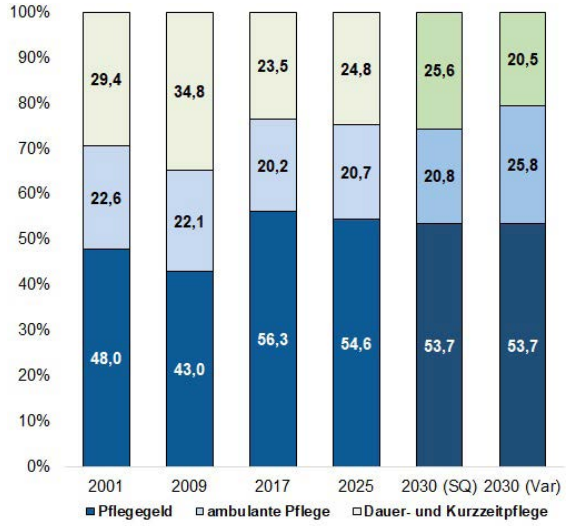
Pflegequote 2001–2030



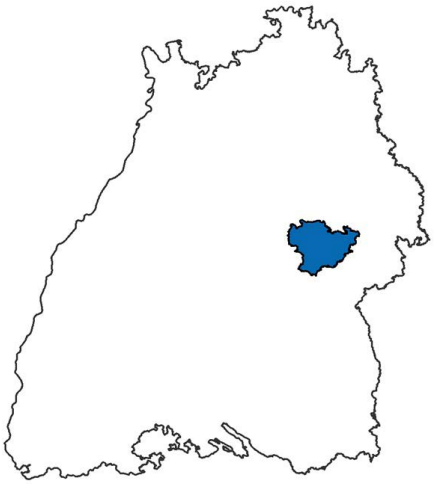
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



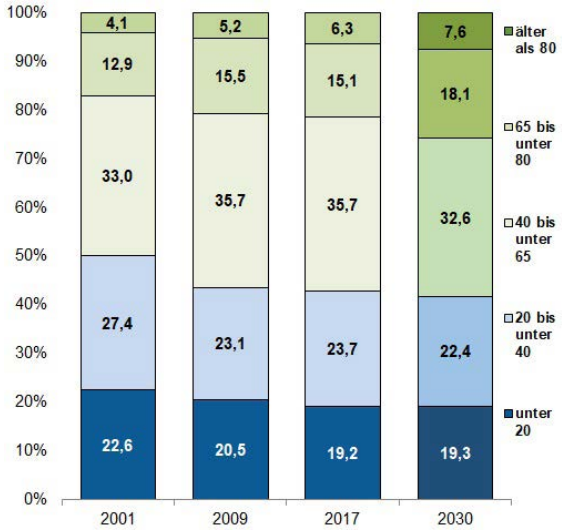
Landkreis Göppingen



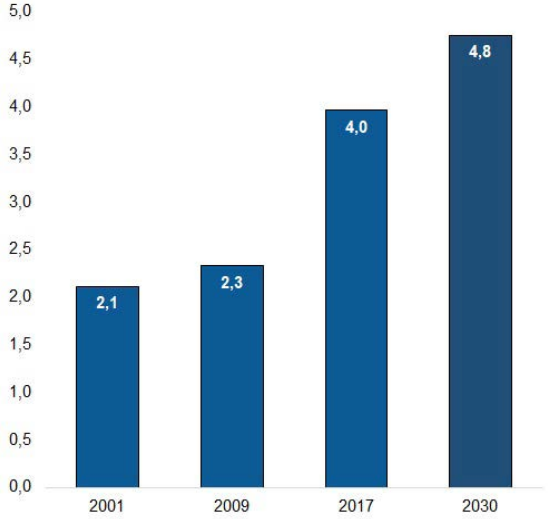
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		2.990	3.678
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		2.967	2.279
Pflegegeld		6.525	6.525
Summe		**12.482**	**12.482**
Kurzzeitpflege		89	95
Tagespflege:	Mindestbedarf	342	367
	Höchstbedarf	924	991

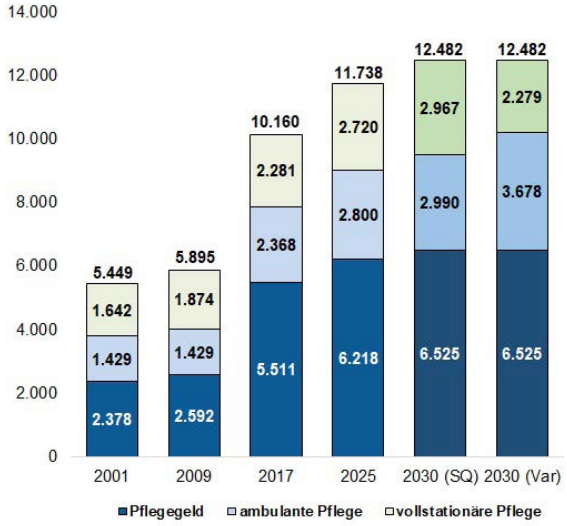
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



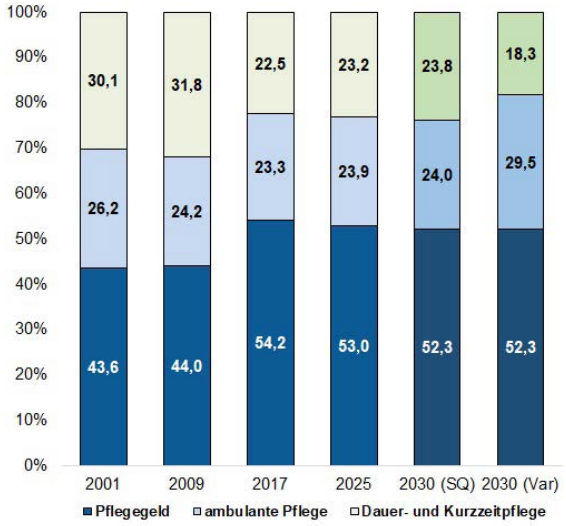
Pflegequote 2001–2030



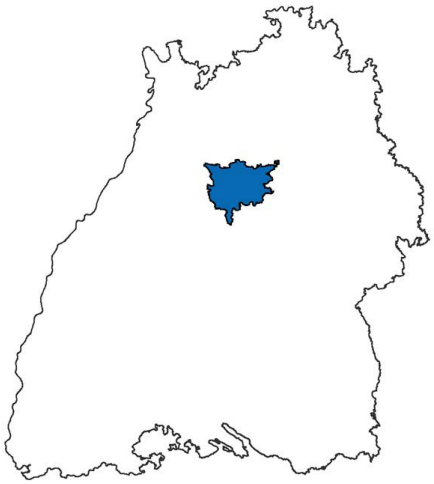
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



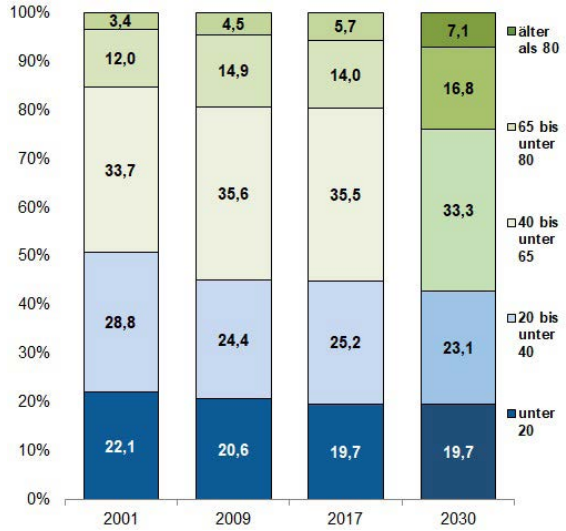
Landkreis Ludwigsburg



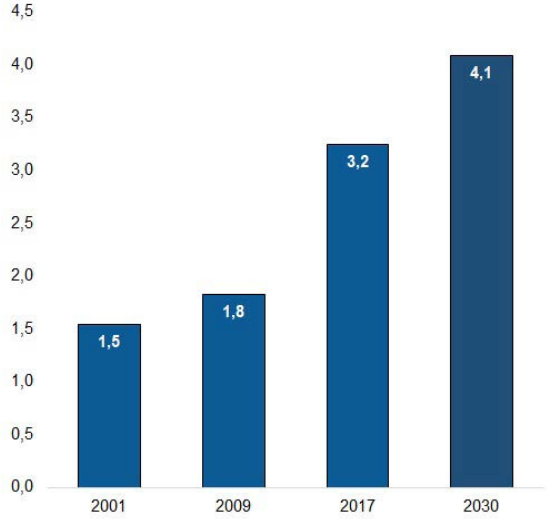
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		4.996	6.123
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		5.842	4.715
Pflegegeld		12.024	12.024
Summe		**22.862**	**22.862**
Kurzzeitpflege		159	169
Tagespflege:	Mindestbedarf	421	449
	Höchstbedarf	1.463	1.560

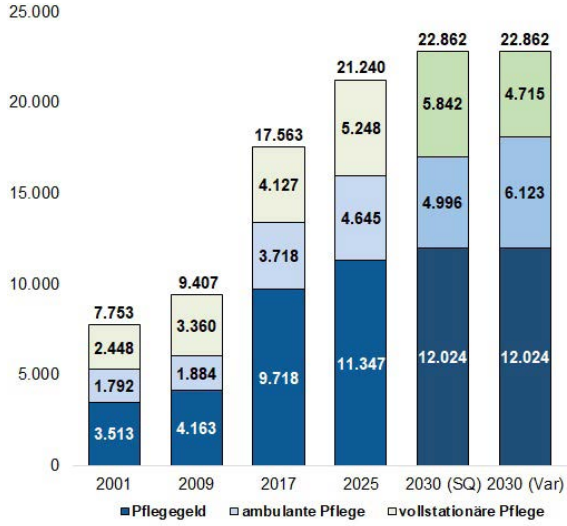
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



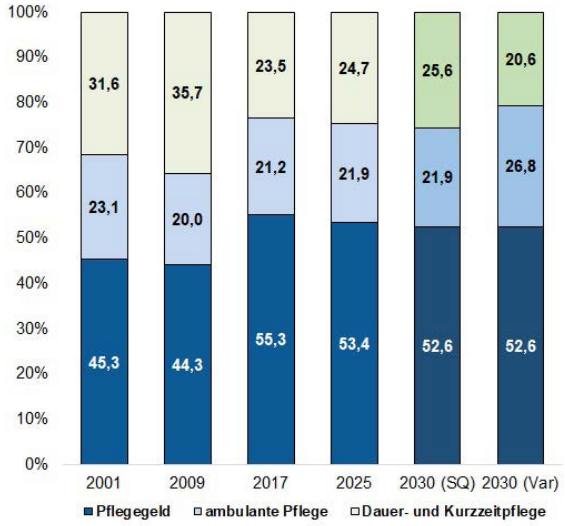
Pflegequote 2001–2030



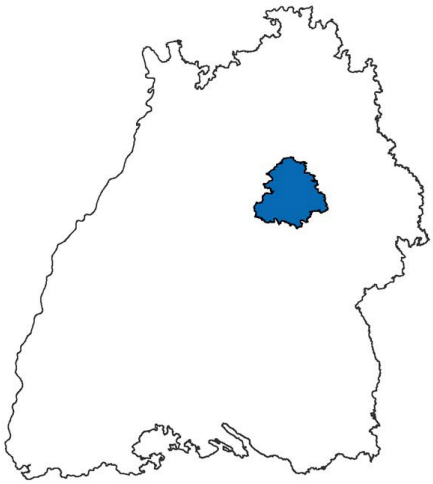
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



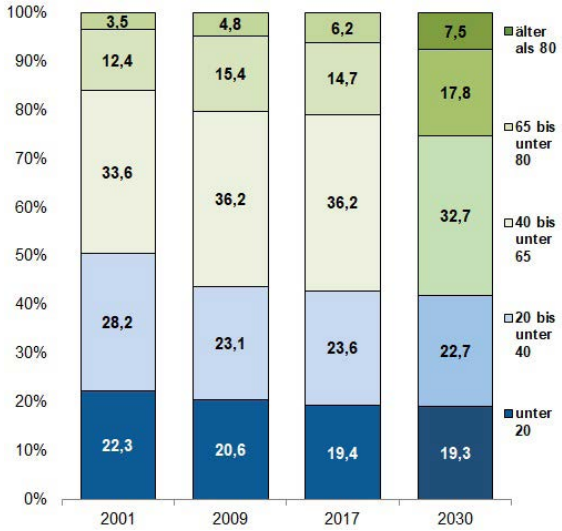
Rems-Murr-Kreis



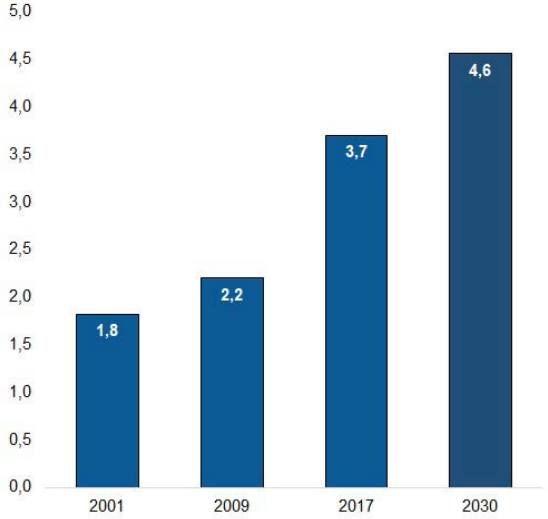
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		3.990	5.059
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		5.085	4.016
Pflegegeld		10.845	10.845
Summe		**19.920**	**19.920**
Kurzzeitpflege		138	148
Tagespflege:	Mindestbedarf	365	391
	Höchstbedarf	1.273	1.364

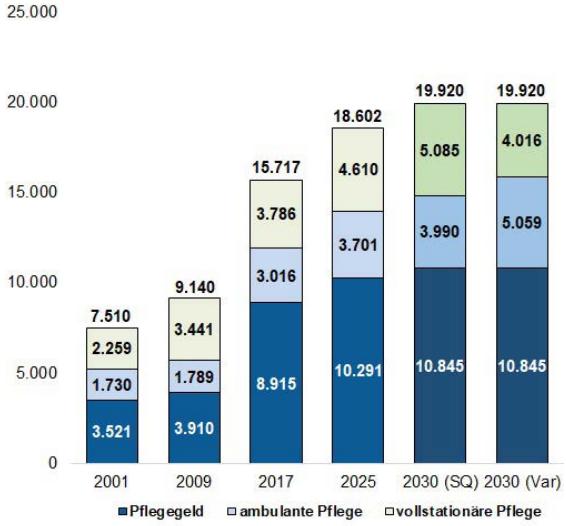
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



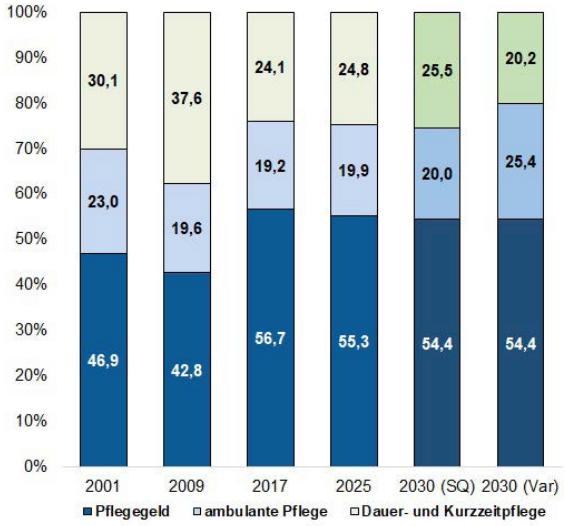
Pflegequote 2001–2030



Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent

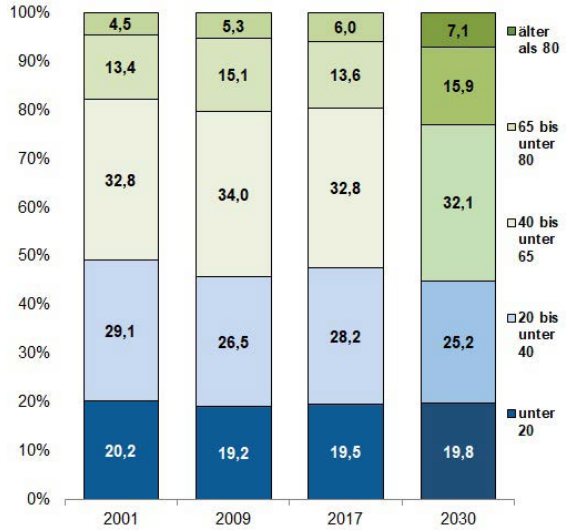


Stadt Heilbronn

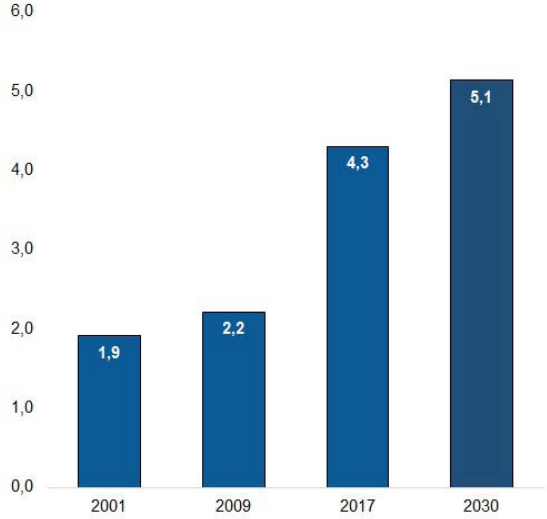
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		1.419	1.918
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		1.903	1.404
Pflegegeld		3.237	3.237
Summe		**6.559**	**6.559**
Kurzzeitpflege		43	48
Tagespflege:	Mindestbedarf	93	103
	Höchstbedarf	378	419

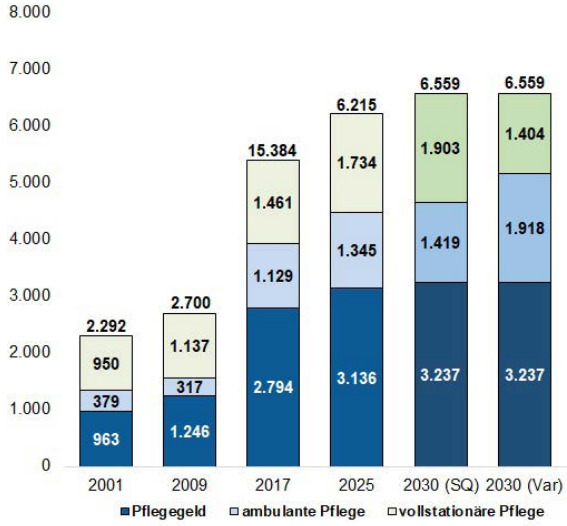
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



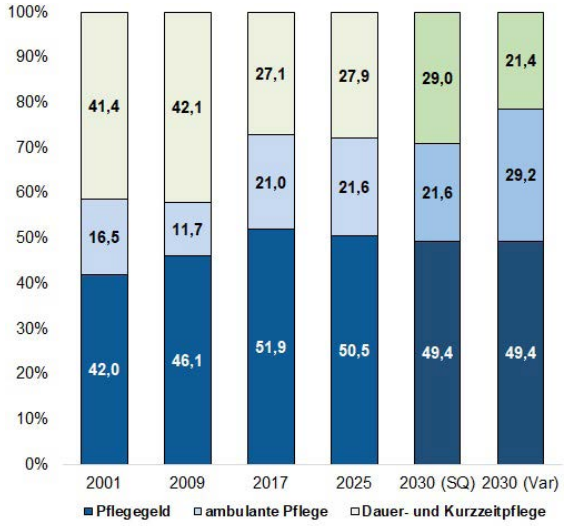
Pflegequote 2001–2030



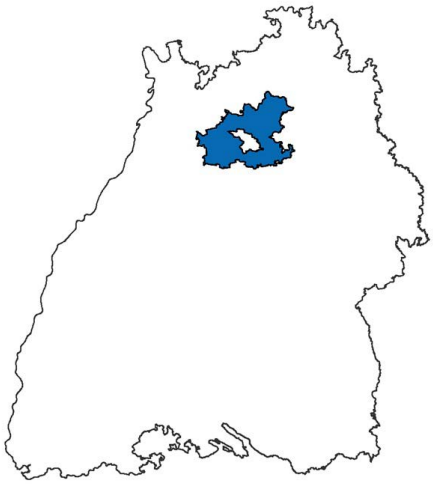
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



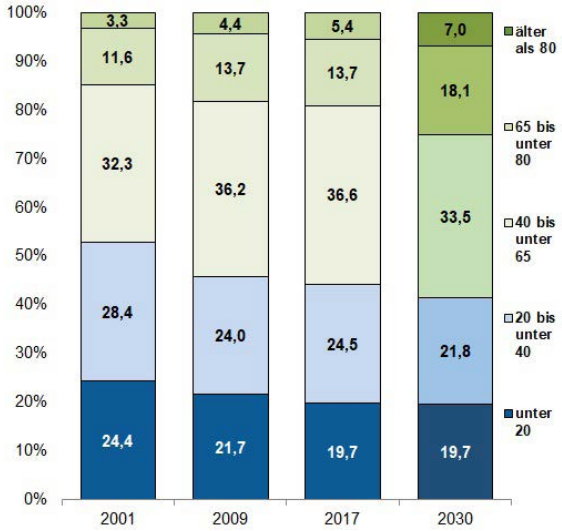
Landkreis Heilbronn



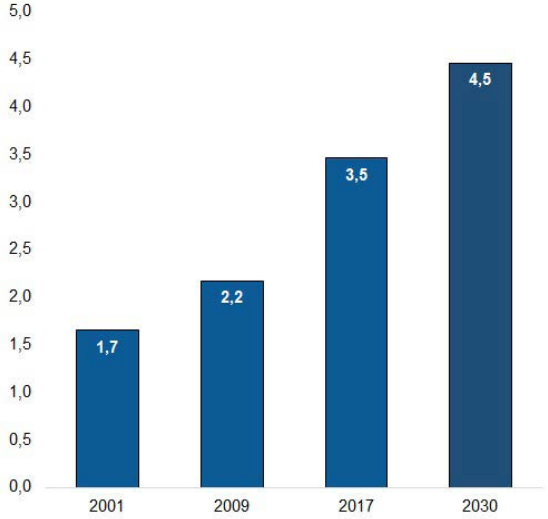
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		3.189	4.139
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		4.192	3.242
Pflegegeld		8.380	8.380
Summe		**15.761**	**15.761**
Kurzzeitpflege		108	117
Tagespflege:	Mindestbedarf	375	406
	Höchstbedarf	1.083	1.172

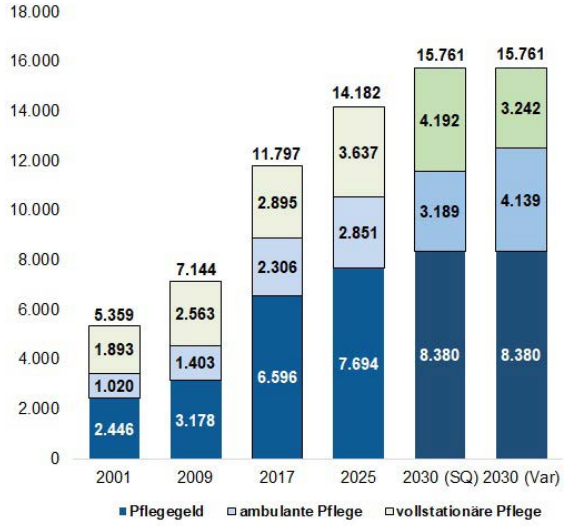
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



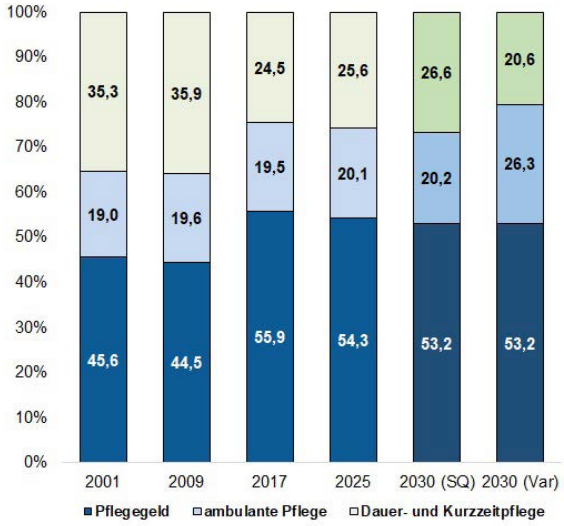
Pflegequote 2001–2030



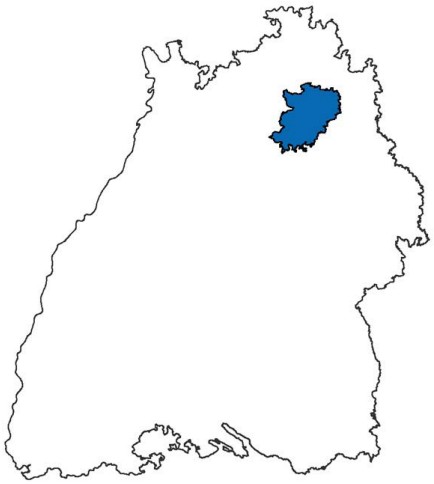
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



Hohenlohekreis

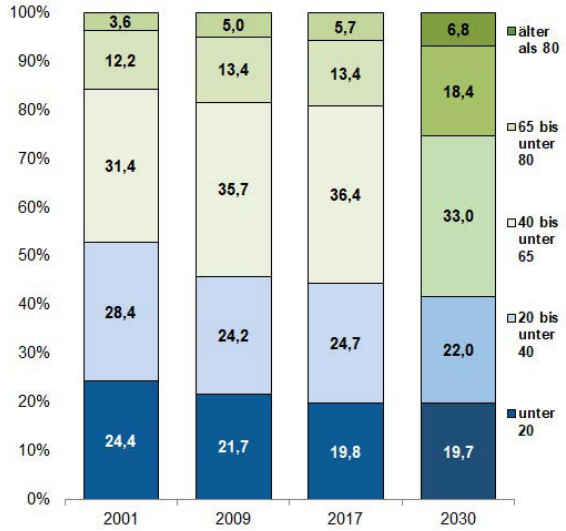


Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

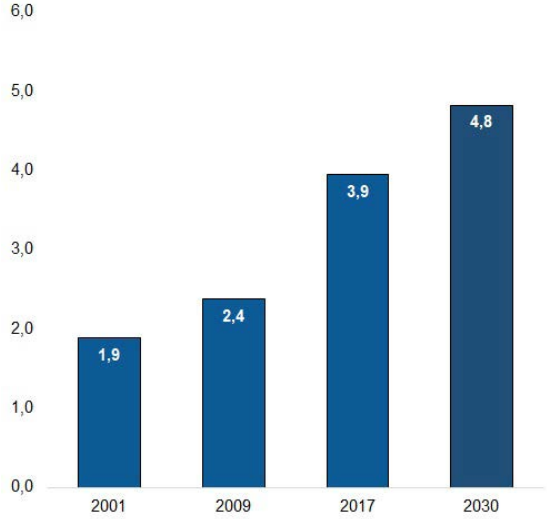
Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		867	1.257
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		1.678	1.287
Pflegegeld		3.029	3.029
Summe		**5.574**	**5.573**
Kurzzeitpflege		36	40
Tagespflege:	Mindestbedarf	135	149
	Höchstbedarf	374	411

Abweichungen sind rundungsbedingt

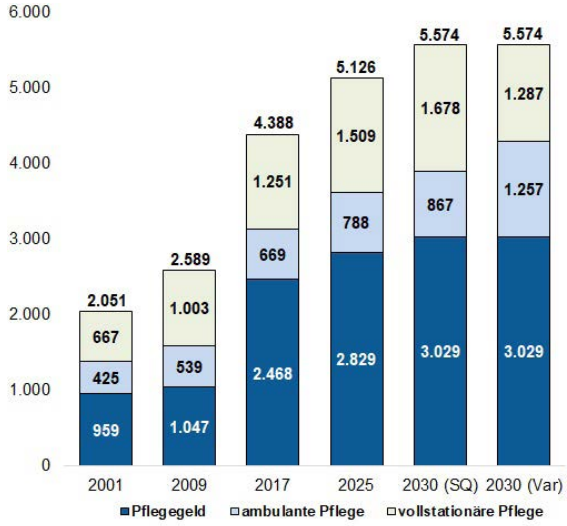
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



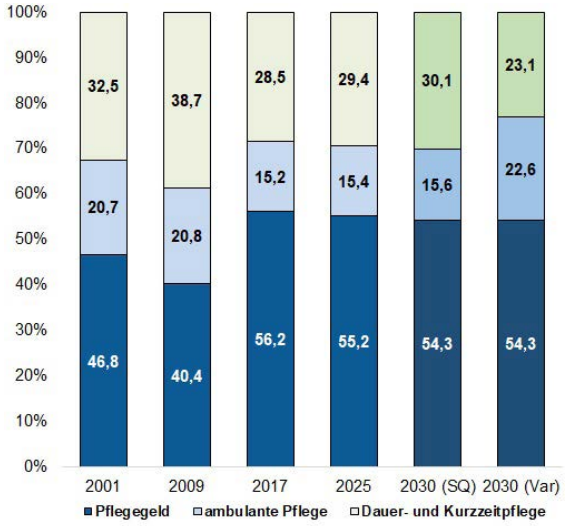
Pflegequote 2001–2030



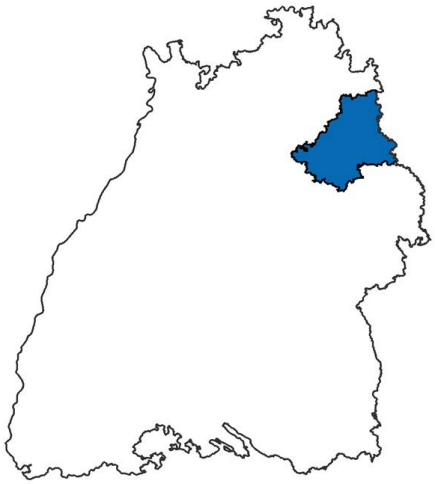
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



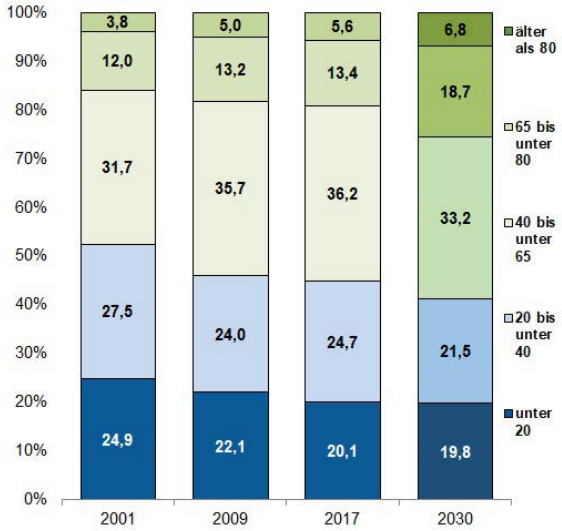
Landkreis Schwäbisch Hall



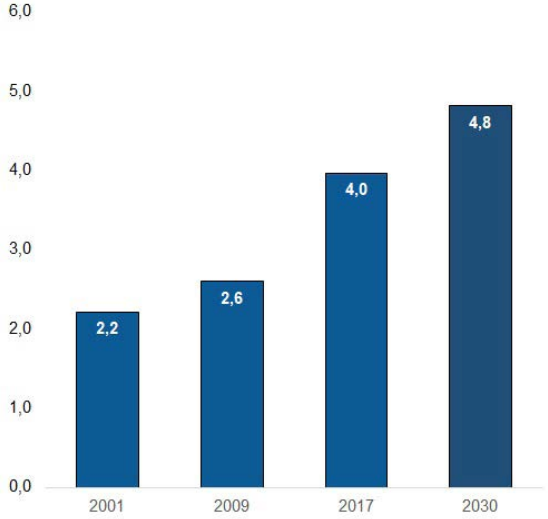
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		2.350	2.931
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		2.412	1.831
Pflegegeld		4.898	4.898
Summe		**9.660**	**9.660**
Kurzzeitpflege		68	73
Tagespflege:	Mindestbedarf	186	201
	Höchstbedarf	629	680

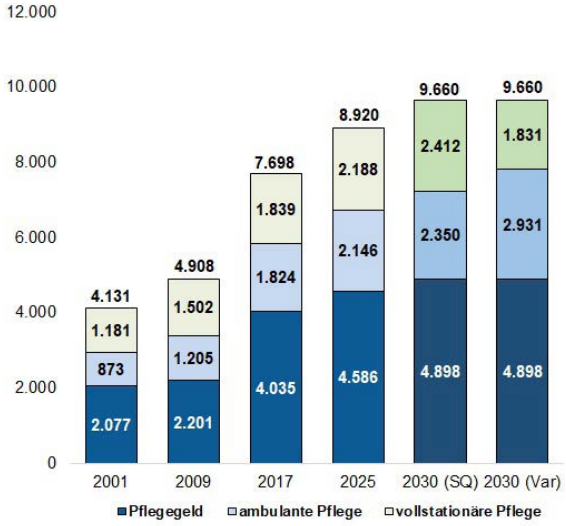
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



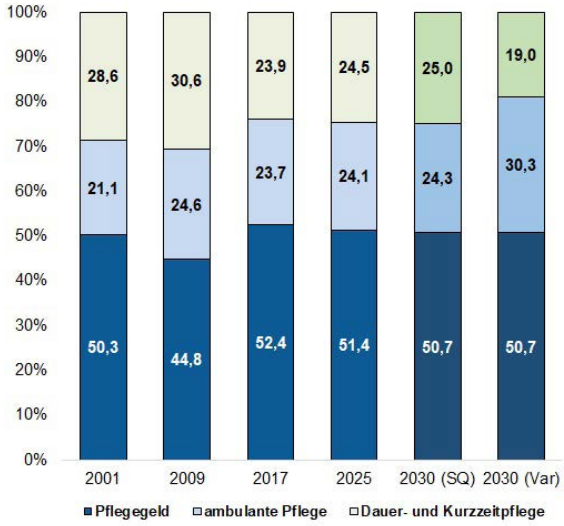
Pflegequote 2001–2030



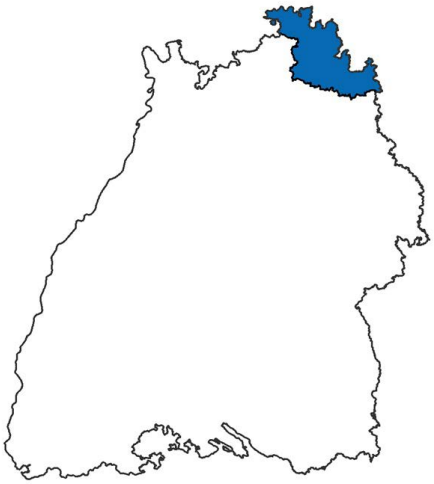
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



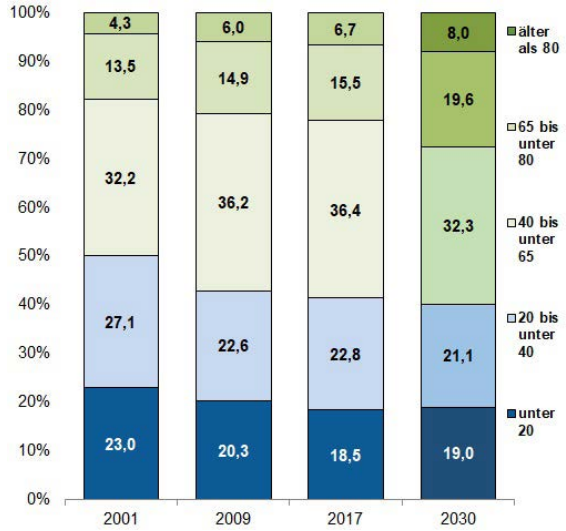
Main-Tauber-Kreis



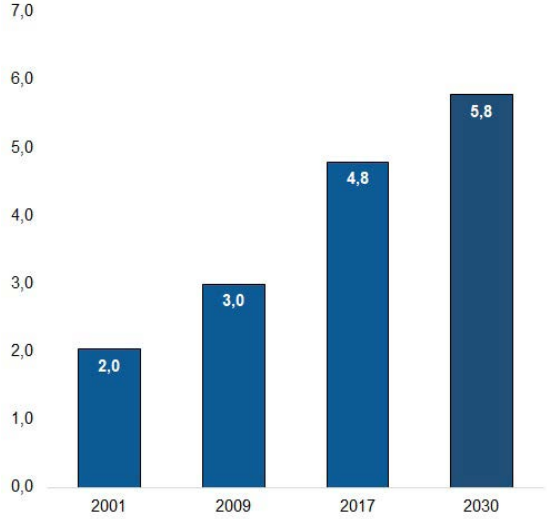
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		1.606	2.003
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		2.039	1.642
Pflegegeld		4.195	4.195
Summe		**7.840**	**7.840**
Kurzzeitpflege		54	58
Tagespflege:	Mindestbedarf	234	250
	Höchstbedarf	589	629

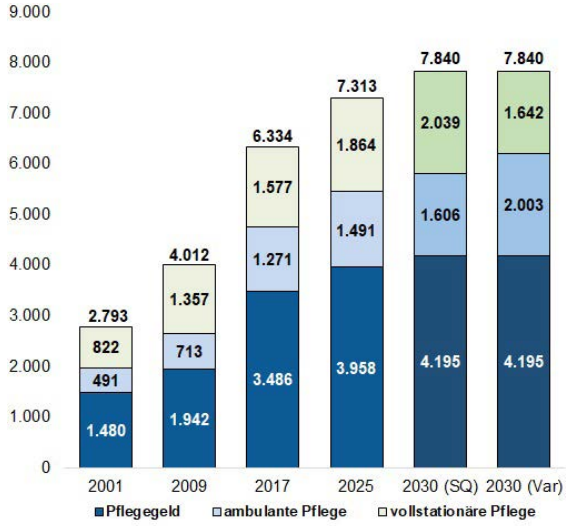
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



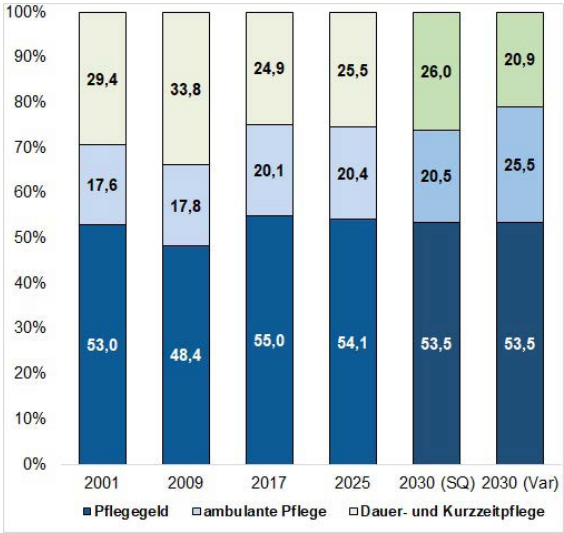
Pflegequote 2001–2030



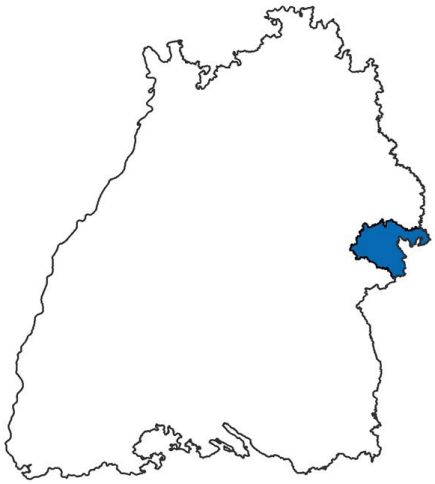
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



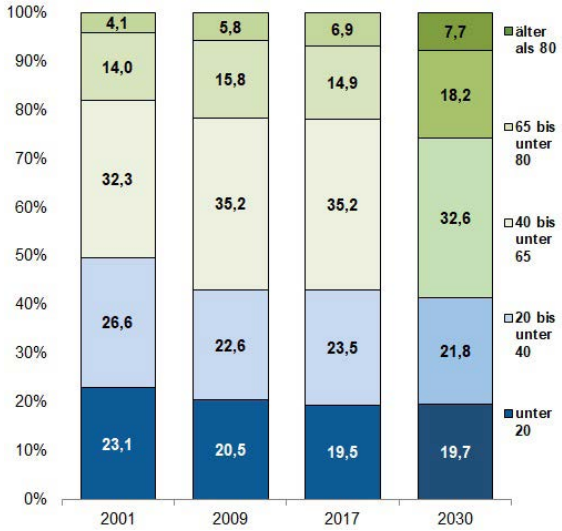
Landkreis Heidenheim



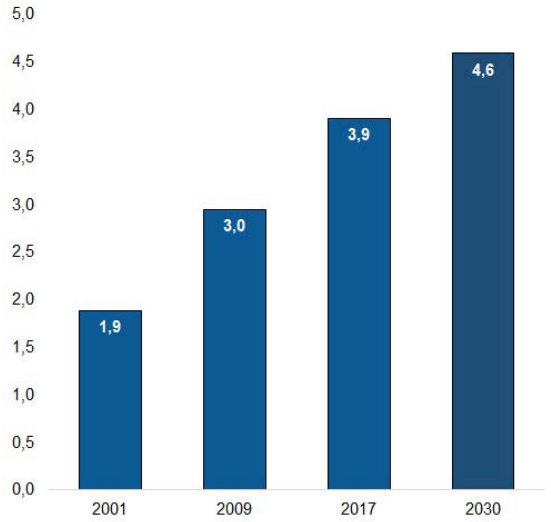
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		1.112	1.462
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		1.676	1.326
Pflegegeld		3.452	3.452
Summe		**6.240**	**6.240**
Kurzzeitpflege		43	46
Tagespflege:	Mindestbedarf	201	216
	Höchstbedarf	480	517

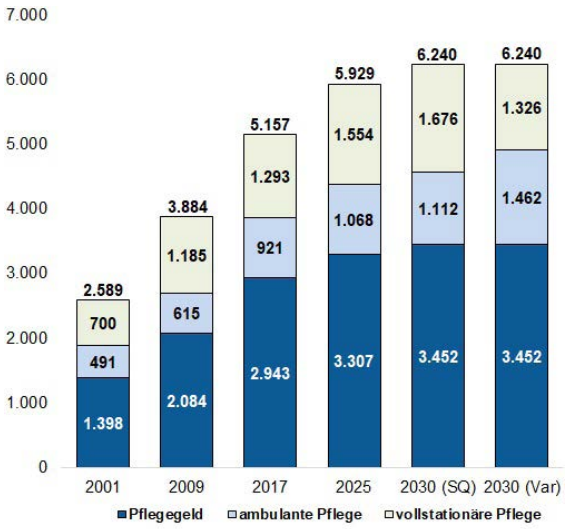
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



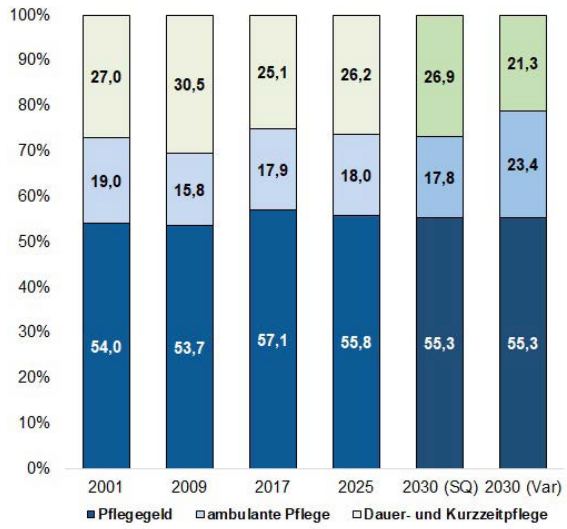
Pflegequote 2001–2030



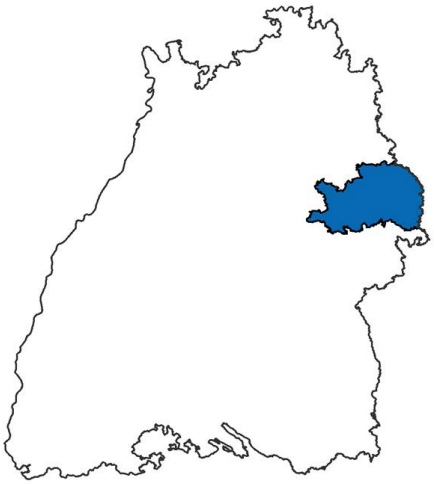
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



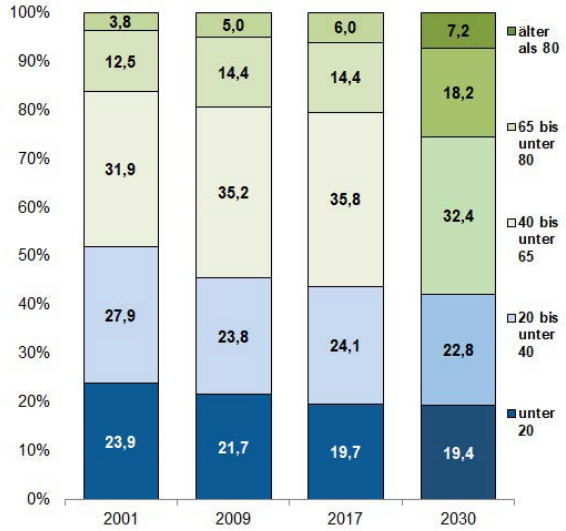
Ostalbkreis



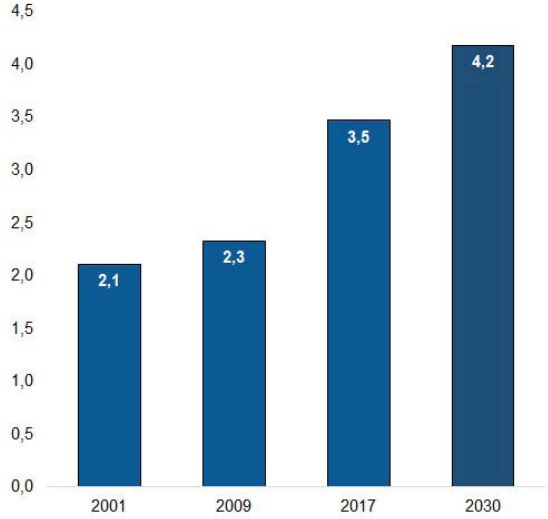
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		2.207	3.095
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		3.726	2.838
Pflegegeld		7.487	7.487
Summe		**13.420**	**13.420**
Kurzzeitpflege		90	99
Tagespflege:	Mindestbedarf	303	331
	Höchstbedarf	897	979

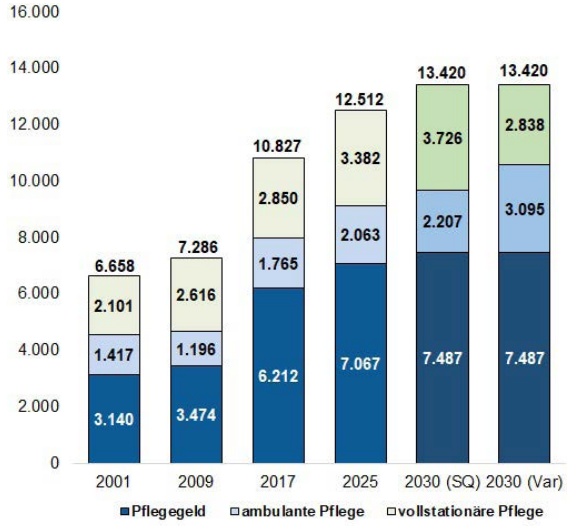
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



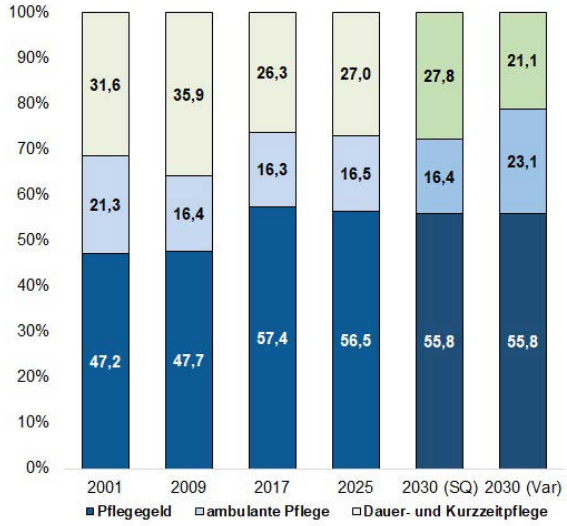
Pflegequote 2001–2030



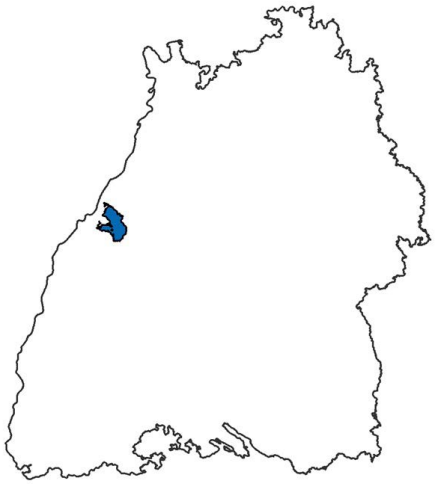
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



Stadt Baden-Baden

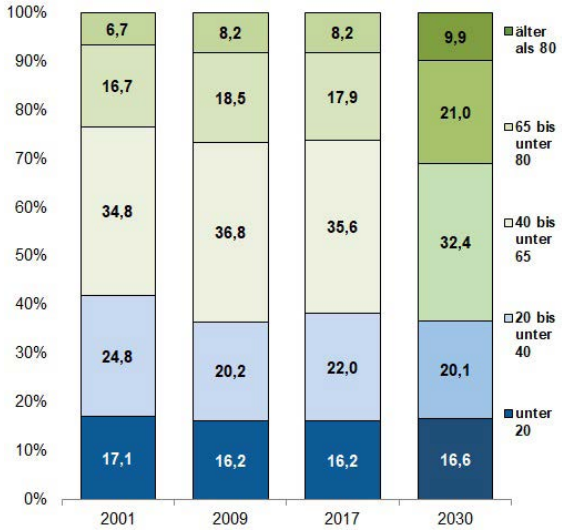


Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

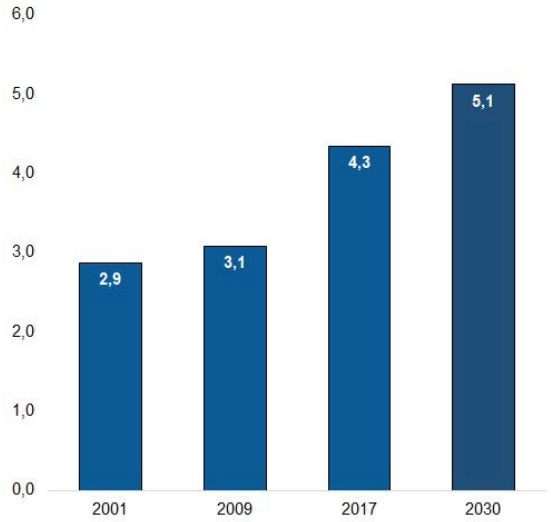
Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		539	733
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		928	733
Pflegegeld		1.347	1.347
Summe		**2.814**	**2.813**
Kurzzeitpflege		18	19
Tagespflege:	Mindestbedarf	143	158
	Höchstbedarf	258	285

Abweichungen sind rundungsbedingt

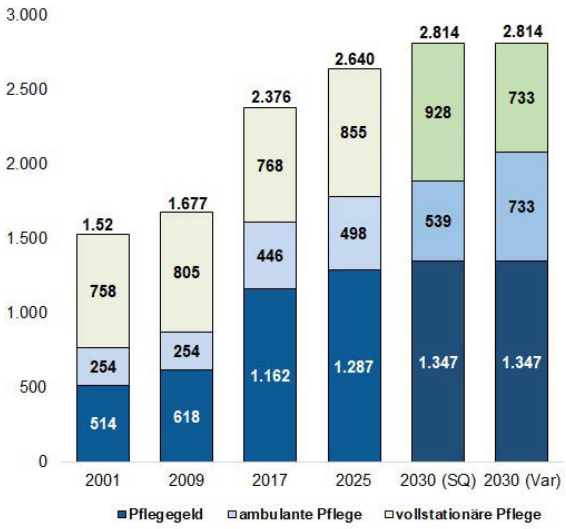
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



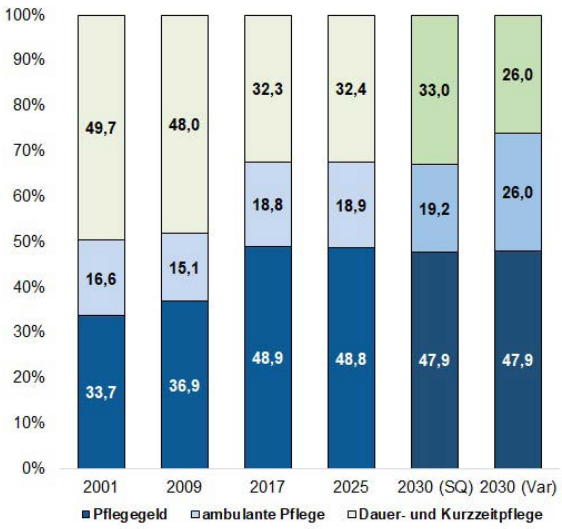
Pflegequote 2001–2030



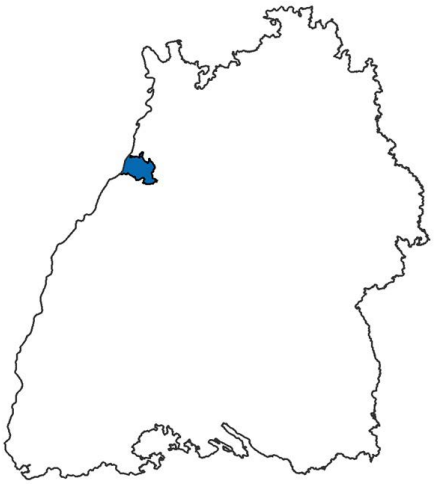
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



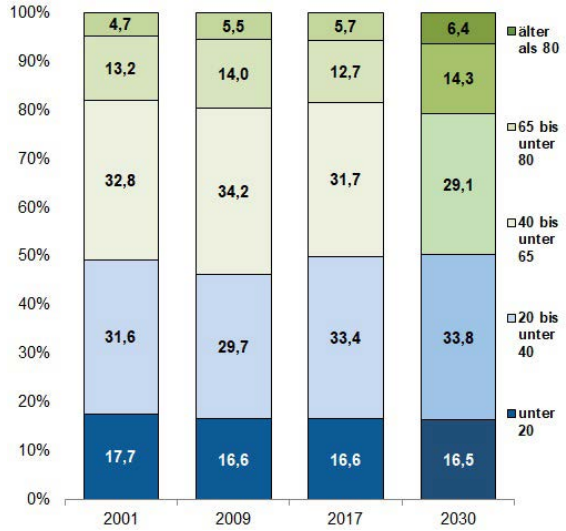
Stadt Karlsruhe



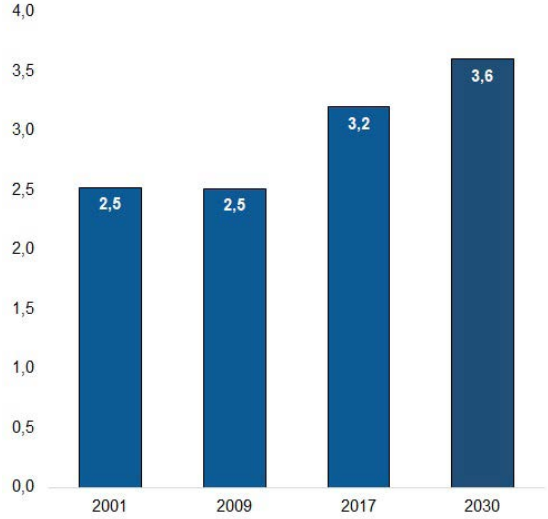
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		2.036	2.802
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		3.616	2.850
Pflegegeld		6.180	6.180
Summe		**11.832**	**11.832**
Kurzzeitpflege		77	84
Tagespflege:	Mindestbedarf	246	269
	Höchstbedarf	749	819

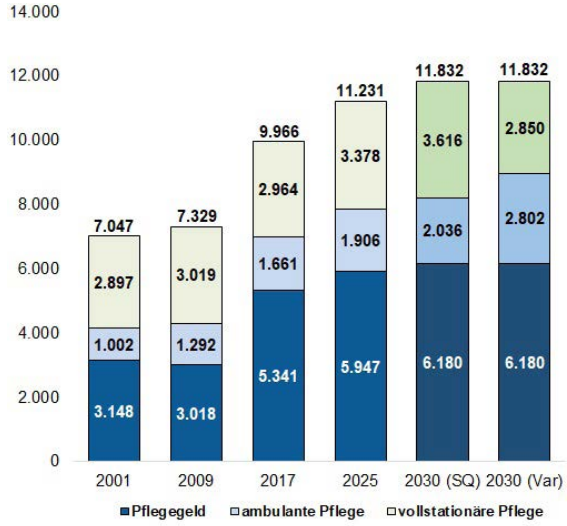
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



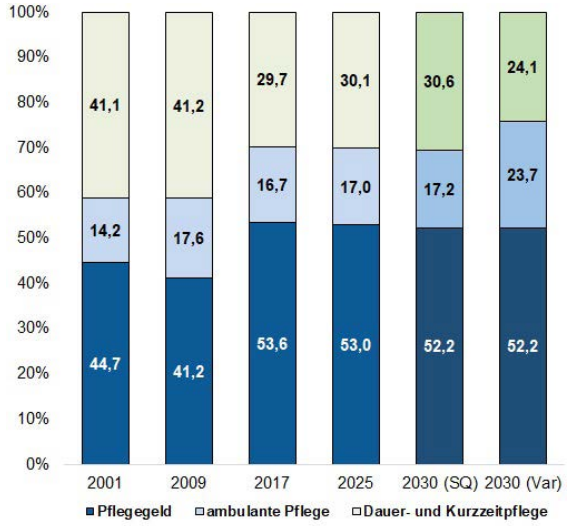
Pflegequote 2001–2030



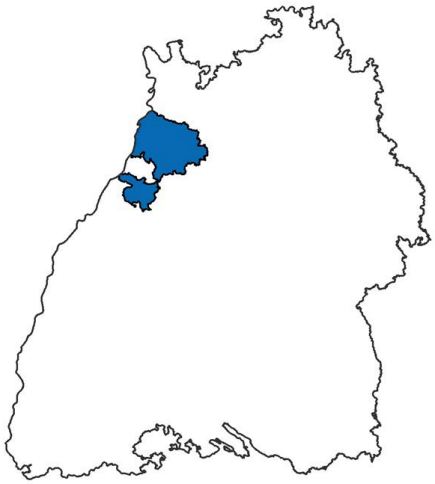
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



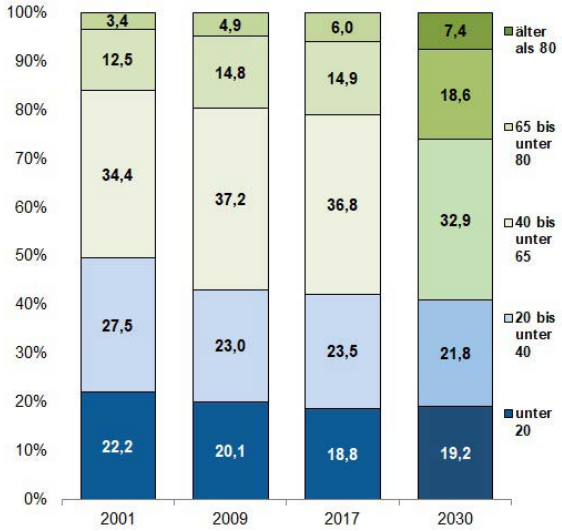
Landkreis Karlsruhe



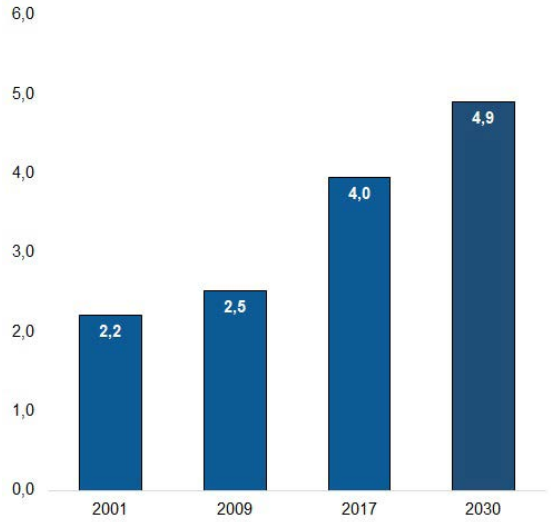
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		4.268	5.448
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		5.516	4.336
Pflegegeld		12.485	12.485
Summe		**22.269**	**22.269**
Kurzzeitpflege		156	167
Tagespflege:	Mindestbedarf	703	753
	Höchstbedarf	1.729	1.851

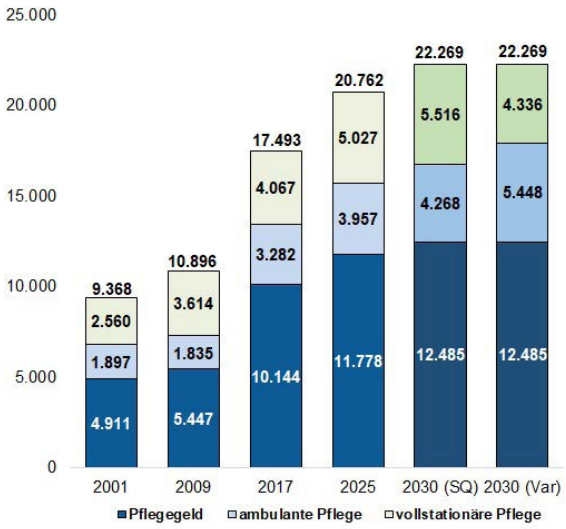
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



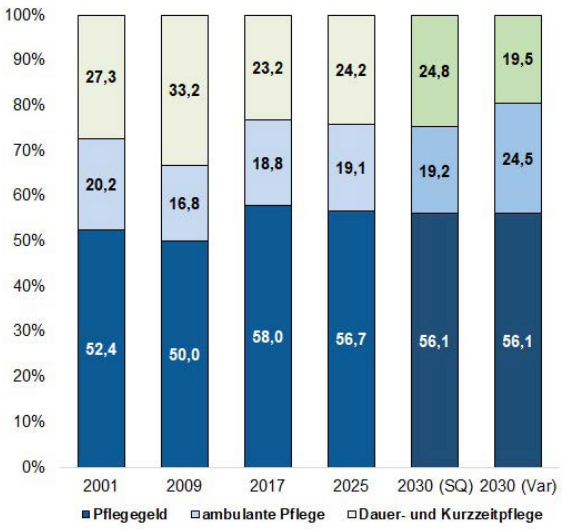
Pflegequote 2001–2030



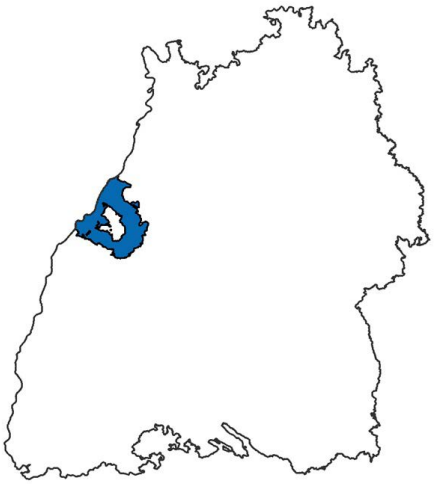
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



Landkreis Rastatt

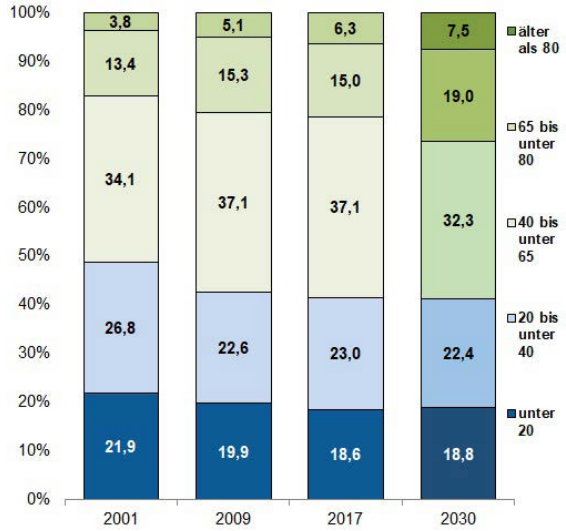


Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

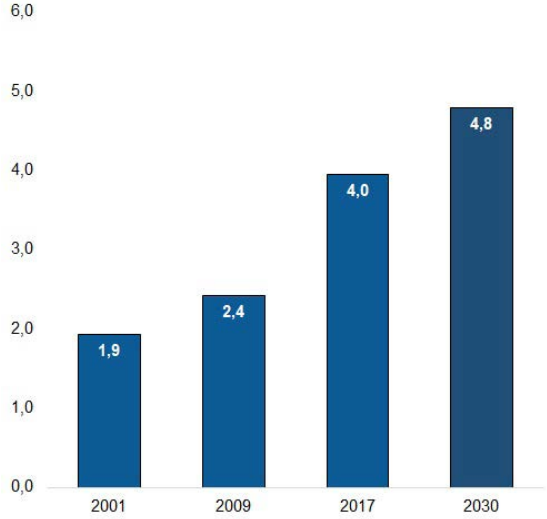
Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		1.956	2.417
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		2.391	1.931
Pflegegeld		6.933	6.933
Summe		**11.280**	**11.281**
Kurzzeitpflege		83	87
Tagespflege:	Mindestbedarf	339	357
	Höchstbedarf	883	929

Abweichungen sind rundungsbedingt

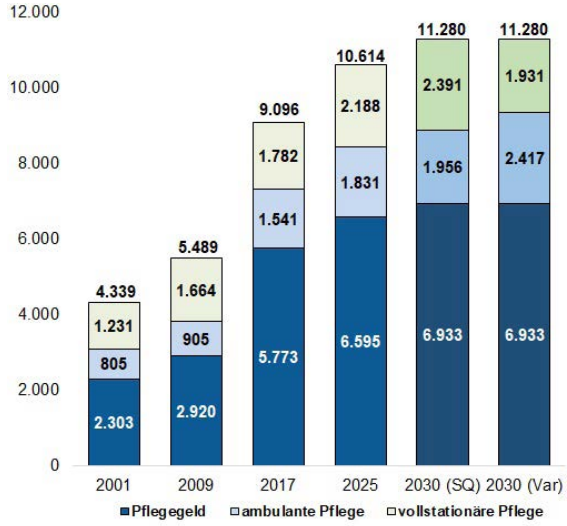
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



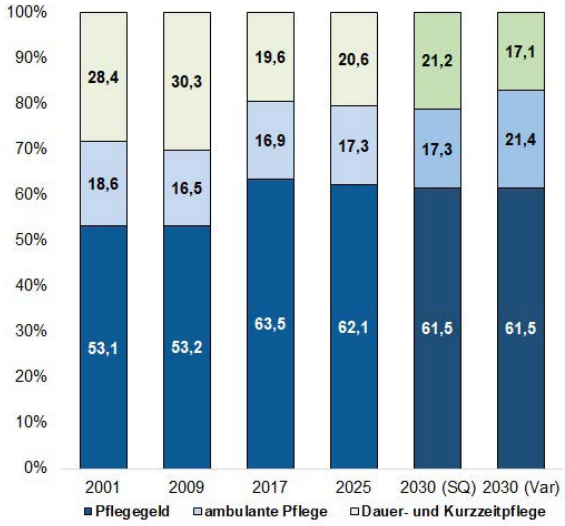
Pflegequote 2001–2030



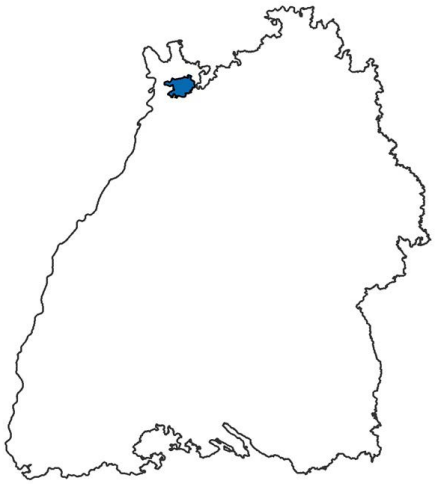
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



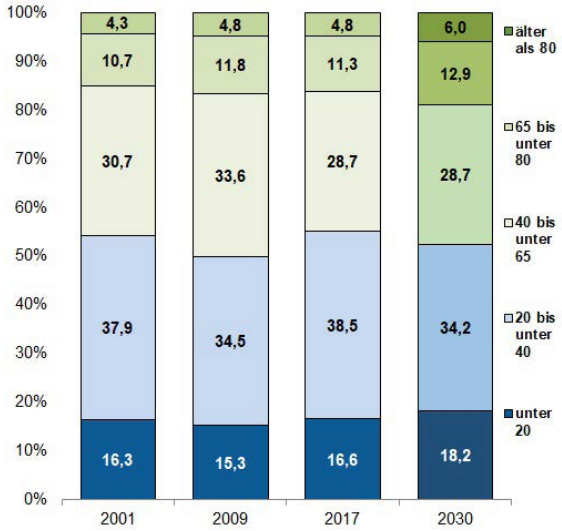
Stadt Heidelberg



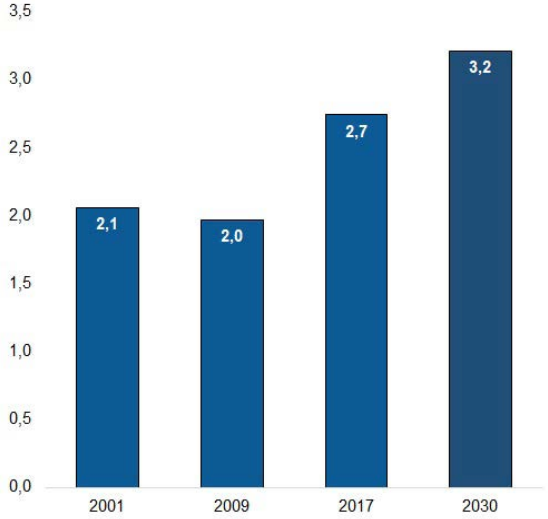
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		1.168	1.535
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		1.504	1.137
Pflegegeld		2.685	2.685
Summe		**5.357**	**5.357**
Kurzzeitpflege		36	39
Tagespflege:	Mindestbedarf	74	81
	Höchstbedarf	310	340

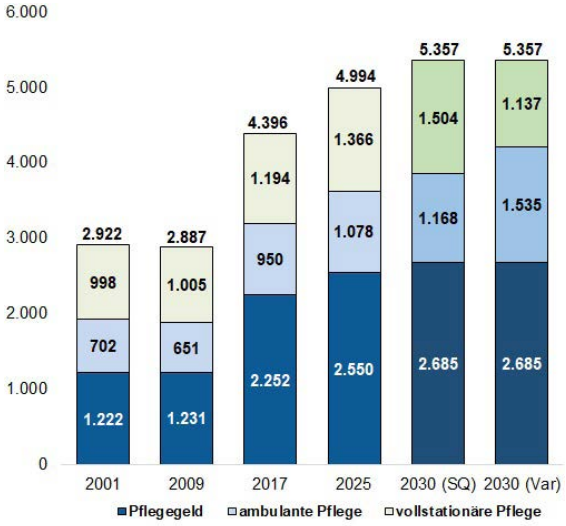
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



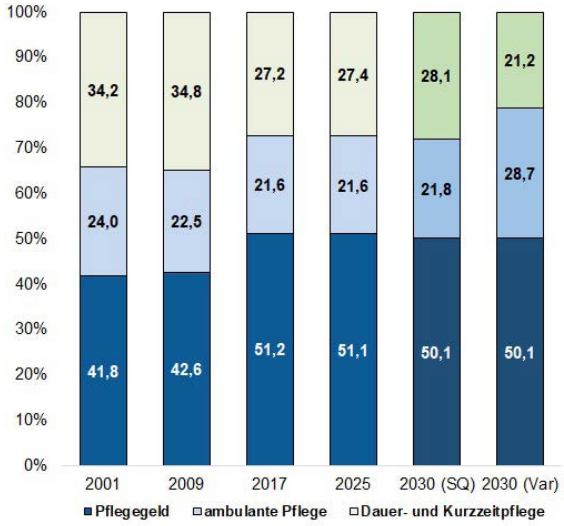
Pflegequote 2001–2030



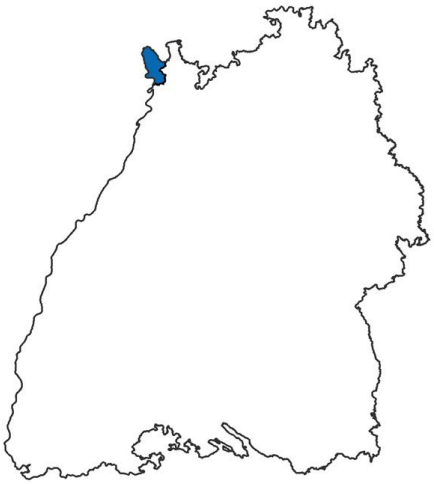
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



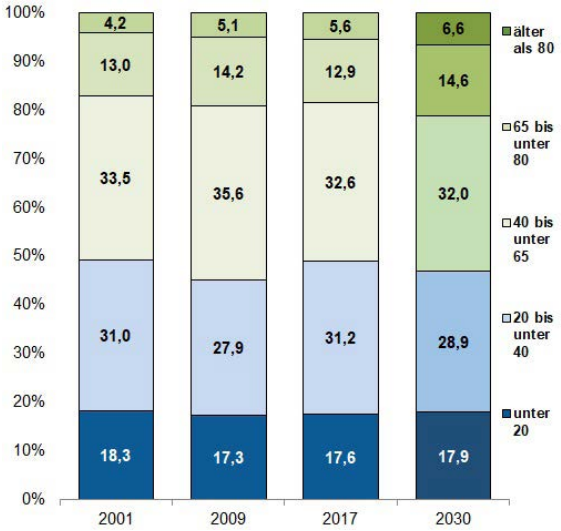
Stadt Mannheim



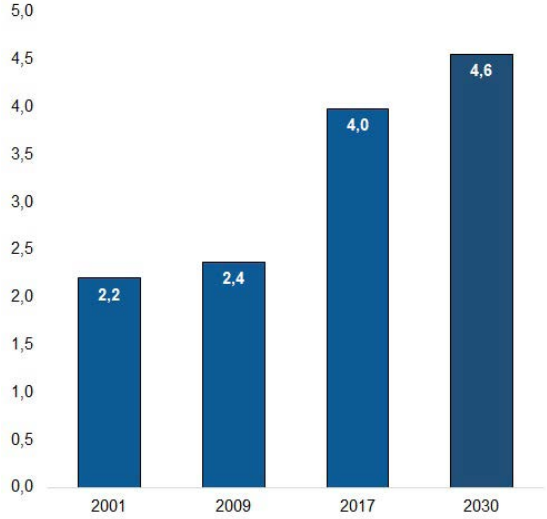
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		2.751	3.695
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		3.732	2.788
Pflegegeld		8.214	8.214
Summe		**14.697**	**14.697**
Kurzzeitpflege		102	111
Tagespflege:	Mindestbedarf	232	252
	Höchstbedarf	903	981

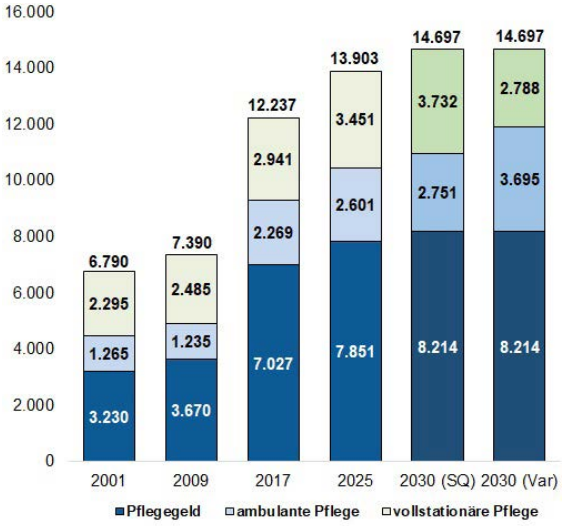
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



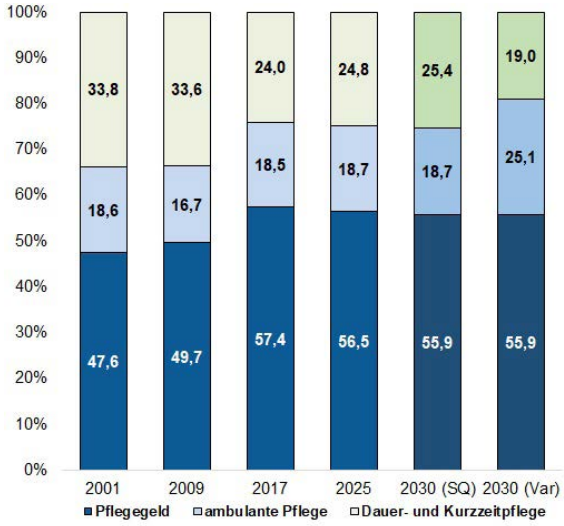
Pflegequote 2001–2030



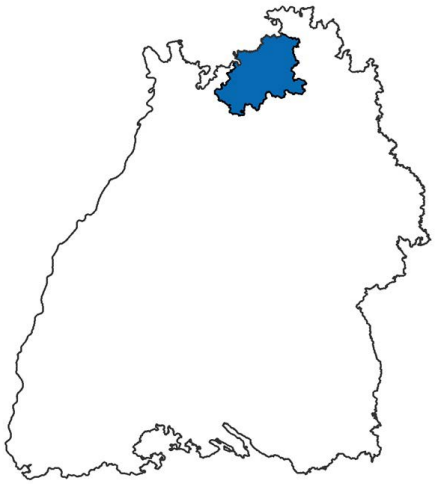
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



Neckar-Odenwald-Kreis

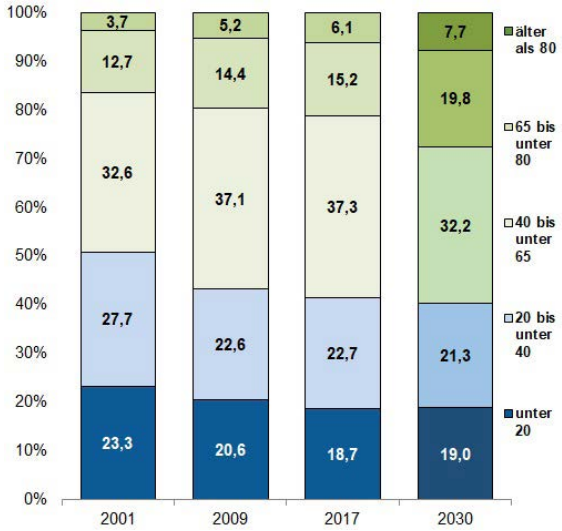


Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

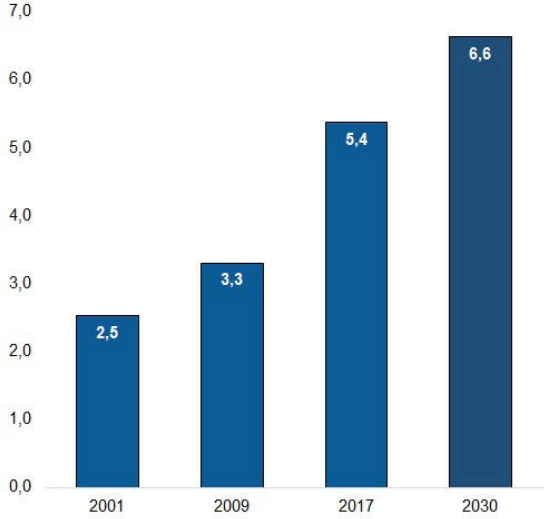
Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		2.224	2.644
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		2.250	1.829
Pflegegeld		5.293	5.293
Summe		**9.767**	**9.766**
Kurzzeitpflege		70	74
Tagespflege:	Mindestbedarf	358	377
	Höchstbedarf	818	863

Abweichungen sind rundungsbedingt

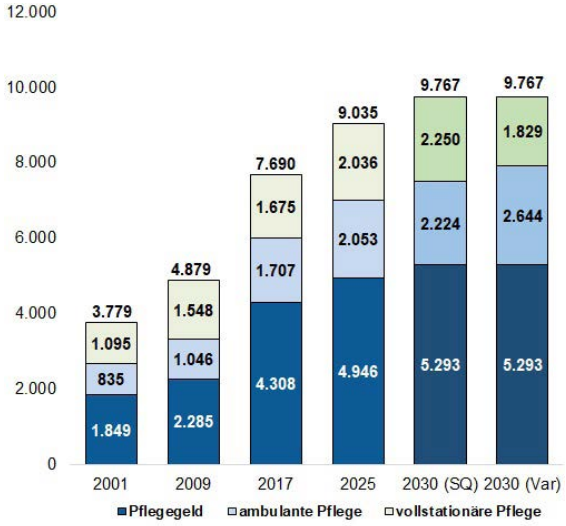
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



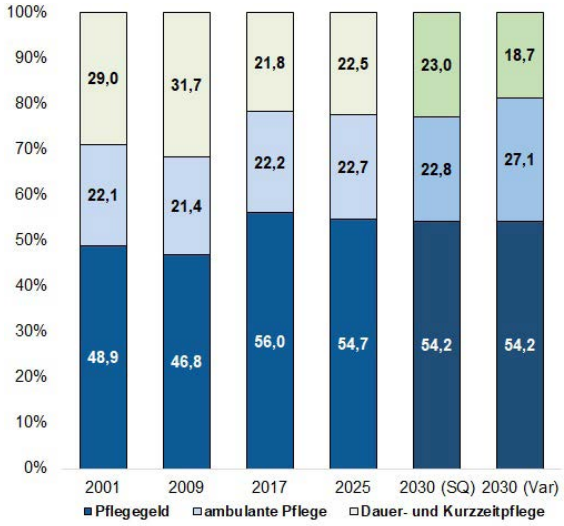
Pflegequote 2001–2030



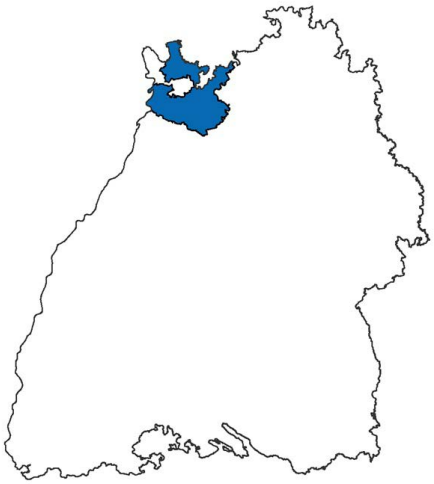
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



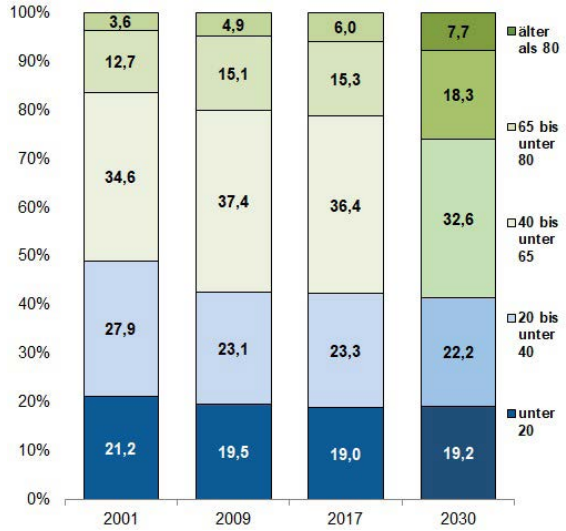
Rhein-Neckar-Kreis



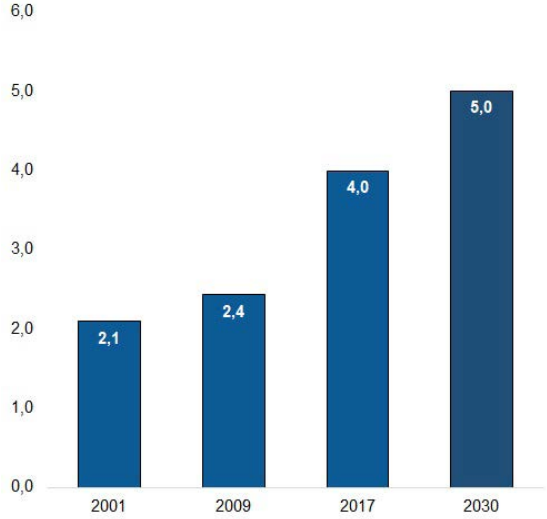
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		5.493	6.883
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		6.521	5.131
Pflegegeld		16.062	16.062
Summe		**28.076**	**28.076**
Kurzzeitpflege		201	214
Tagespflege:	Mindestbedarf	542	577
	Höchstbedarf	1.861	1.981

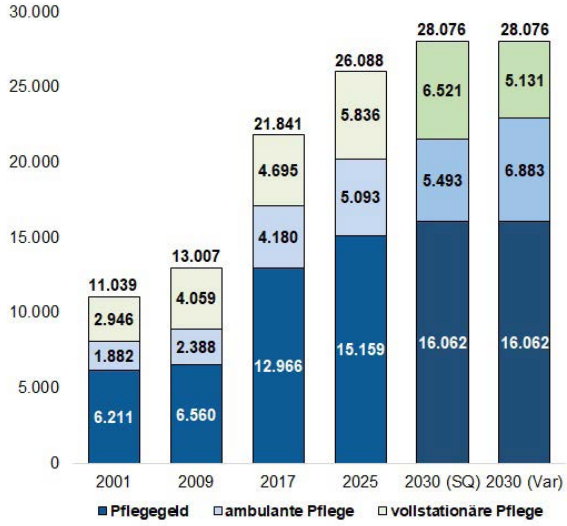
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



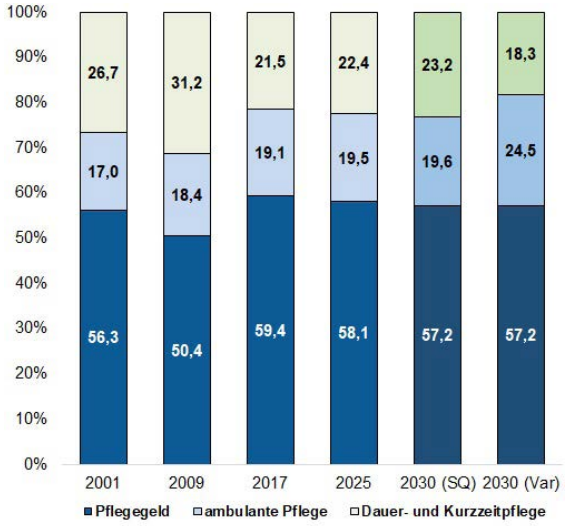
Pflegequote 2001–2030



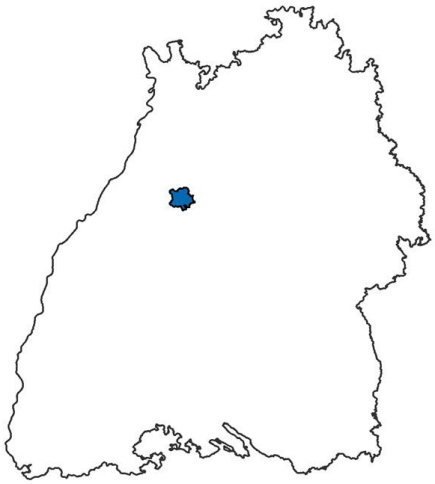
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



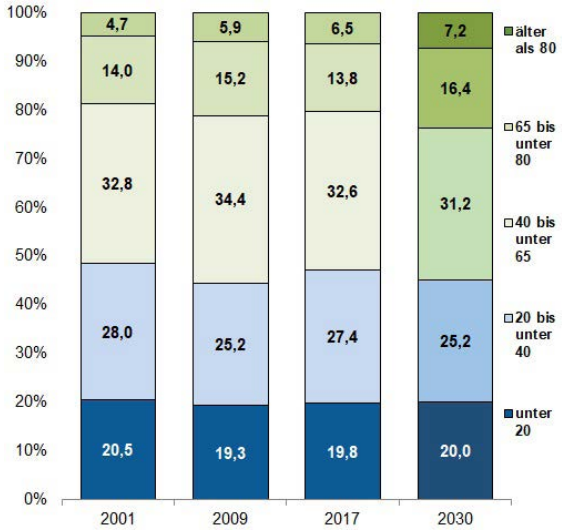
Stadt Pforzheim



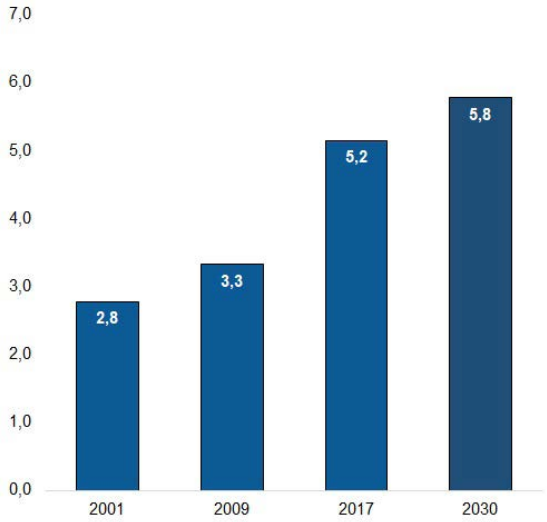
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		1.169	1.561
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		1.906	1.514
Pflegegeld		4.257	4.257
Summe		**7.332**	**7.332**
Kurzzeitpflege		51	54
Tagespflege:	Mindestbedarf	170	183
	Höchstbedarf	502	539

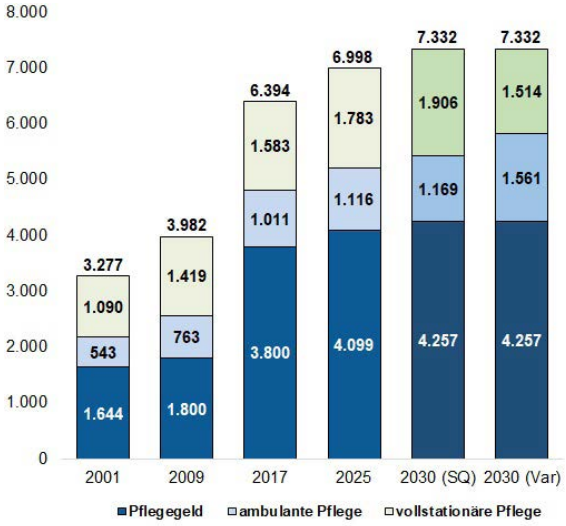
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



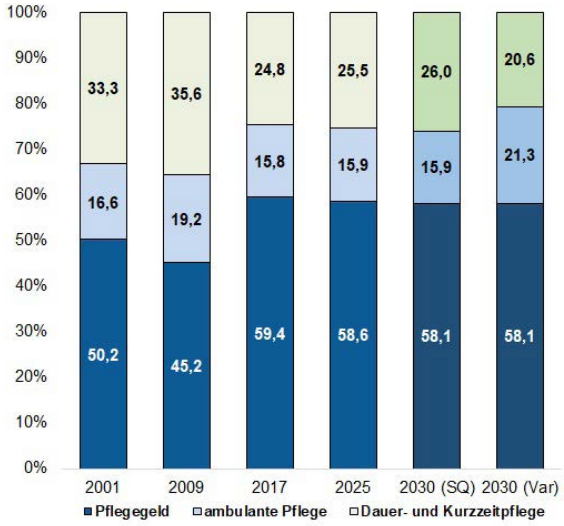
Pflegequote 2001–2030



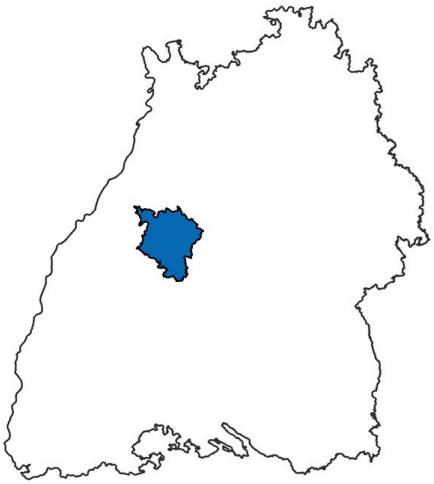
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



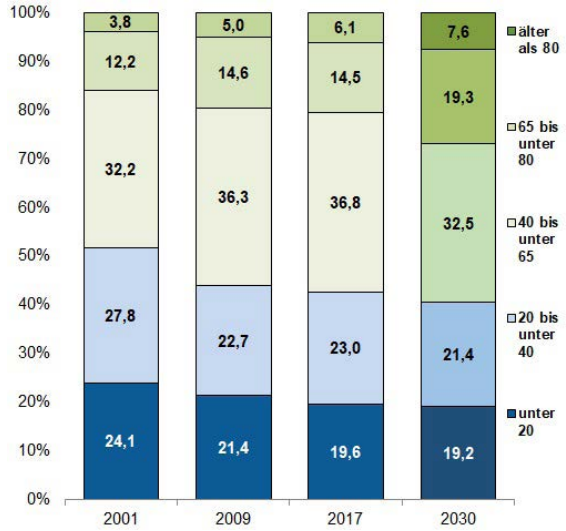
Landkreis Calw



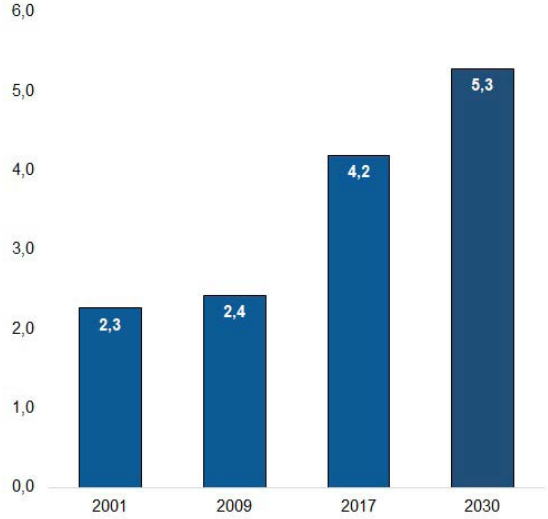
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		1.516	1.964
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		2.265	1.817
Pflegegeld		4.800	4.800
Summe		**8.581**	**8.581**
Kurzzeitpflege		59	63
Tagespflege:	Mindestbedarf	236	253
	Höchstbedarf	622	667

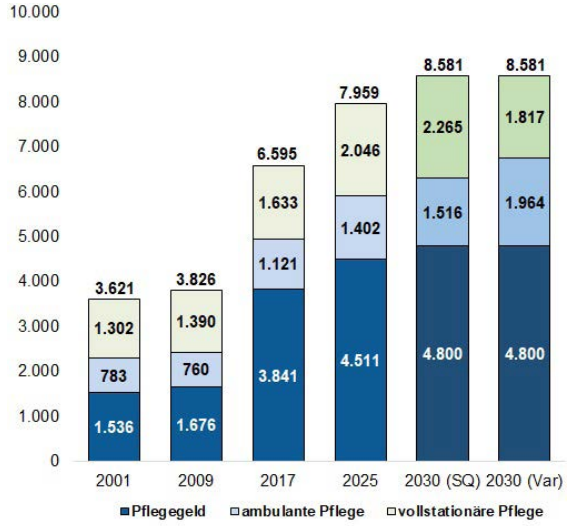
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



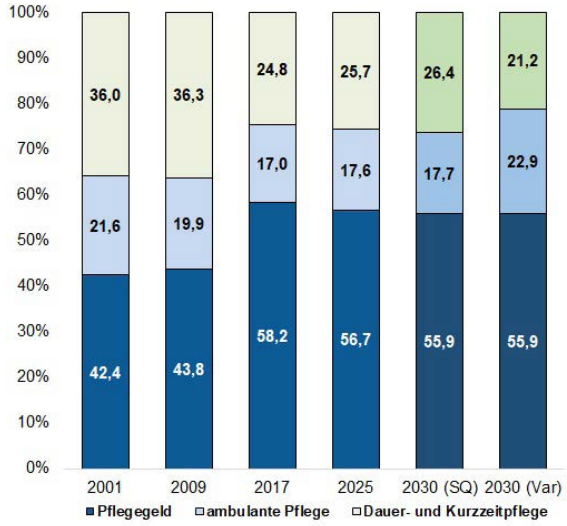
Pflegequote 2001–2030



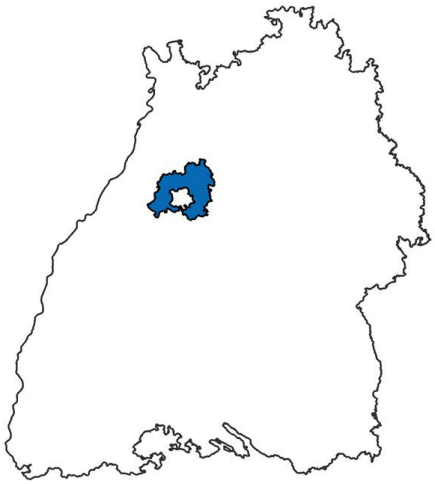
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



Enzkreis

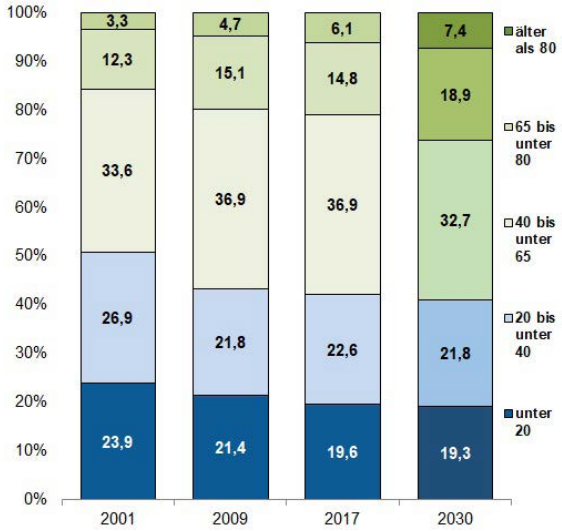


Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

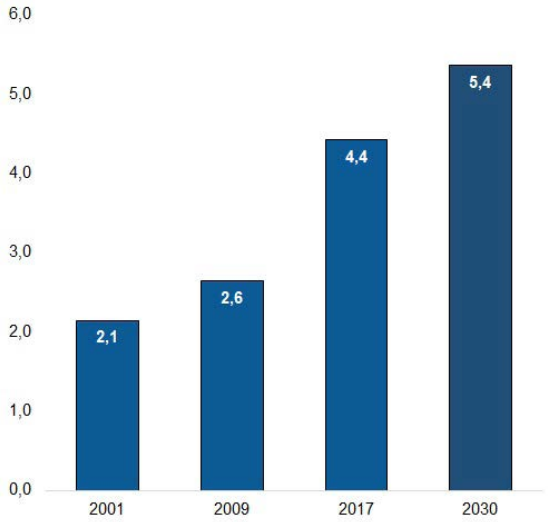
Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		2.834	3.189
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		2.254	1.900
Pflegegeld		5.808	5.808
Summe		**10.896**	**10.897**
Kurzzeitpflege		81	84
Tagespflege:	Mindestbedarf	432	450
	Höchstbedarf	961	1.001

Abweichungen sind rundungsbedingt

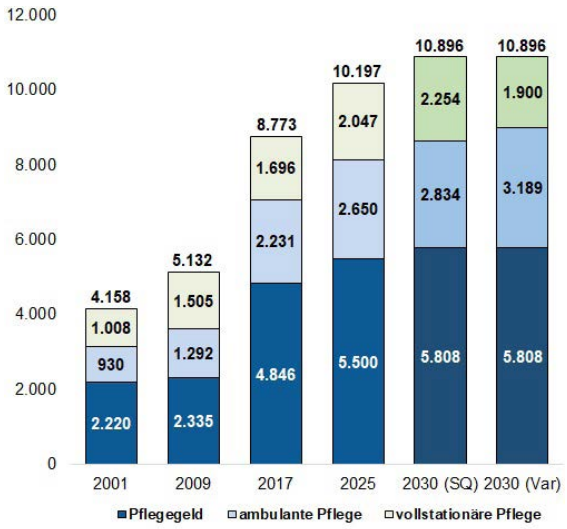
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



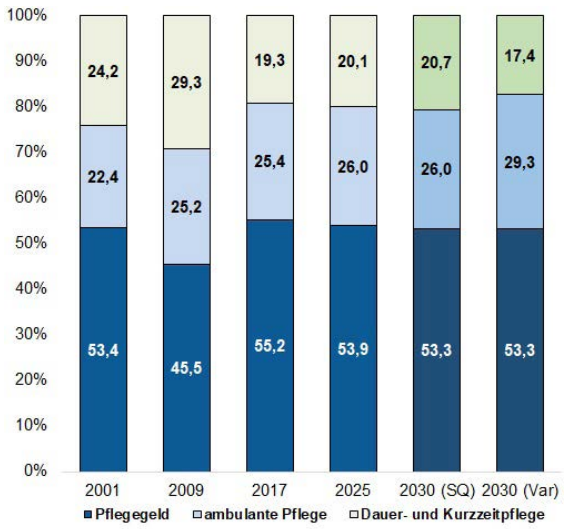
Pflegequote 2001–2030



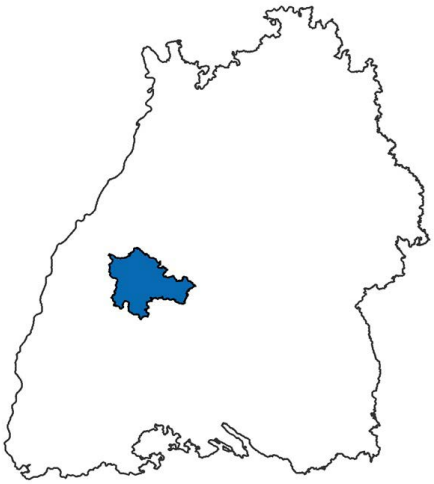
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



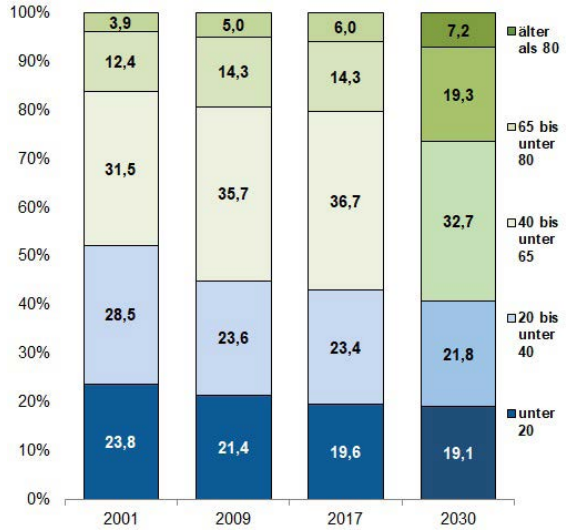
Landkreis Freudenstadt



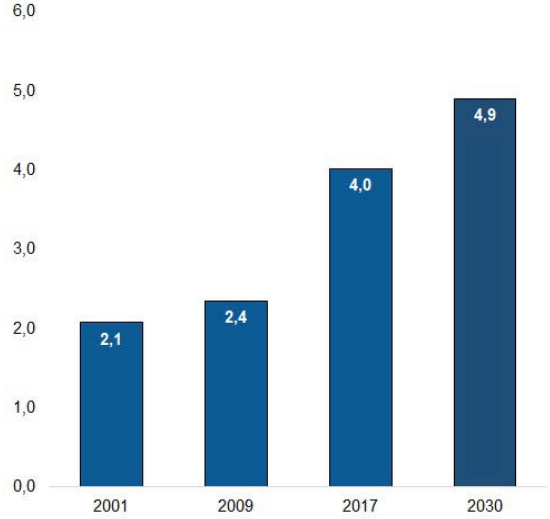
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		984	1.411
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		1.803	1.376
Pflegegeld		3.092	3.092
Summe		**5.879**	**5.879**
Kurzzeitpflege		38	42
Tagespflege:	Mindestbedarf	219	242
	Höchstbedarf	468	517

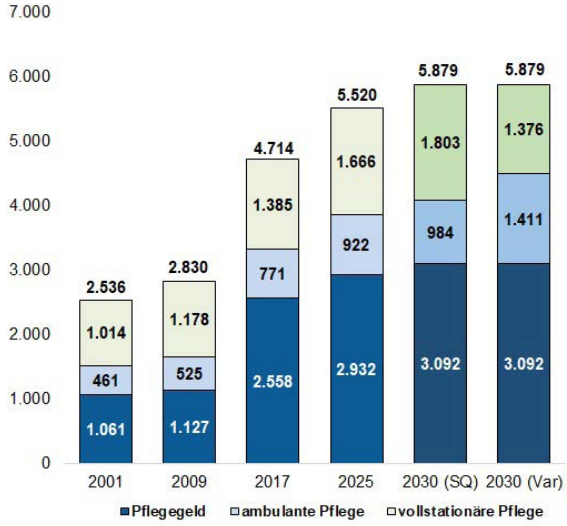
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



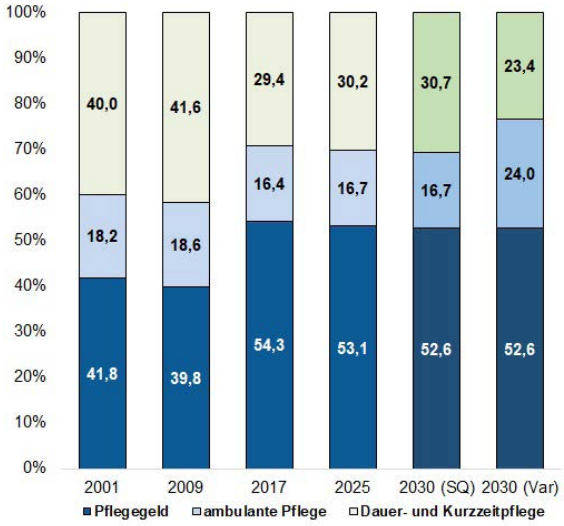
Pflegequote 2001–2030



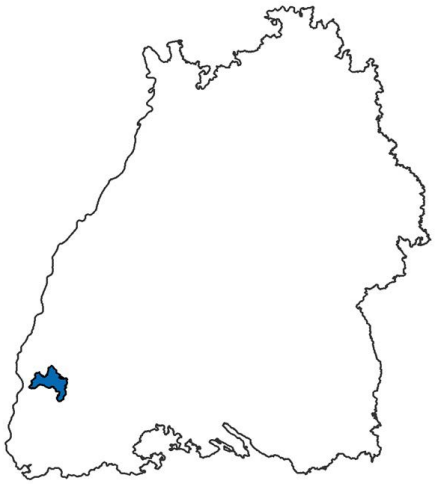
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



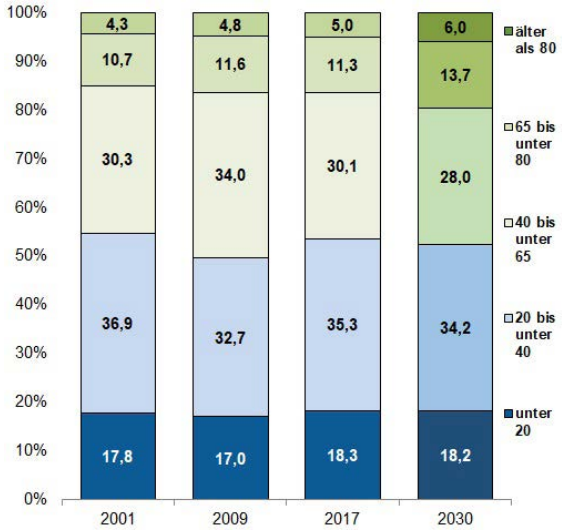
Stadt Freiburg



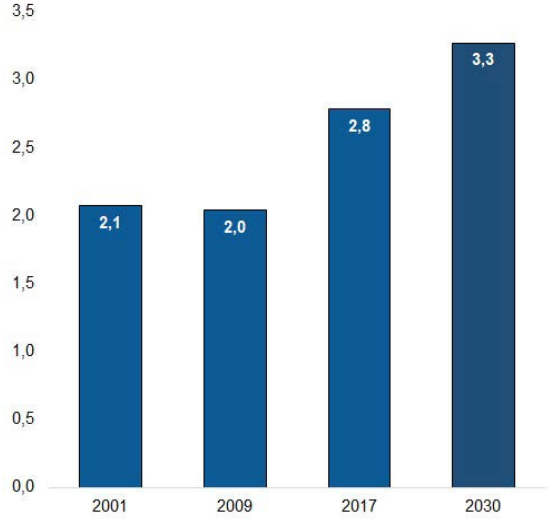
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		1.497	1.924
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		2.395	1.968
Pflegegeld		3.925	3.925
Summe		**7.817**	**7.817**
Kurzzeitpflege		51	54
Tagespflege:	Mindestbedarf	94	101
	Höchstbedarf	426	459

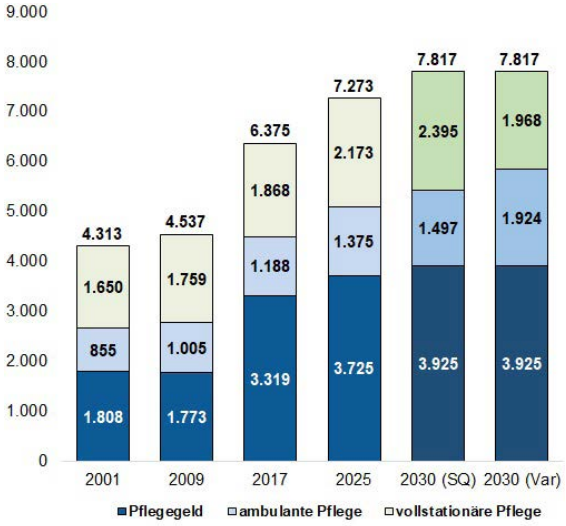
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



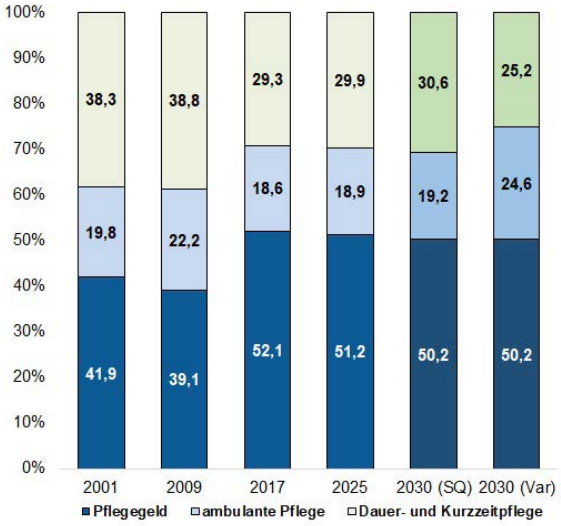
Pflegequote 2001–2030



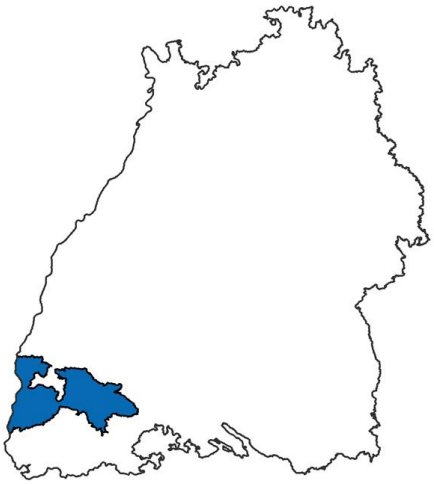
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



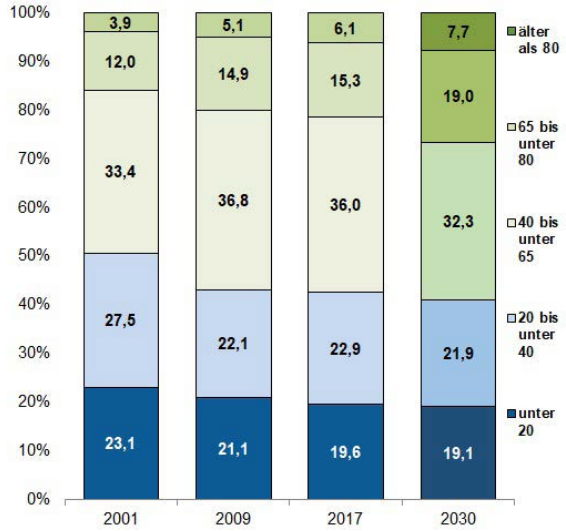
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald



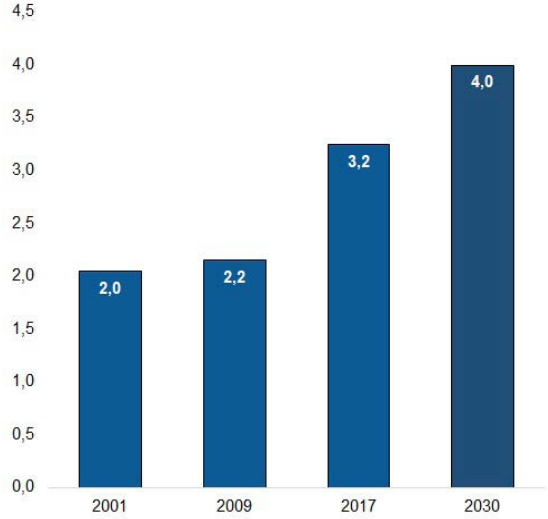
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		2.198	2.848
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		2.667	2.017
Pflegegeld		5.824	5.824
Summe		**10.689**	**10.689**
Kurzzeitpflege		75	81
Tagespflege:	Mindestbedarf	306	330
	Höchstbedarf	797	861

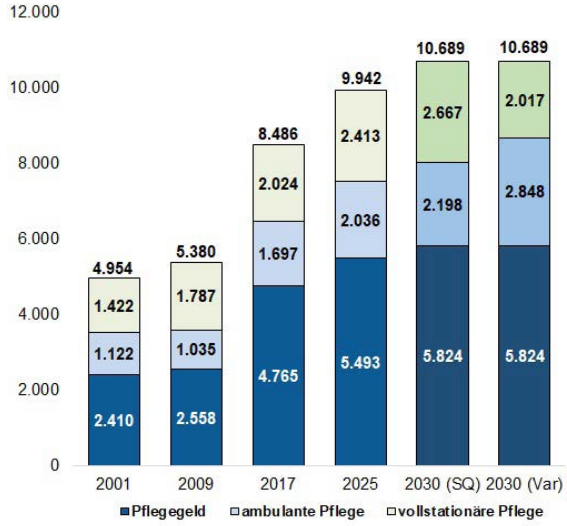
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



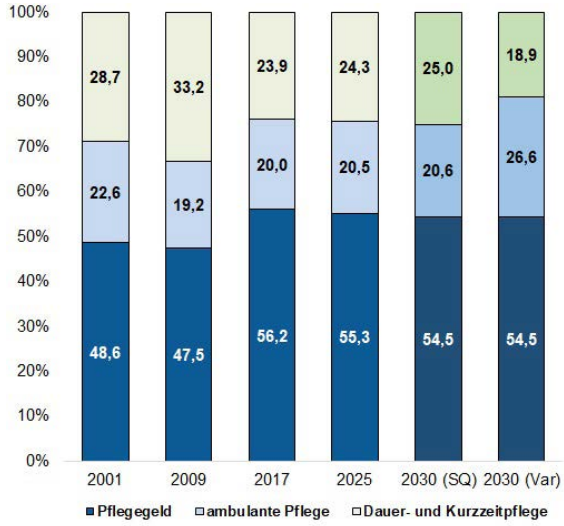
Pflegequote 2001–2030



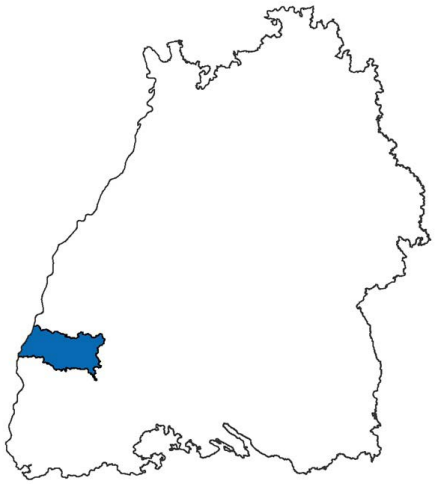
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



Landkreis Emmendingen

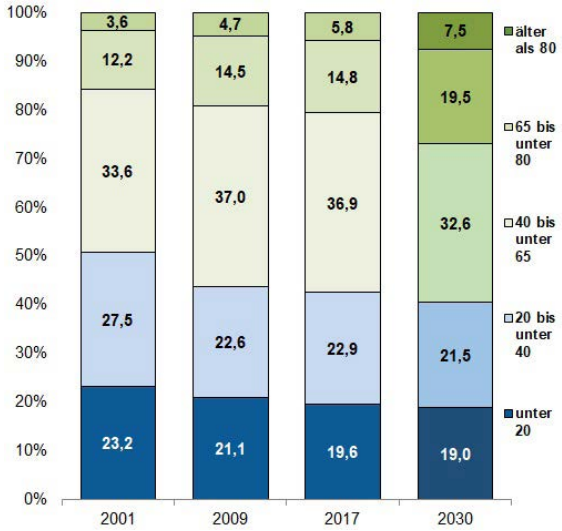


Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

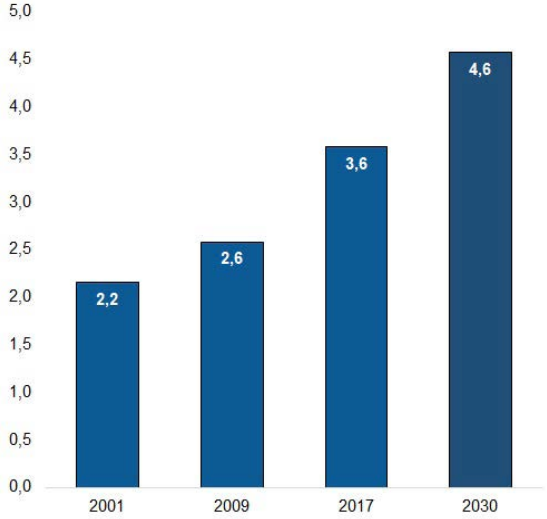
Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		1.598	1.937
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		1.844	1.504
Pflegegeld		4.227	4.227
Summe		**7.669**	**7.668**
Kurzzeitpflege		54	57
Tagespflege:	Mindestbedarf	161	170
	Höchstbedarf	517	547

Abweichungen sind rundungsbedingt

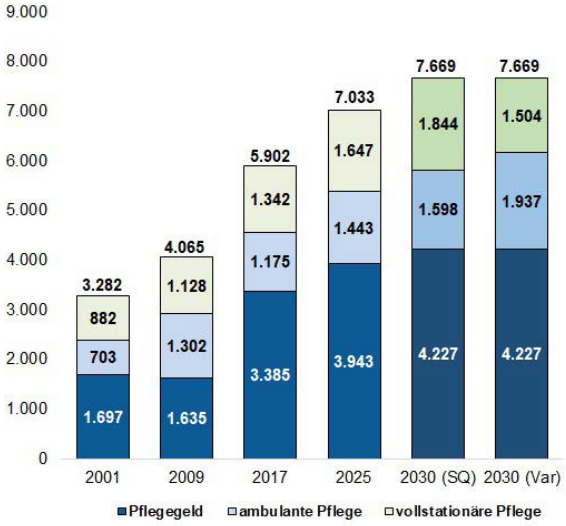
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



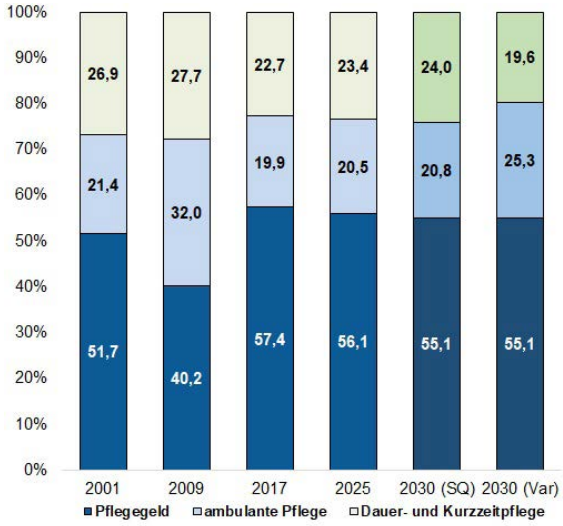
Pflegequote 2001–2030



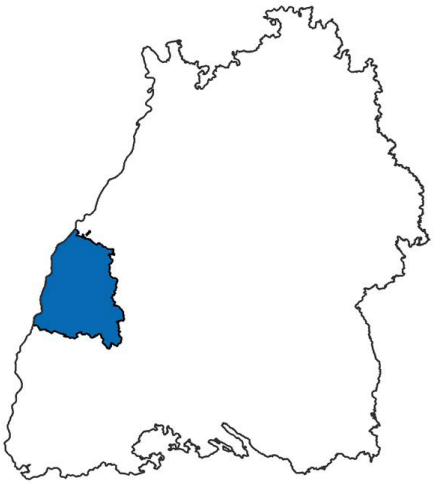
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



Ortenaukreis

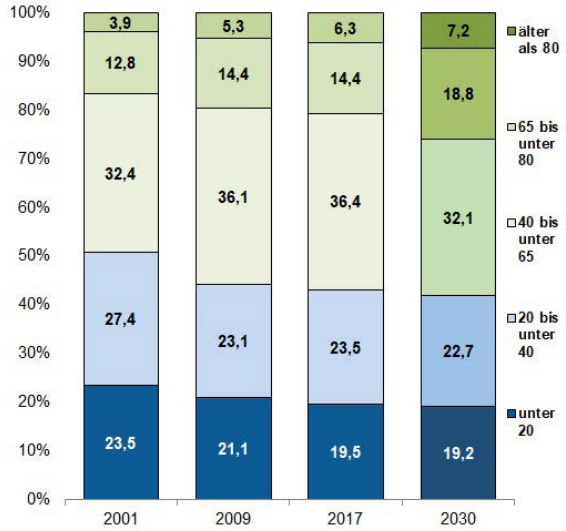


Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

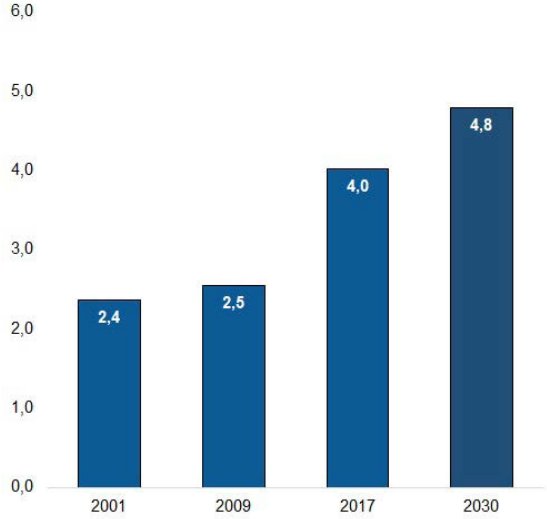
Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		4.358	5.330
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		5.476	4.505
Pflegegeld		10.952	10.952
Summe		**20.786**	**20.787**
Kurzzeitpflege		143	152
Tagespflege:	Mindestbedarf	989	1.052
	Höchstbedarf	1.926	2.048

Abweichungen sind rundungsbedingt

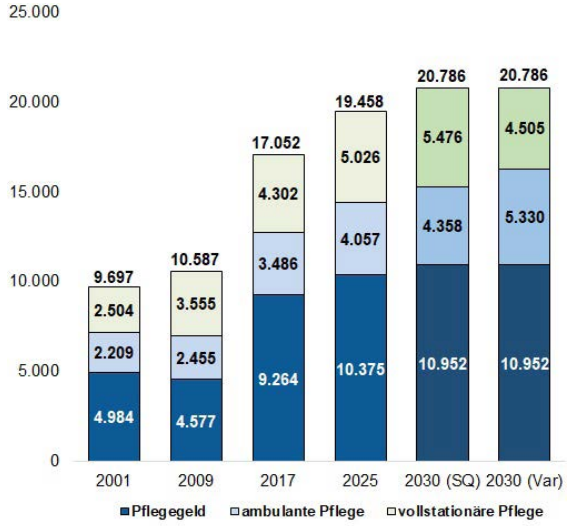
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



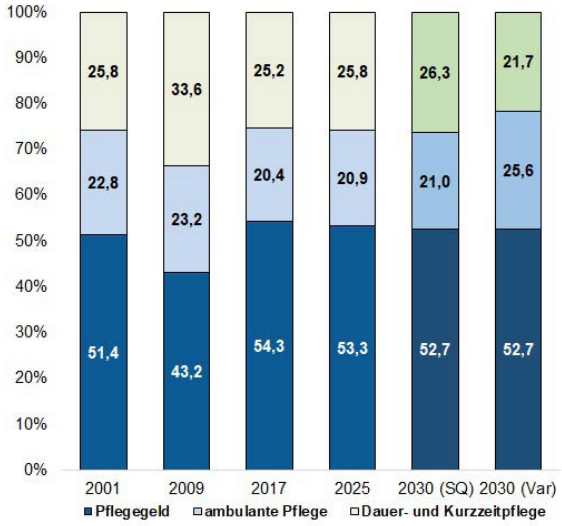
Pflegequote 2001–2030



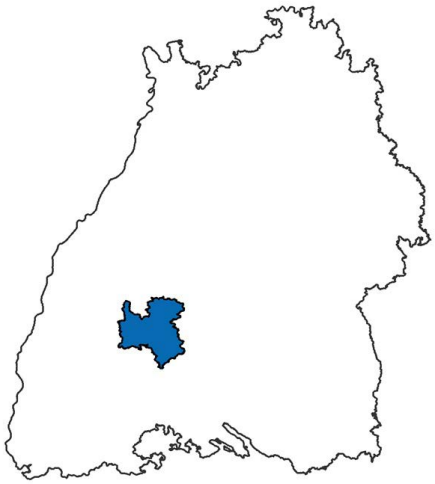
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



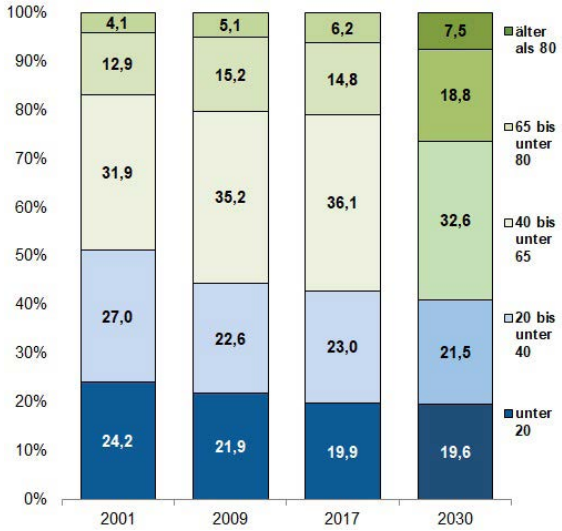
Landkreis Rottweil



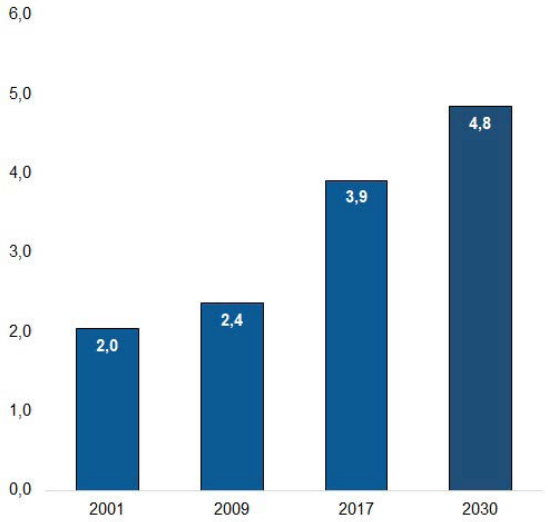
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		1.194	1.570
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		1.709	1.333
Pflegegeld		4.008	4.008
Summe		**6.911**	**6.911**
Kurzzeitpflege		48	52
Tagespflege:	Mindestbedarf	153	164
	Höchstbedarf	471	505

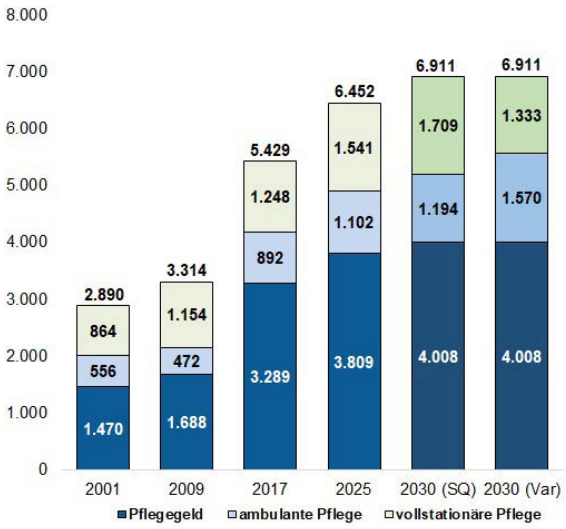
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



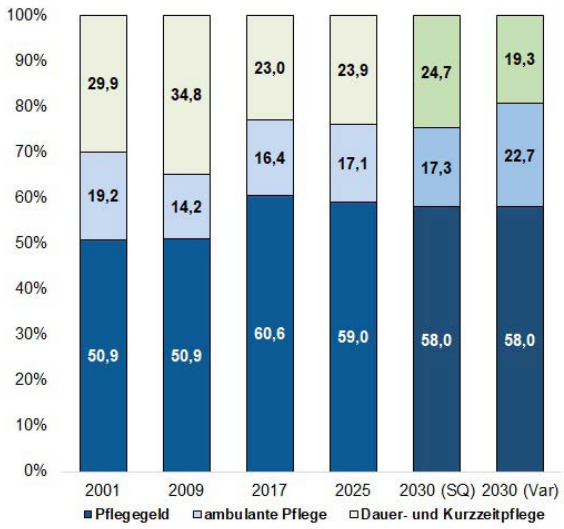
Pflegequote 2001–2030



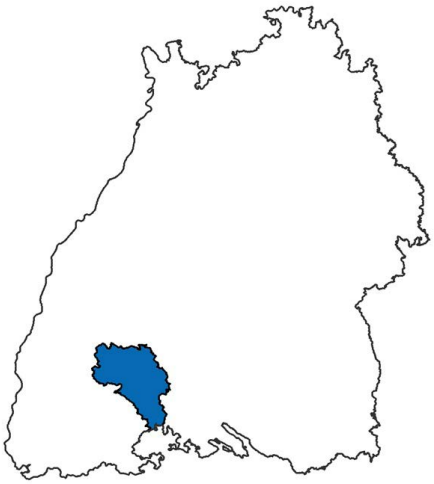
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



Schwarzwald-Baar-Kreis

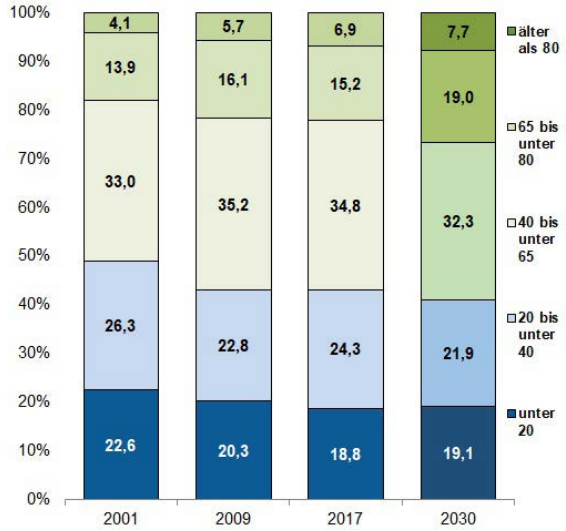


Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

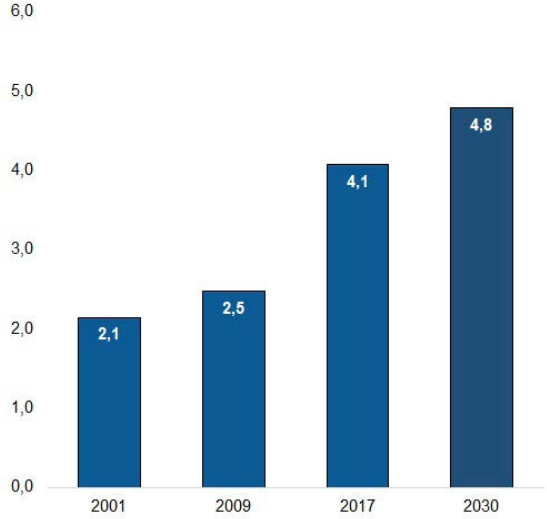
Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		2.129	2.714
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		2.878	2.294
Pflegegeld		5.234	5.234
Summe		**10.241**	**10.242**
Kurzzeitpflege		69	74
Tagespflege:	Mindestbedarf	295	319
	Höchstbedarf	746	805

Abweichungen sind rundungsbedingt

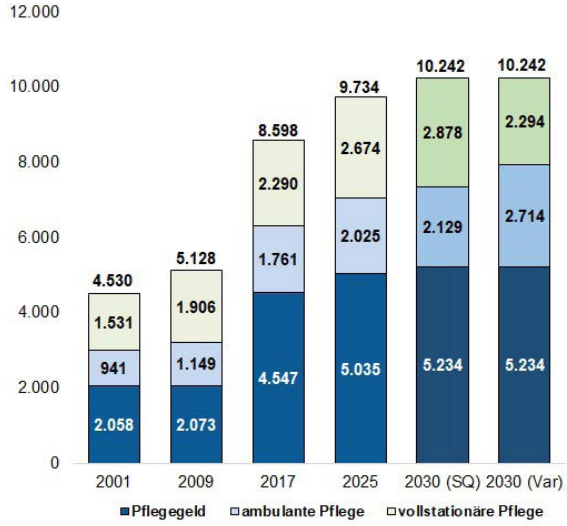
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



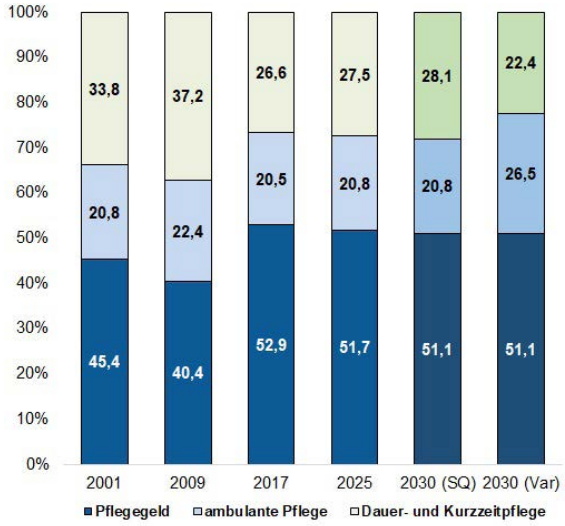
Pflegequote 2001–2030



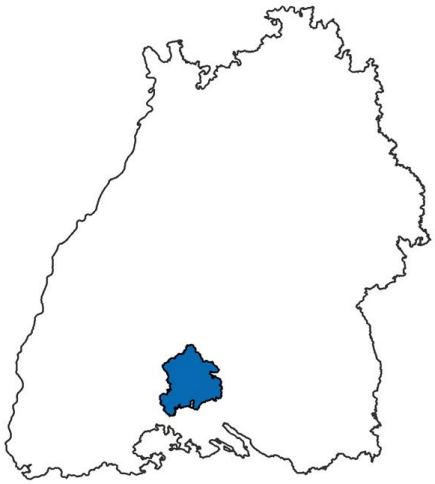
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



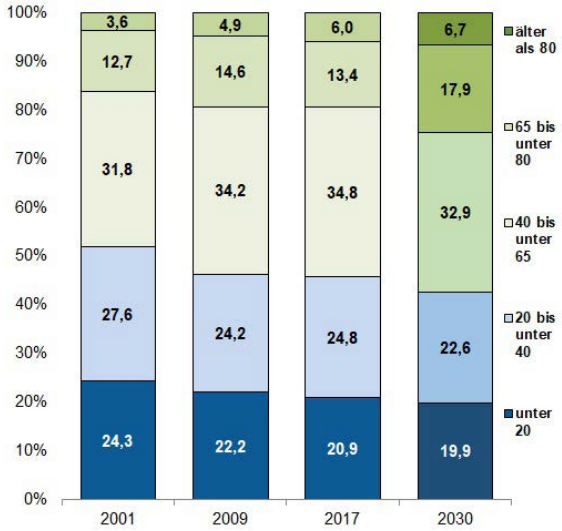
Landkreis Tuttlingen



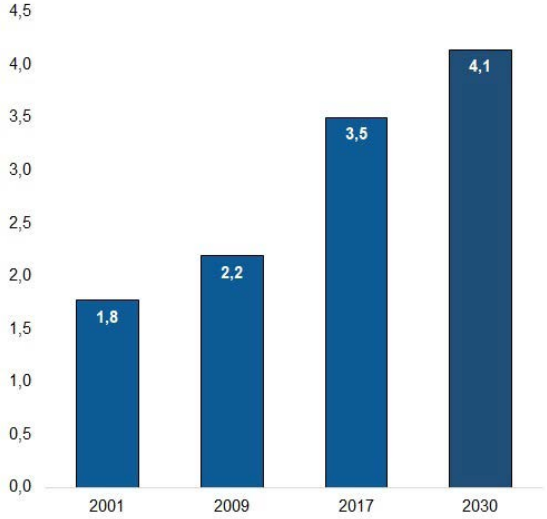
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		849	1.116
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		1.407	1.140
Pflegegeld		3.672	3.672
Summe		**5.928**	**5.928**
Kurzzeitpflege		42	45
Tagespflege:	Mindestbedarf	196	207
	Höchstbedarf	472	500

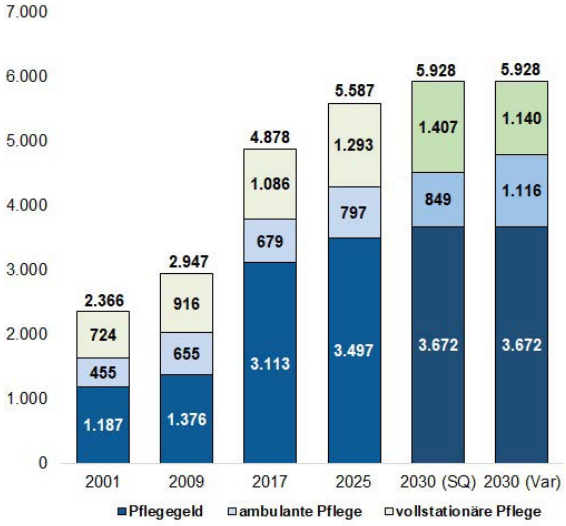
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



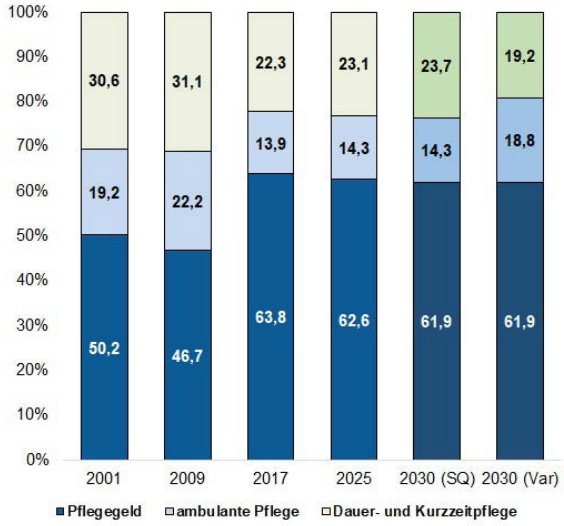
Pflegequote 2001–2030



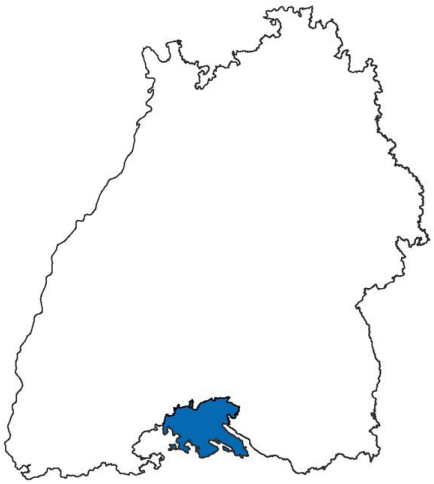
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



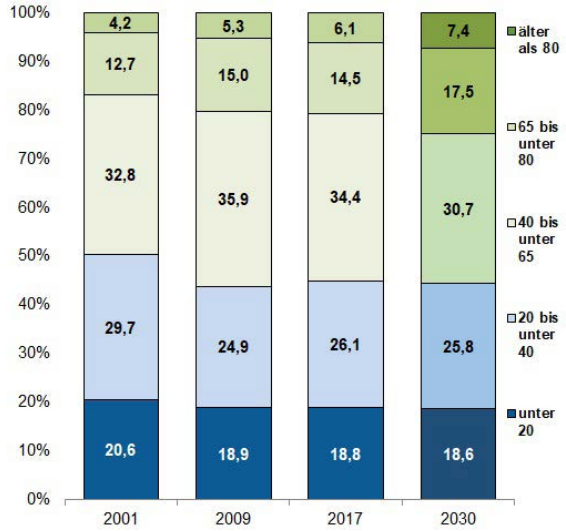
Landkreis Konstanz



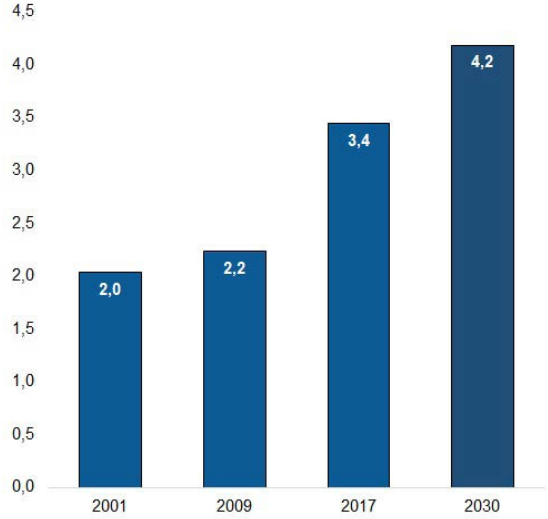
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		2.451	3.109
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		3.272	2.614
Pflegegeld		6.417	6.417
Summe		**12.140**	**12.140**
Kurzzeitpflege		83	89
Tagespflege:	Mindestbedarf	277	298
	Höchstbedarf	820	881

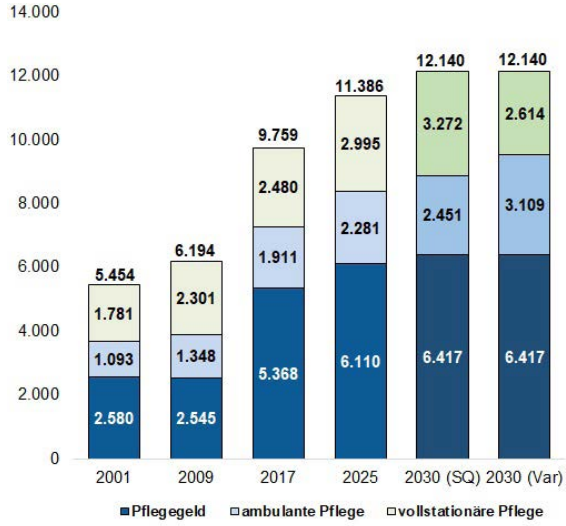
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



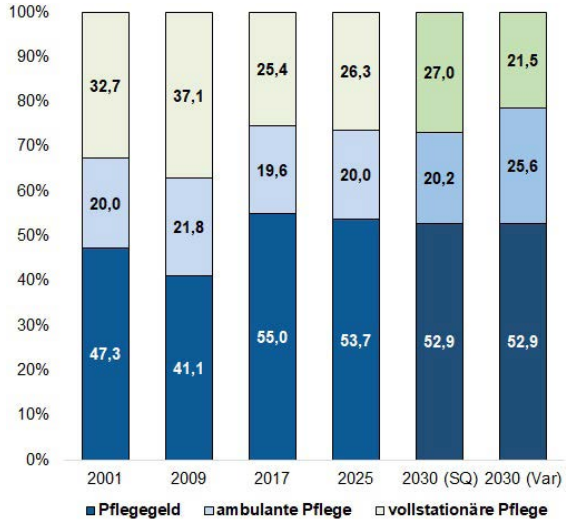
Pflegequote 2001–2030



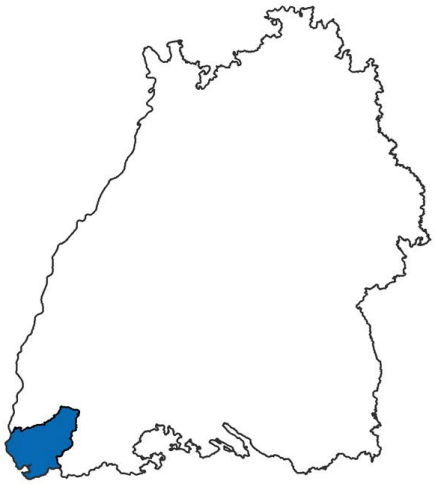
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



Landkreis Lörrach

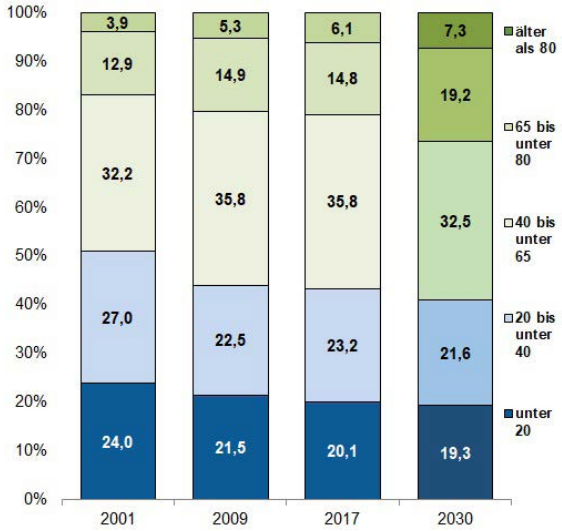


Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

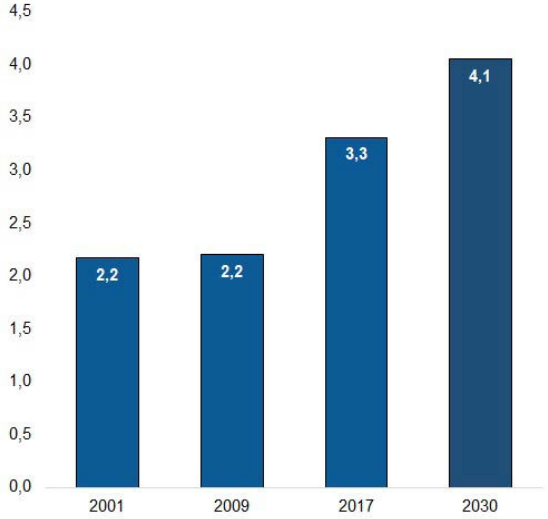
Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		1.831	2.425
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		2.634	2.039
Pflegegeld		5.038	5.038
Summe		**9.503**	**9.502**
Kurzzeitpflege		64	60
Tagespflege:	Mindestbedarf	221	240
	Höchstbedarf	641	697

Abweichungen sind rundungsbedingt

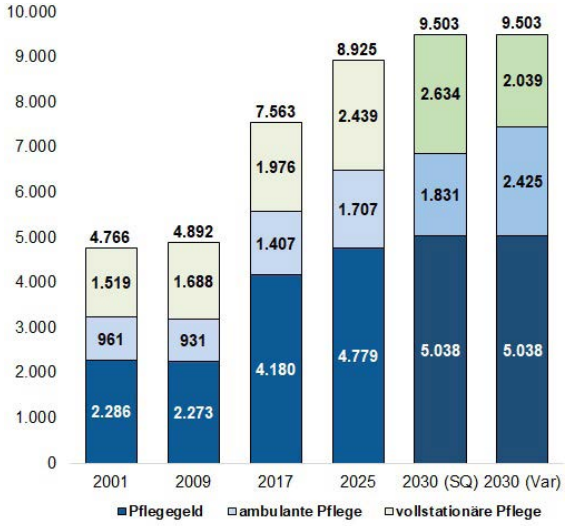
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



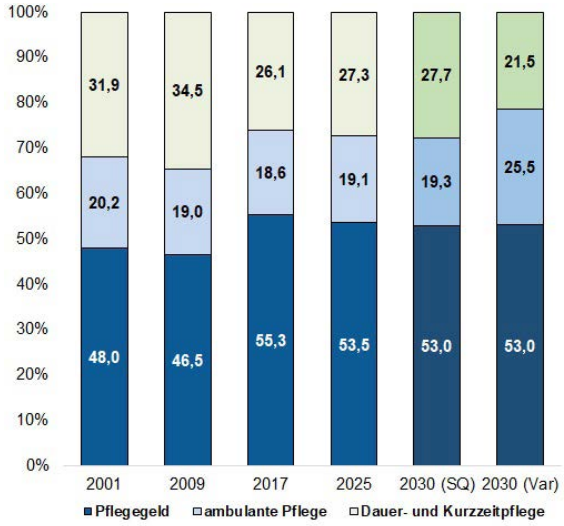
Pflegequote 2001–2030



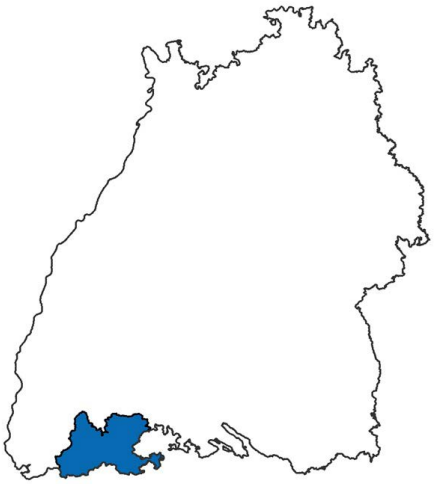
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



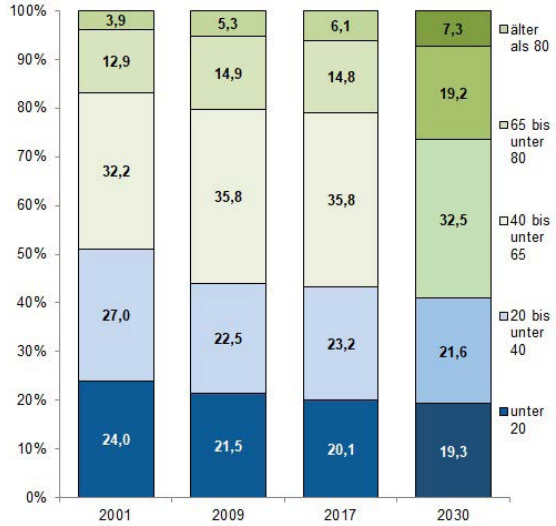
Landkreis Waldshut



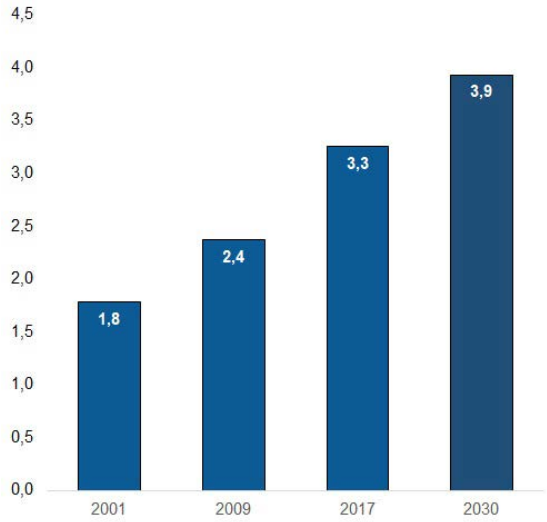
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		908	1.364
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		2.087	1.631
Pflegegeld		3.845	3.845
Summe		**6.840**	**6.840**
Kurzzeitpflege		44	49
Tagespflege:	Mindestbedarf	241	264
	Höchstbedarf	532	583

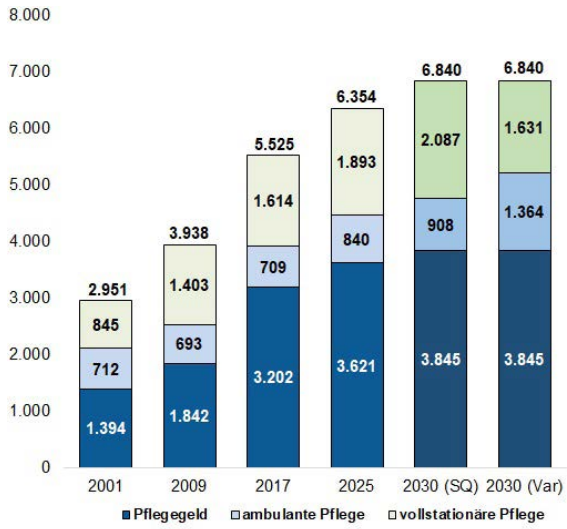
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



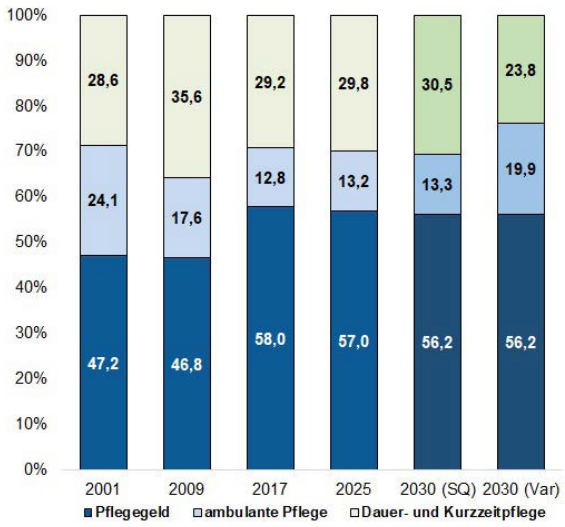
Pflegequote 2001–2030



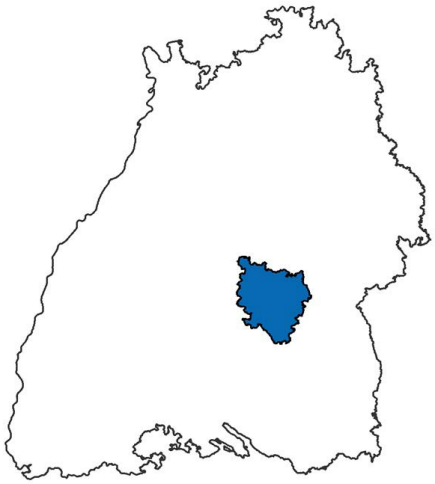
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



Landkreis Reutlingen

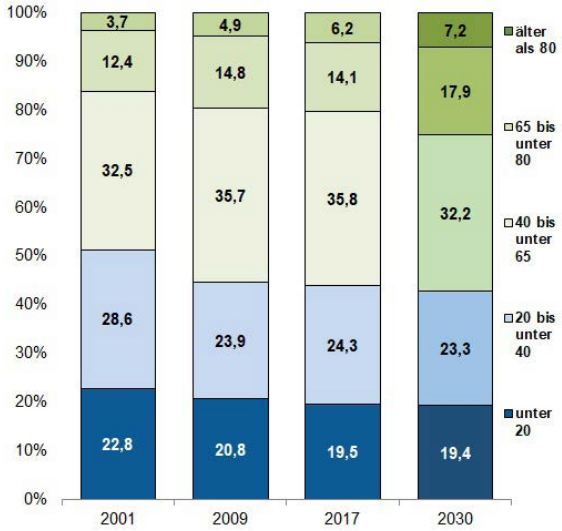


Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

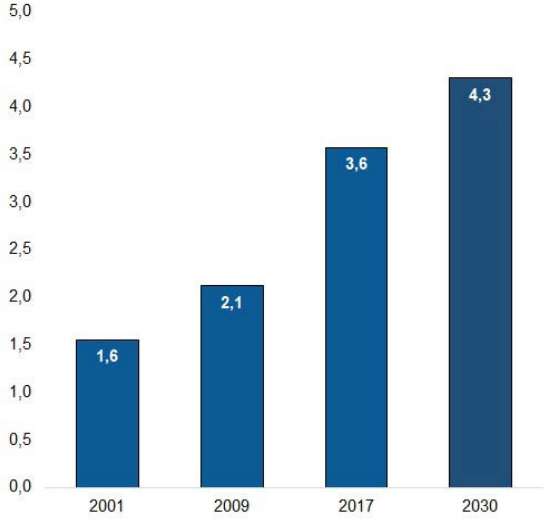
Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		2.147	2.694
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		2.932	2.386
Pflegegeld		7.447	7.447
Summe		**12.526**	**12.527**
Kurzzeitpflege		89	94
Tagespflege:	Mindestbedarf	239	253
	Höchstbedarf	826	873

Abweichungen sind rundungsbedingt

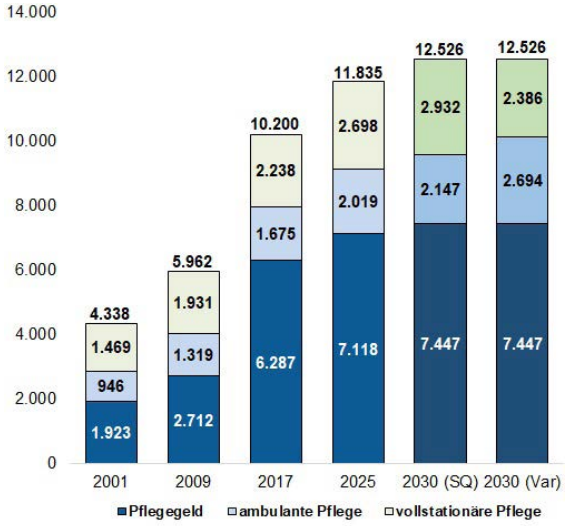
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



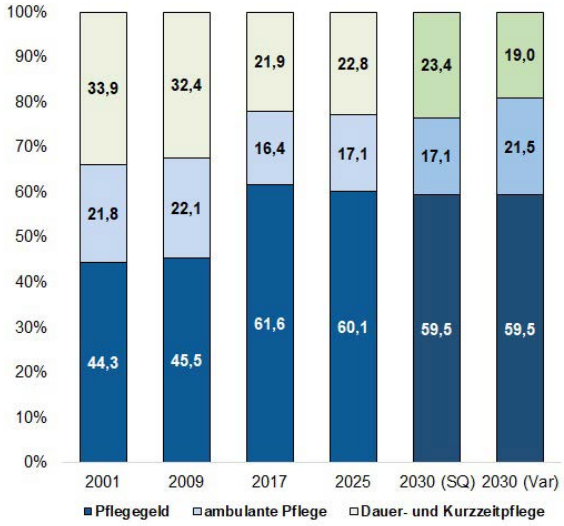
Pflegequote 2001–2030



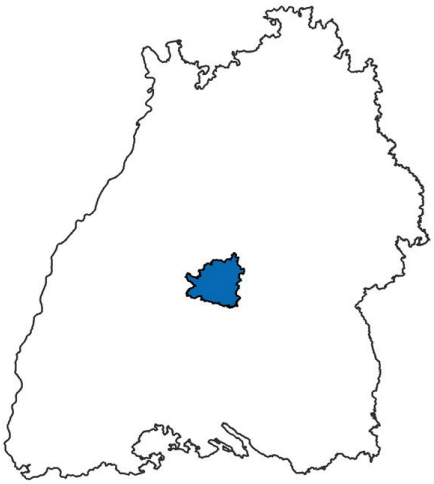
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



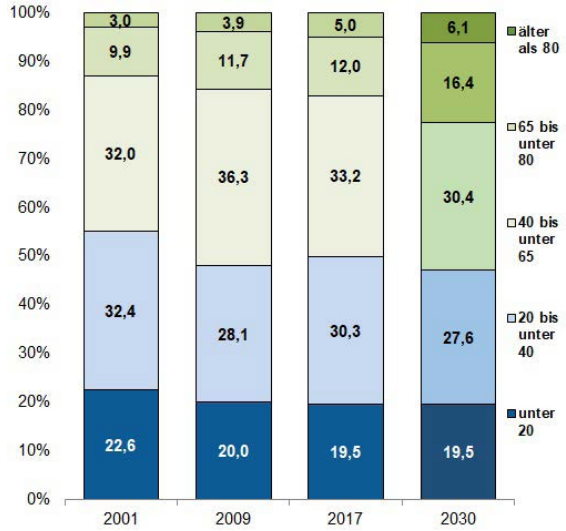
Landkreis Tübingen



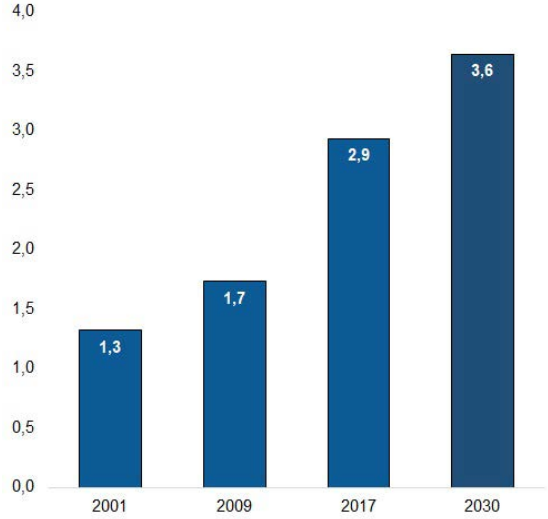
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		1.338	1.722
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		2.077	1.693
Pflegegeld		5.140	5.140
Summe		**8.555**	**8.555**
Kurzzeitpflege		60	64
Tagespflege:	Mindestbedarf	239	253
	Höchstbedarf	635	673

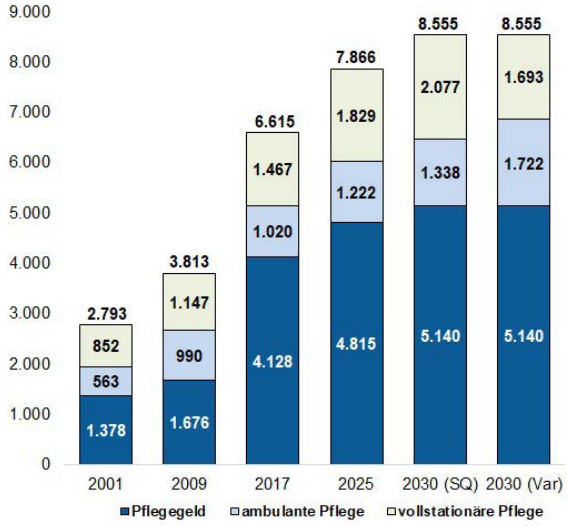
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



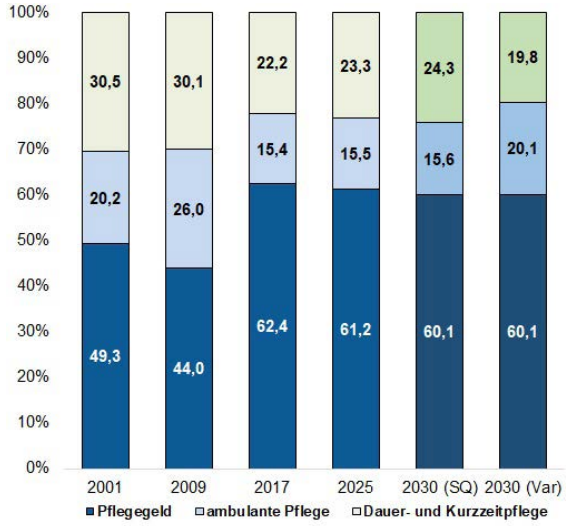
Pflegequote 2001–2030



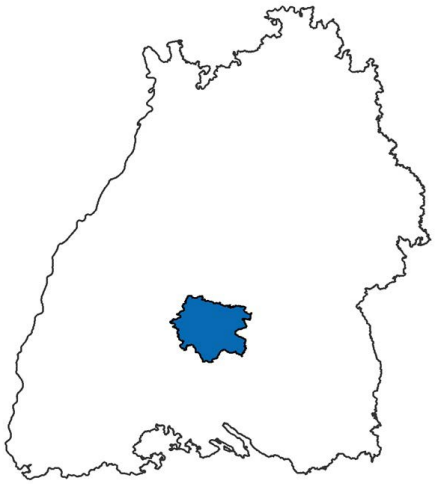
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



Zollernalbkreis

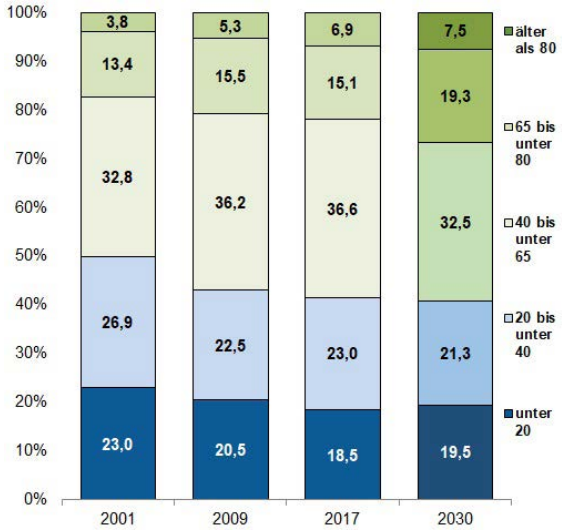


Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

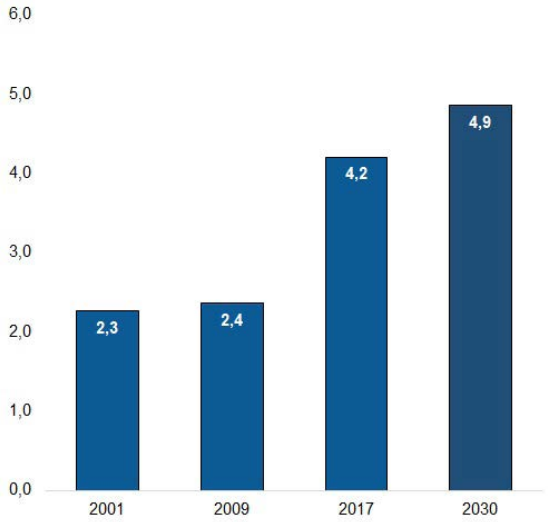
Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		1.709	2.128
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		1.940	1.522
Pflegegeld		5.697	5.697
Summe		**9.346**	**9.347**
Kurzzeitpflege		69	73
Tagespflege:	Mindestbedarf	287	304
	Höchstbedarf	741	783

Abweichungen sind rundungsbedingt

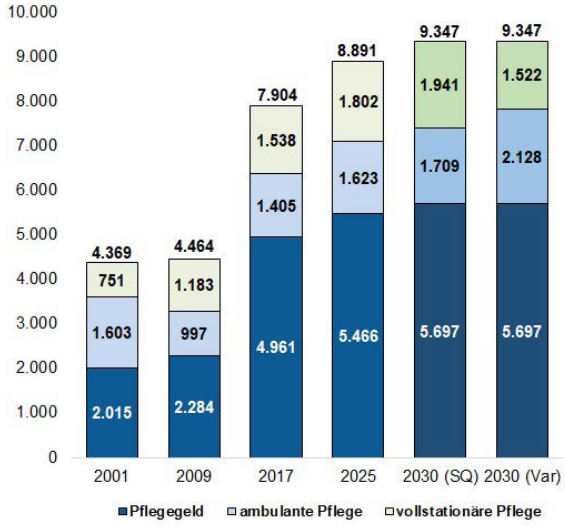
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



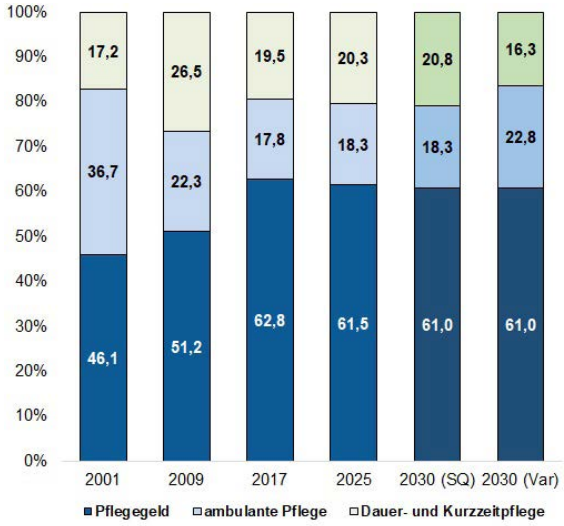
Pflegequote 2001–2030



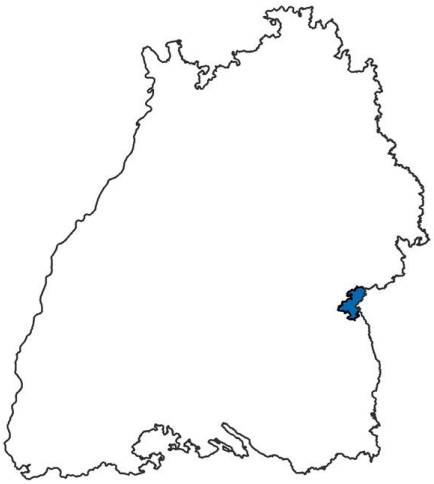
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



Stadt Ulm

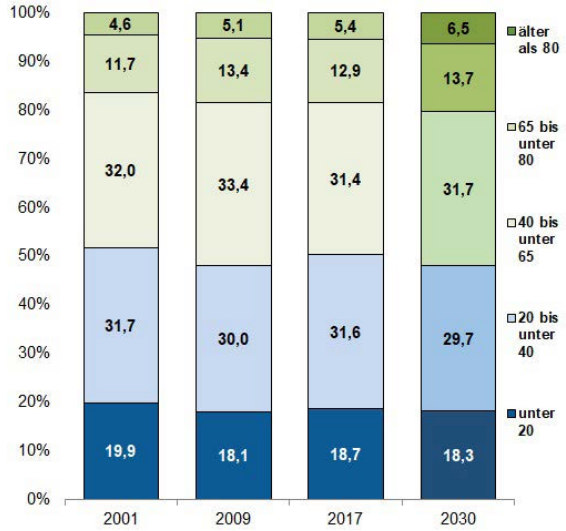


Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

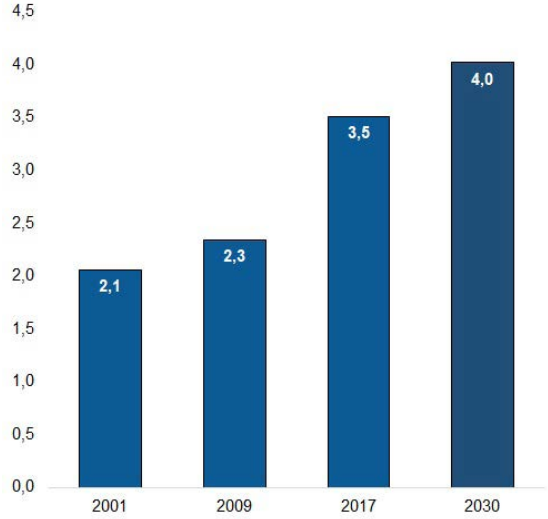
Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		976	1.244
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		1.499	1.232
Pflegegeld		2.845	2.845
Summe		**5.320**	**5.321**
Kurzzeitpflege		36	38
Tagespflege:	Mindestbedarf	195	209
	Höchstbedarf	429	459

Abweichungen sind rundungsbedingt

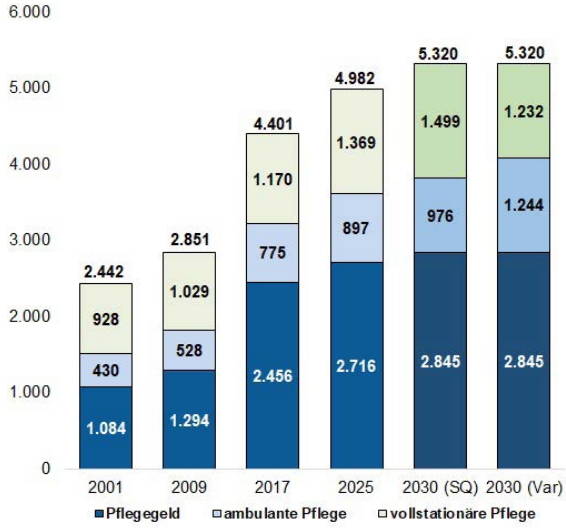
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



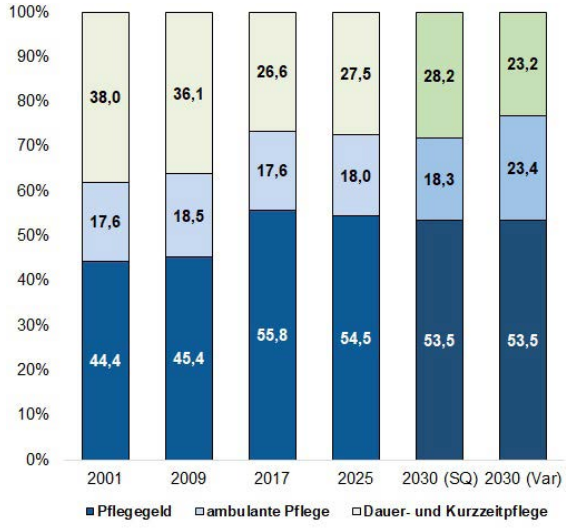
Pflegequote 2001–2030



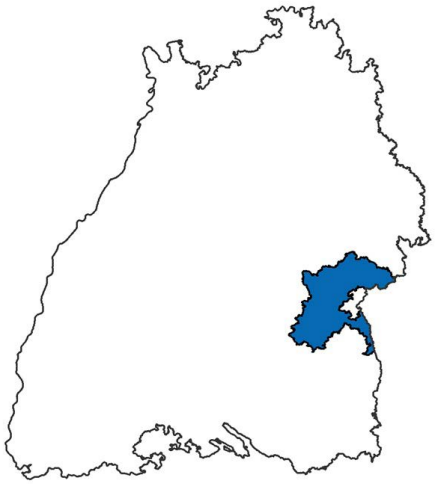
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



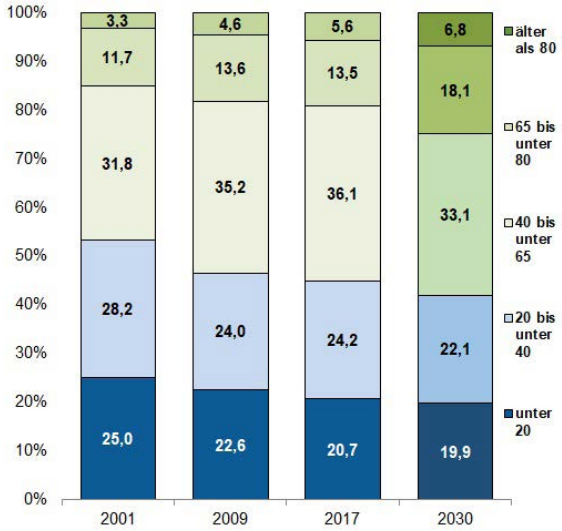
Alb-Donau-Kreis



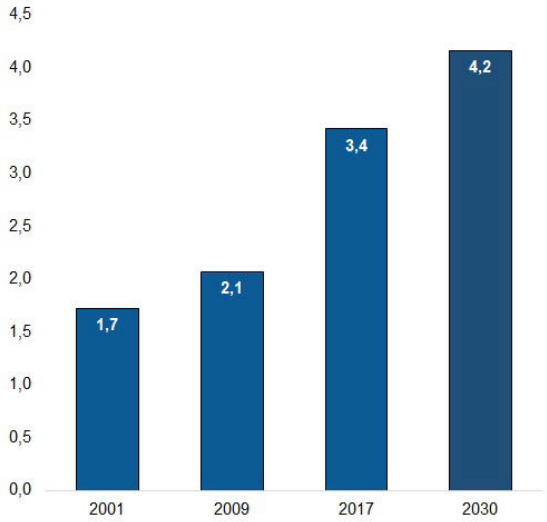
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		1.639	2.008
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		1.909	1.540
Pflegegeld		4.823	4.823
Summe		**8.371**	**8.371**
Kurzzeitpflege		60	64
Tagespflege:	Mindestbedarf	330	349
	Höchstbedarf	725	767

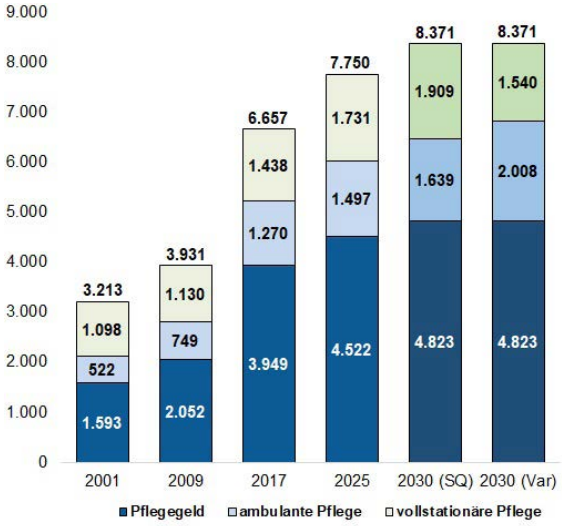
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



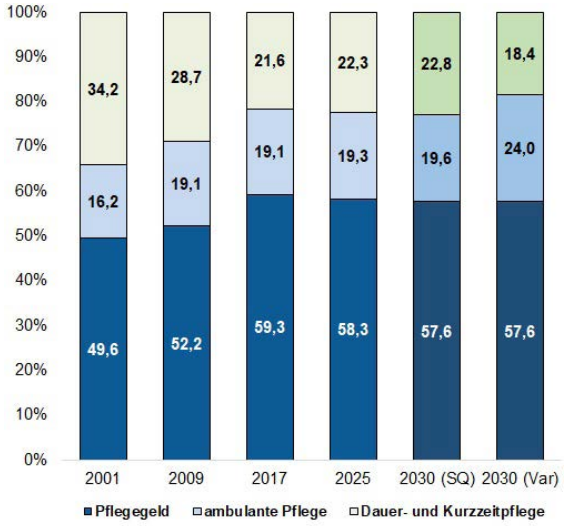
Pflegequote 2001–2030



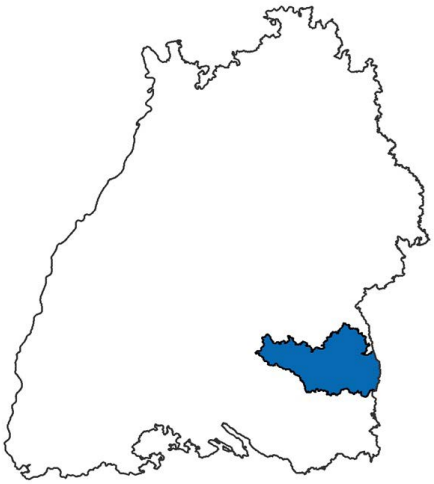
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



Landkreis Biberach

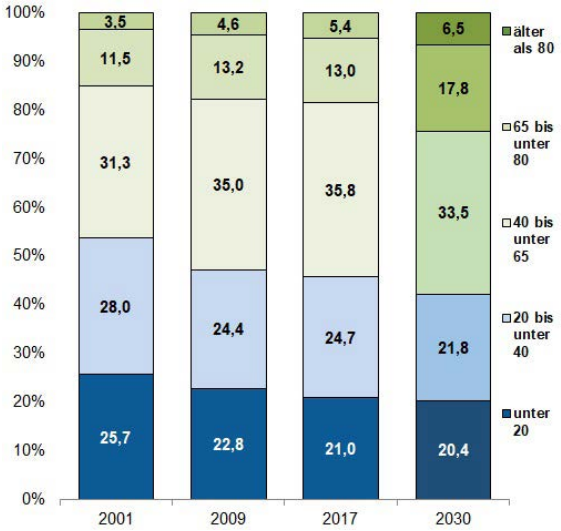


Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

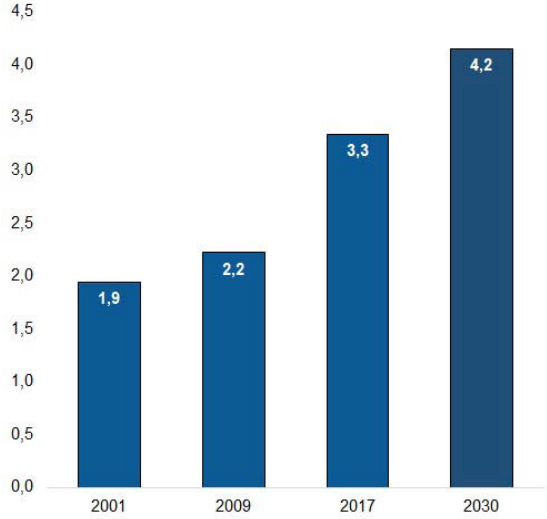
Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		1.252	1.690
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		2.108	1.669
Pflegegeld		5.191	5.191
Summe		**8.551**	**8.550**
Kurzzeitpflege		60	64
Tagespflege:	Mindestbedarf	344	368
	Höchstbedarf	738	789

Abweichungen sind rundungsbedingt

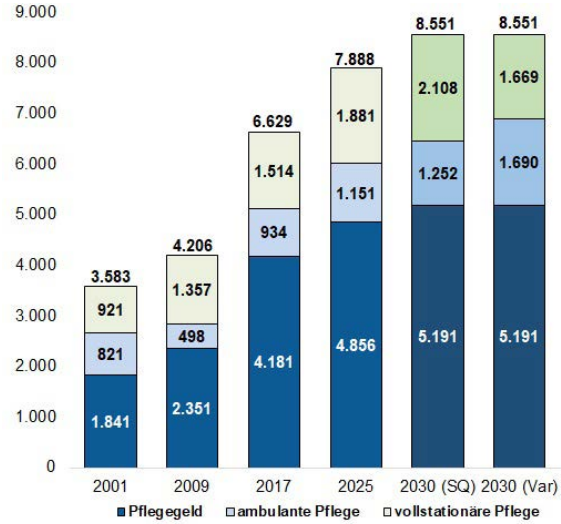
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



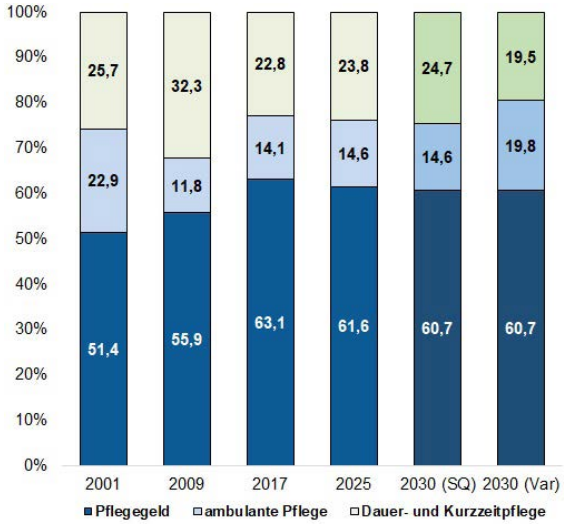
Pflegequote 2001–2030



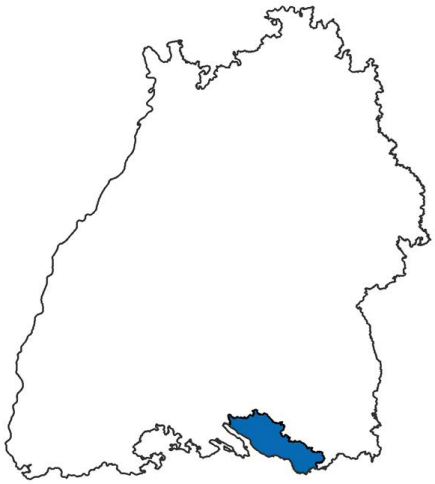
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



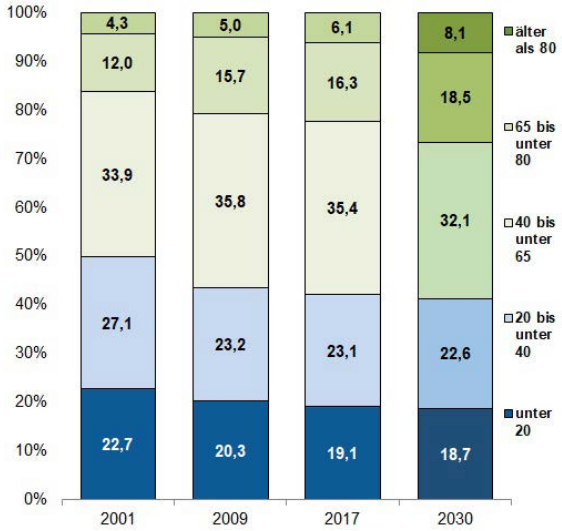
Bodenseekreis



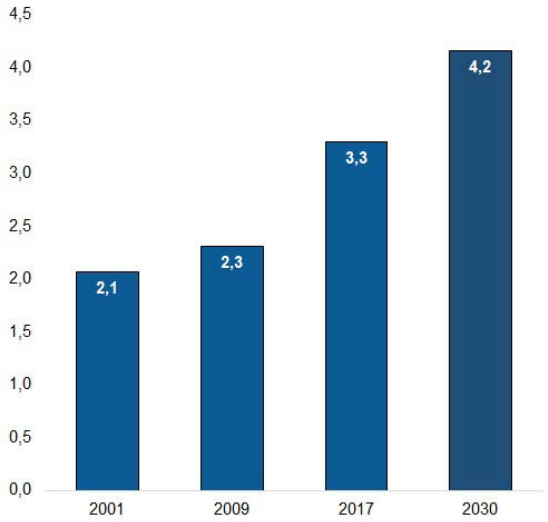
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		2.040	2.494
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		2.212	1.758
Pflegegeld		4.820	4.820
Summe		**9.072**	**9.072**
Kurzzeitpflege		64	68
Tagespflege:	Mindestbedarf	134	143
	Höchstbedarf	554	590

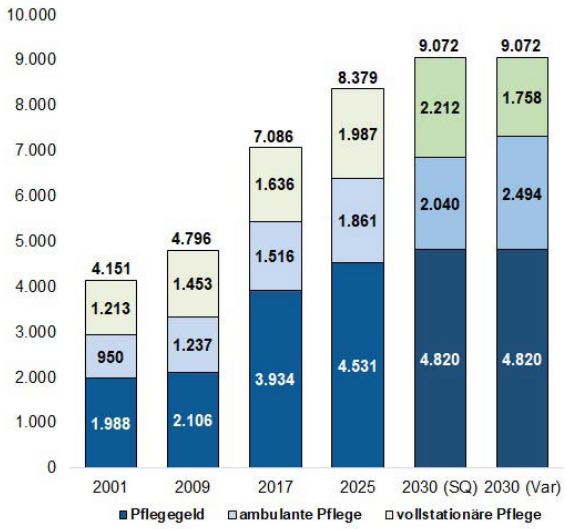
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



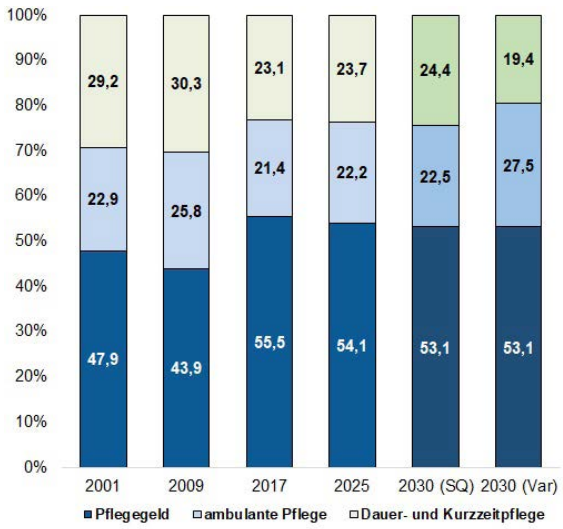
Pflegequote 2001–2030



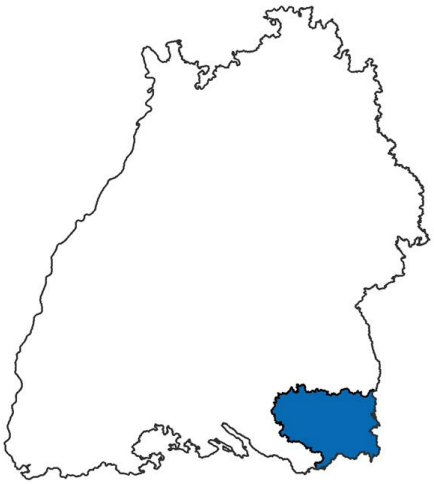
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



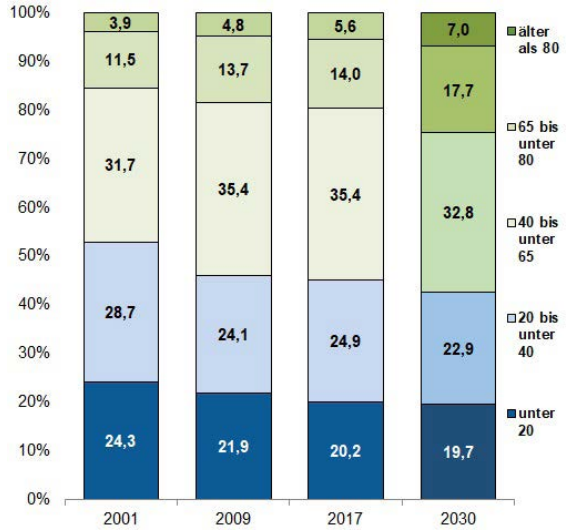
Landkreis Ravensburg



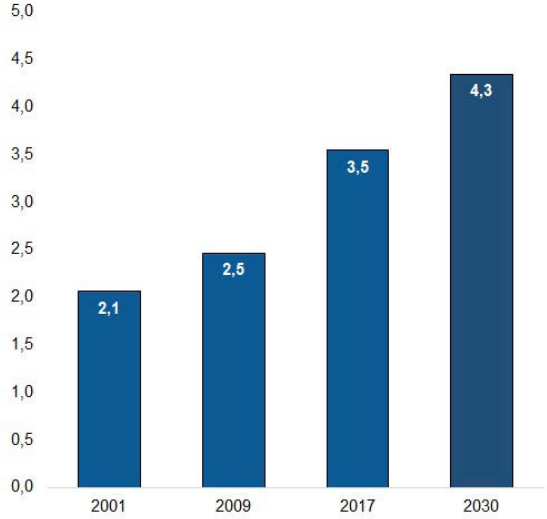
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		2.963	3.487
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		2.875	2.351
Pflegegeld		6.834	6.834
Summe		**12.672**	**12.672**
Kurzzeitpflege		91	96
Tagespflege:	Mindestbedarf	250	263
	Höchstbedarf	849	895

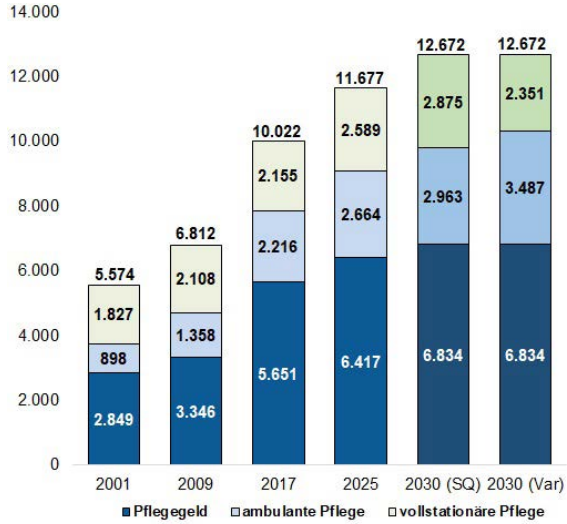
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



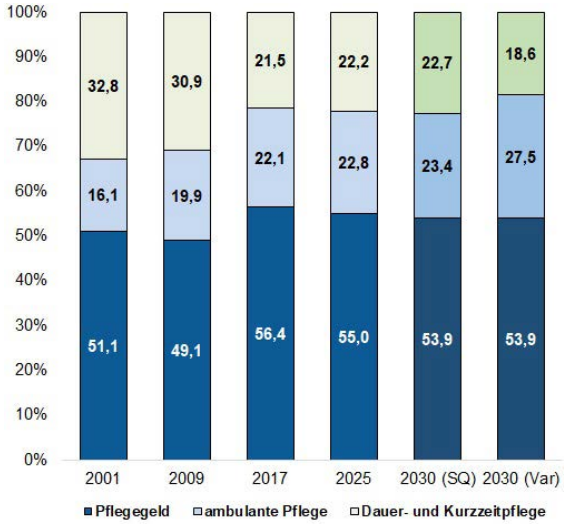
Pflegequote 2001–2030



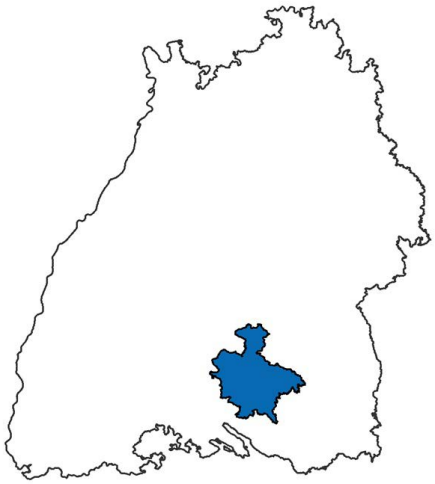
Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



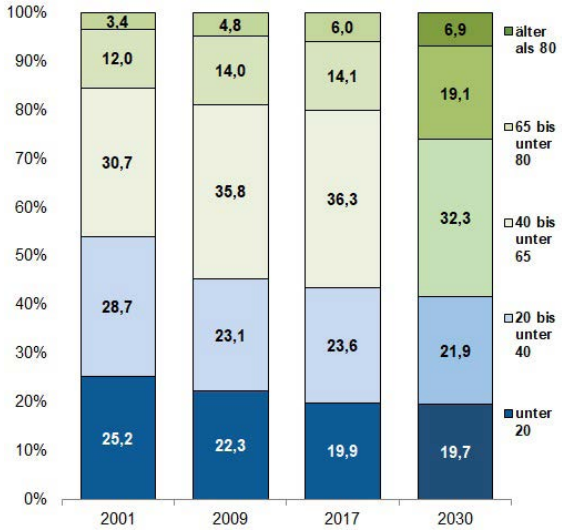
Landkreis Sigmaringen



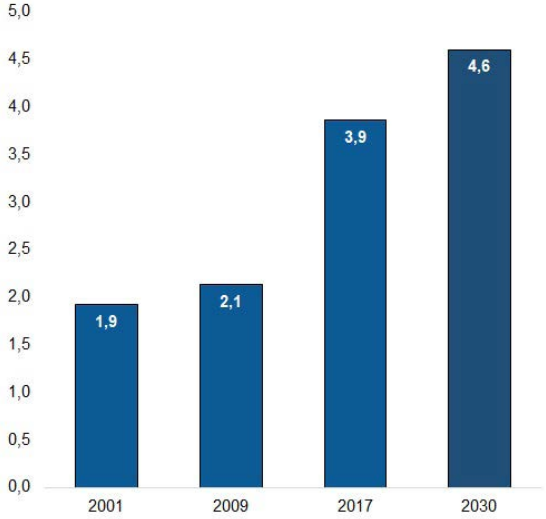
Orientierungswerte für Pflegeleistungen nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte		Status-Quo	Variante
ambulante Leistungen		1.090	1.322
stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)		1.312	1.080
Pflegegeld		3.738	3.738
Summe		**6.140**	**6.140**
Kurzzeitpflege		45	47
Tagespflege:	Mindestbedarf	198	208
	Höchstbedarf	494	517

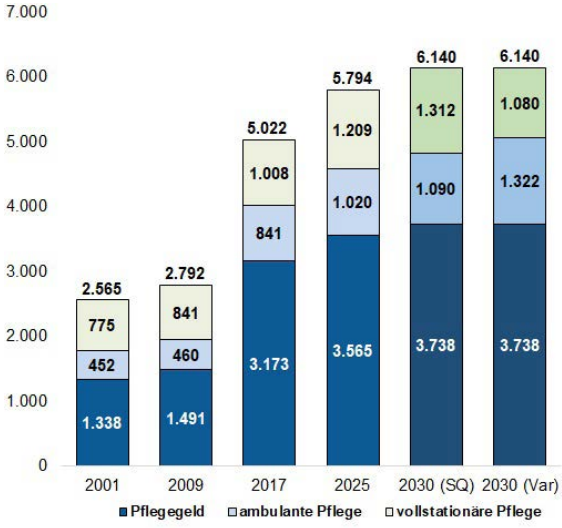
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



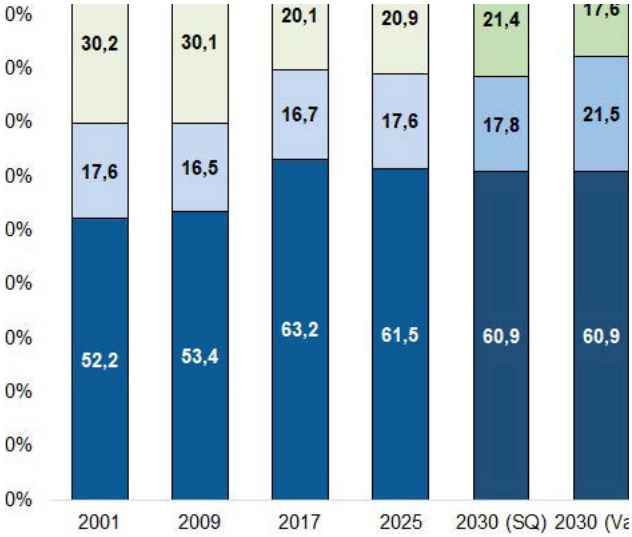
Pflegequote 2001–2030



Pflegebedürftige 2001–2030



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent



Anhang

Vorausrechnung von Pflegeleistungen – Methodik

I. Datenbasis

Für die Berechnung des künftigen Bedarfs an Pflegeleistungen wurden folgende Informationen verwendet:

- die Bevölkerungsstatistik des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg zum Stichtag 31.12.2017
- die regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg auf der Basis der Bevölkerungsstatistik vom 31.12.2017[5] und
- die Pflegestatistik des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg zum Stichtag 15.12.2017[6]

Die Pflegestatistik wird alle zwei Jahre erhoben.[7] Die aktuellste Bevölkerungsvorausrechnung beruht auf der Basis der Bevölkerungsstatistik zum 31.12.2017. Daher werden die Ergebnisse der Pflegestatistik 2017 auf die Bevölkerungszahlen zum 31.12.2017 bezogen, auch wenn hierzu bereits neuere Daten vorliegen.[8]

Als pflegebedürftig im Sinne der Pflegestatistik gelten Personen, die Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Voraussetzung hierfür ist, dass die Personen durch die Pflegekassen oder privaten Versicherungen in einen Pflegegrad eingestuft sind. Leistungen aus der Pflegeversicherung stehen Pflegebedürftigen in Pflegegrad 1 bis 5 zu. Pflegebedürftige in Pflegegrad 1 können jedoch nur einen Teil der Leistungen nutzen: Sie haben lediglich Anspruch auf Leistungen für Pflegehilfsmittel, für Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und den Entlastungsbetrag.

II. Methodik

Im Folgenden wird die Methodik der Vorausrechnung des KVJS beschrieben. Dies dient dazu, die Ergebnisse transparent und nachvollziehbar zu machen.

Es werden zwei grundlegende Berechnungen durchgeführt: In einem ersten Schritt wird zunächst die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen in Baden-Württemberg sowie in den einzelnen Stadt- und Landkreisen bestimmt. Anschließend werden diese auf die unterschiedlichen Leistungsformen der Pflegeversicherung verteilt.

1. Berechnung der zukünftigen Zahl pflegebedürftiger Menschen

Die Berechnung der Orientierungswerte kann auf unterschiedlichen Wegen erfolgen. Üblicherweise wird sie mit der durchschnittlichen Pflegequote für das Land Baden-Württemberg bestimmt. Diese lag im Jahr 2017 bei 3,6 Prozent. Die Pflegequoten der einzelnen Stadt- und Landkreise unterscheiden sich jedoch zum Teil deutlich von der Pflegequote des Landes Baden-Württemberg (siehe Abbildung 1). Eine Berechnung der Zahl pflegebedürftiger Menschen mit der Pflegequote des Landes würde deshalb in einigen Stadt- und Landkreisen bereits im Jahr 2017 zu einer Unter- beziehungsweise Überschätzung der tatsächlich vorhandenen Anzahl an pflegebedürftigen Menschen führen. Deshalb scheint es plausibel, die Zahl der pflegebedürftigen Menschen mit der kreisspezifischen Pflegequote zu berechnen. Dabei ist zu bedenken, dass damit die spezifischen Gegebenheiten vor Ort fortgeschrieben werden. Andererseits spiegeln sie die konkreten Verhältnisse wider und können nur zum Teil beeinflusst werden.

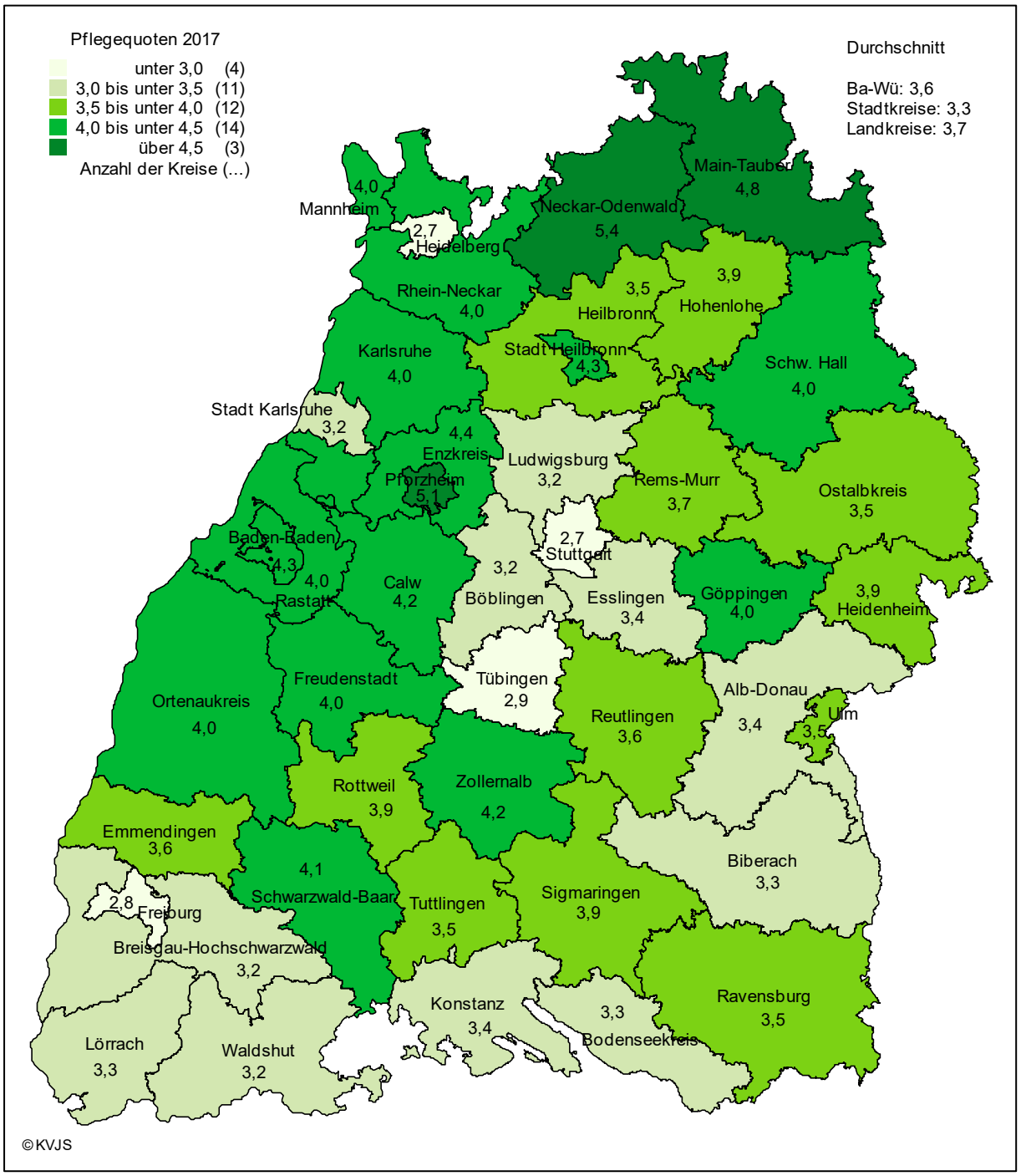
5 Ausgangspunkt für die regionale Bevölkerungsvorausrechnung ist der Bevölkerungsstand in den Kommunen zum 31. Dezember 2017.

6 Pflegebedürftige mit Pflegegrad 1, die ausschließlich Leistungen der nach Landesrecht anerkannten Angebote zur Unterstützung im Alltag beziehen und keine Leistungen der ambulanten Pflegedienste oder Pflegeheime nutzen, sind in der Pflegestatistik 2017 nicht ausgewiesen und können daher nicht berücksichtigt werden.

7 Die Pflegestatistik zum 15.12.2019 auf Kreisebene wird voraussichtlich im Frühjahr 2021 erscheinen. Die Pflegestatistik 2019 mit den Ergebnissen auf Landesebene ist im Dezember 2019 veröffentlicht worden.

8 Im Juni 2020 hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg die Bevölkerungsstatistik zum 31.12.2019 veröffentlicht.

Abbildung 1: Pflegequoten in den Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg im Jahr 2017



Grafik: KVJS. Datenbasis: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Pflegestatistik 2017.

Anhand der Informationen aus der Pflegestatistik wurde zunächst bestimmt, wie viele pflegebedürftige Frauen und Männer es im Jahr 2017 in bestimmten Altersgruppen in den jeweiligen Stadt- und Landkreisen gab. In den Altersgruppen ab 65 Jahren wurden jeweils fünf Jahrgänge zusammengefasst. Für die Bestimmung der pflegebedürftigen Frauen und Männer wurden neben den Pflegebedürftigen, die einem Pflegegrad von 2 bis 5 zugeordnet sind, auch Pflegebedürftige in Pflegegrad 1 berücksichtigt, die ambulante oder stationäre Leistungen oder das Pflegegeld in Anspruch nehmen.[9] Die Gesamtzahl der pflegebedürftigen Frauen und Männer je Altersgruppe wurde anschließend auf 1.000 Einwohner der entsprechenden Altersgruppe bezogen. Diese Anteile wurden auf die vom Statistischen Landesamt vorausberechnete Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht im Jahr 2030 bezogen. Unter der Annahme, dass sich der Anteil der Frauen und Männer in den entsprechenden Altersgruppen, die in Zukunft pflegebedürftig werden, nicht verändert, wurde die künftige Zahl pflegebedürftiger Menschen im Jahr 2030 bestimmt.

2. Berechnung der zukünftigen Nutzung der einzelnen Versorgungsangebote

In einem weiteren Schritt wurde betrachtet, welche Angebote die Pflegebedürftigen zum Stichtag der Pflegestatistik 2017 genutzt hatten. Die Verteilung der Pflegebedürftigen auf die unterschiedlichen Angebote der Pflegeversicherung liegt nach Alter und Geschlecht differenziert vor.

Die Berechnung erfolgt für die stationäre, ambulante und häusliche Pflege. Da die Leistungsempfänger von Tages- und Nachtpflege in Pflegegrad 2 bis 5 in der Regel auch Pflegegeld oder ambulante Pflegeleistungen erhalten, sind sie in der Pflegestatistik bereits bei der Zahl der Pflegebedürftigen insgesamt erfasst. Leistungsberechtigte in Pflegegrad 1, die ausschließlich teilstationäre Pflege erhalten, werden bei der Berechnung der zukünftigen Anzahl an pflegebedürftigen Menschen ebenfalls berücksichtigt. Da ihre Zahl gering ist und es nicht möglich ist ihre Anzahl im Jahr 2030 gesondert zu bestimmen, werden sie ebenfalls auf die unterschiedlichen Leistungsformen Pflegegeld, ambulante und stationäre Pflege verteilt.[10]

Der Anteil der Pflegebedürftigen, die vollstationär versorgt werden, ergibt sich aus der Anzahl der Pflegebedürftigen in der stationären Dauerpflege und derjenigen in Kurzzeitpflege. Im Gegensatz zu ganzjährig verfügbaren Kurzzeitpflegeplätzen stehen eingestreute Plätze nicht das gesamte Jahr über verlässlich für die Kurzzeitpflege zur Verfügung. Sie werden flexibel genutzt und können auch in stationäre Dauerpflegeplätze übergehen. Um diesen Überlegungen Rechnung zu tragen sowie die Praxis angemessen widerzuspiegeln, werden eingestreute Kurzzeitpflegeplätze zusammen mit den vollstationären Plätzen betrachtet.

Die Verteilung der Pflegebedürftigen auf die einzelnen Leistungsarten erfolgt auf zwei Wegen:

Status-Quo-Berechnung
Die Status-Quo-Berechnung basiert auf der Annahme, dass die Pflegebedürftigen im Jahr 2030 die einzelnen Leistungsarten so in Anspruch nehmen wie im Jahr 2017. Es wird also davon ausgegangen, dass Männer und Frauen in den unterschiedlichen Altersgruppen im Jahr 2030 zu gleichen Anteilen stationäre oder ambulante Pflege oder Pflegegeld nutzen wie im Jahr 2017. Verschiebungen zwischen den einzelnen Leistungsangeboten ergeben sich bei der Status-Quo-Berechnung durch die demografische Entwicklung. Steigt zum Beispiel die Zahl hochaltriger Pflegebedürftiger überproportional an, erhöht sich automatisch auch der Anteil stationärer Versorgung, da diese Versorgungsform in den höheren Altersgruppen stärker in Anspruch genommen wird.

9 Bei den Pflegebedürftigen in Pflegegrad 1 mit ambulanter oder stationärer Pflege handelt es sich hauptsächlich um Personen, die den Entlastungsbetrag für die ambulante oder stationäre Pflege einsetzen.

10 In Baden-Württemberg erhielten zum Stichtag der Pflegestatistik von insgesamt 398.612 pflegebedürftigen Menschen 141 Personen in Pflegegrad 1 ausschließlich teilstationäre Leistungen. Wird diese Zahl auf Kreisebene heruntergebrochen, ergibt sich je Kreis eine kaum nennenswerte Anzahl an Pflegebedürftigen in Pflegegrad 1 mit ausschließlich teilstationären Leistungen.

Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung
Der Variante liegt die Annahme zugrunde, dass die Veränderungen durch die Pflegestärkungsgesetze dazu führen, dass der Anteil der stationären Pflege abnimmt, während der Anteil der ambulanten Pflege zunimmt. Wie sich die Pflegestärkungsgesetze auf die Inanspruchnahme ambulanter und stationärer Pflegeangebote auswirken werden, lässt sich derzeit noch nicht abschließend feststellen. Pflegebedürftige bis einschließlich Pflegegrad 2 müssen seit dem 01.01.2017 mit höheren Kosten als bisher rechnen, wenn sie in ein Pflegeheim umziehen. Gleichzeitig wurden die Leistungen für ambulante und teilstationäre Angebote in der Pflegeversicherung ausgeweitet. Dies führt voraussichtlich dazu, dass Pflegebedürftige in niedrigen Pflegegraden zukünftig aus finanziellen Gründen in geringerem Ausmaß als bisher die Versorgung in einem Pflegeheim in Anspruch nehmen und eher ambulant versorgt werden.

Die Zahl der Pflegegeldempfänger ist bei beiden Berechnungen identisch. Dahinter steht die Annahme, dass die Pflegebedürftigen, die zuvor dem stationären Bedarf zugerechnet wurden, auch zukünftig professionelle pflegerische Hilfe benötigen.[11] Dies schließt nicht aus, dass zusätzlich auch die Zahl der Pflegegeldempfänger bei der Variante ansteigt – zum Beispiel bei der Inanspruchnahme einer sogenannten „Kombinationsleistung".[12] Auch die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen ist bei beiden Varianten gleich hoch. Es kommt lediglich zu Verschiebungen zwischen der stationären und der ambulanten Pflege.

Für die Berechnung der Variante wird zunächst der Anteil der stationär Versorgten in den Pflegegraden 1 und 2 bestimmt: Zum 15.12.2017 hatten in Baden-Württemberg 638 Pflegebedürftige in der stationären Dauer- und Kurzzeitpflege den Pflegegrad 1 sowie 19.209 Pflegebedürftige den Pflegegrad 2. Pflegeheimbewohner, für die in der Vorausrechnung zukünftig eine ambulante Versorgung angenommen wird, hatten im Jahr 2017 einen Anteil von 20,6 Prozent an allen stationär versorgten Pflegebedürftigen in Baden-Württemberg. Derselbe Anteil von 20,6 Prozent wird im Folgenden auch für das Jahr 2030 angenommen und vom errechneten stationären Bedarf nach der Status-Quo-Berechnung abgezogen. Dadurch ergibt sich eine andere Verteilung der Pflegeleistungen als bei der Status-Quo-Berechnung. Zu beachten ist, dass es sich hierbei um eine Maximalvariante handelt. Die Zahl der Pflegebedürftigen in stationärer Pflege mit Pflegegrad 1 und 2 wird zukünftig voraussichtlich abnehmen. Das Ausmaß des Rückgangs kann allerdings nicht genau abgeschätzt werden.[13]

a. Vorausrechnung von Pflegeleistungen – Ergebnisse

Nach der **Status-Quo-Berechnung** werden im Jahr 2030 in Baden-Württemberg insgesamt rund 500.000 Menschen auf Pflegeleistungen angewiesen sein. Davon erhalten 273.000 Pflegebedürftige Pflegegeld, 127.500 werden einen Platz in einem Pflegeheim benötigen und rund 97.000 Personen erhalten Unterstützung durch einen ambulanten Pflegedienst.

Wenn sich das Nachfrageverhalten der pflegebedürftigen Menschen bis zum Jahr 2030 nicht ändert und ambulante und stationäre Leistungen so in Anspruch genommen werden wie im Jahr 2017 (Status-Quo-Berechnung), wären im Jahr 2030 rund 53.000 Personen mehr auf professionelle Leistungen in Form von ambulanter und stationärer Pflege angewiesen. Ver-

11 In der Pflegestatistik werden Pflegebedürftige, die sowohl Pflegegeld als auch Pflege durch einen ambulanten Dienst erhalten, bei der ambulanten Pflege erfasst. Bei den Pflegegeldempfängern werden nur Pflegebedürftige erfasst, die ausschließlich Pflegegeld erhalten.

12 Die Kombinationsleistung besteht aus Pflegegeld und ambulanter Pflegesachleistung. Damit finanziert die Pflegekasse allen Pflegebedürftigen eine individuelle Kombination aus häuslicher Pflege durch einen Angehörigen und einen ambulanten Pflegedienst.

13 Pflegebedürftige, deren Leistungsanspruch aus der Pflegeversicherung vor dem Pflegestärkungsgesetz II höher war, fielen unter Bestandsschutz. Zum 31.12.2017 gab es daher noch eine beträchtliche Anzahl an Pflegebedürftigen in Pflegegrad 1 und 2, für die die Pflegekasse den Differenzbetrag übernommen hat.

schiebungen zwischen den einzelnen Leistungsangeboten ergeben sich bei der Status-Quo-Berechnung durch die demografische Entwicklung.

Stationäre Pflege verzeichnet höchste Steigerungsrate
Die Zahl der Pflegebedürftigen, die ambulant versorgt werden, wird bis zum Jahr 2030 um rund 21.000 Personen beziehungsweise rund 28,5 Prozent zunehmen. Auch die Zahl der Pflegebedürftigen, die zu Hause von Angehörigen mit Pflegegeld gepflegt und betreut werden, wird sich weiter erhöhen. Insgesamt werden voraussichtlich rund 273.000 Personen im Jahr 2030 Pflegegeld in Anspruch nehmen. Dies entspricht einer Steigerungsrate um rund 20,4 Prozent im Vergleich zum Jahr 2017. Die höchste Steigerungsrate wird die stationäre Pflege verzeichnen: Die Zahl der stationär versorgten Personen wird bis zum Jahr 2030 voraussichtlich um rund 31.000 Personen zunehmen. Dies entspricht einer Zunahme um 32,6 Prozent.

Wenn es durch gesetzliche Änderungen zu Veränderungen in der Leistungsgewährung kommt, dann werden sich vermutlich auch die Angebotsstruktur und das Nachfrageverhalten verändern. Es kann dadurch zu Verschiebungen zwischen den einzelnen Versorgungsarten kommen. Darüber hinaus ist fraglich, ob die Status-Quo-Berechnung zutreffen wird. Die auf ihrer Grundlage berechneten Ergebnisse sind als Orientierungswerte zu verstehen, wenn sich die Angebote und das Nachfrageverhalten der Pflegebedürftigen nach den einzelnen Leistungsarten gegenüber dem Jahr 2017 nicht verändern sollten.

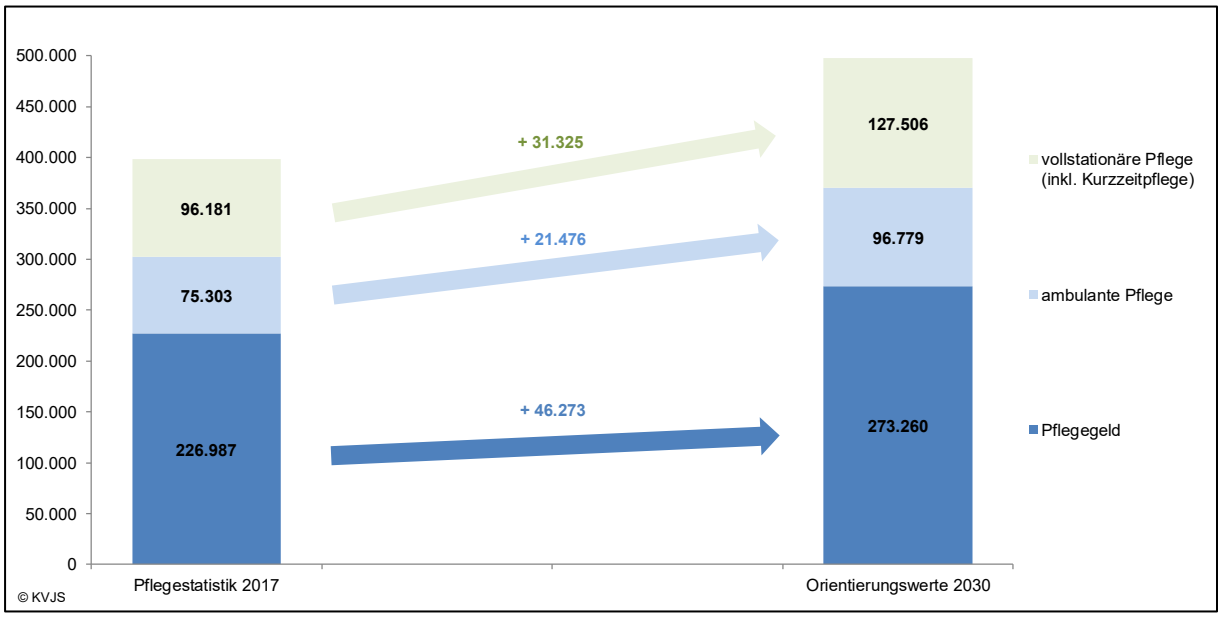
Variante: Zunahme der ambulanten Versorgung
Nach der **Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung** ergibt sich eine deutlich andere Verteilung der Pflegeleistungen. Die Auswirkungen eines veränderten Nutzerverhaltens auf den zukünftigen Bedarf sind beträchtlich: Die Zahl der ambulant versorgten Pflegebedürftigen erhöht sich auf 123.000 Menschen[14], während sich die Zahl derer, die in einem Pflegeheim versorgt werden, auf 101.000 reduziert.

Ambulante Pflege verzeichnet bei der Variante höchste Steigerungsrate
Nach der Variante ergibt sich der prozentual höchste Zuwachs aufgrund des veränderten Nutzerverhaltens im ambulanten Bereich mit einer Zunahme um 63,5 Prozent oder 47.782 Personen. Im stationären Bereich dagegen reduziert sich unter den veränderten Annahmen der Anstieg auf 5,2 Prozent oder 5.020 Personen.

Bei der Interpretation der Ergebnisse der Variante ist zu beachten, dass es sich hierbei um einen Mindestbedarf an vollstationärer Versorgung und einen Maximalbedarf an ambulanter Pflege handelt. Der Bedarf an vollstationären und ambulanten Leistungen wird mit hoher Wahrscheinlichkeit zwischen den Ergebnissen der Status-Quo-Berechnung und der Variante liegen.

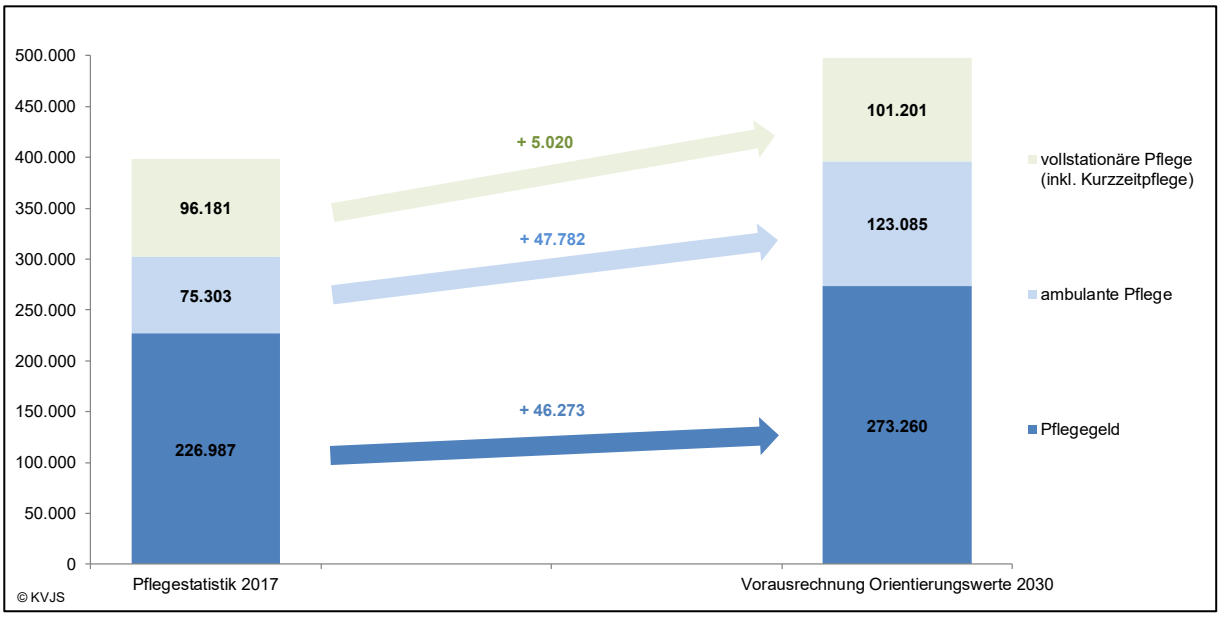
14 Bei den Personen, die in der Pflegestatistik ausgewiesen sind, handelt es sich ausschließlich um Menschen, die Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Ambulante Dienste versorgen aber auch Personen, die nicht pflegebedürftig im Sinne der Pflegeversicherung sind, zum Beispiel Menschen, die Leistungen nach dem SGB V erhalten oder sonstige Angebote der ambulanten Dienste in Anspruch nehmen. Diese sind in der Pflegestatistik nicht ausgewiesen und können nicht gesondert bestimmt werden. Daher ist zu beachten, dass die benötigte Anzahl an ambulanten Pflegeleistungen höher ist als vorausberechnet.

Abbildung 2: Pflegeleistungen im Jahr 2017 und Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung



Abweichungen von der Gesamtzahl der jeweils benötigten Pflegeleistungen in Tabelle 1 und 2 sind rundungsbedingt. Grafik: KVJS: Datenbasis: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Bevölkerungsvorausrechnung auf Basis der Bevölkerungsstatistik zum 31.12.2017 sowie Pflegestatistik 2017. Eigene Berechnungen KVJS.

Abbildung 3: Pflegeleistungen im Jahr 2017 und Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung



Abweichungen von der Gesamtzahl der jeweils benötigten Pflegeleistungen in Tabelle 1 und 2 sind rundungsbedingt. Grafik: KVJS: Datenbasis: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Bevölkerungsvorausrechnung auf Basis der Bevölkerungsstatistik zum 31.12.2017 sowie Pflegestatistik 2017. Eigene Berechnungen KVJS.

Tabelle 3: Vorausberechneter Bedarf an ambulanter Pflege in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung

Orientierungswerte für ambulante Pflegeleistungen im Jahr 2030		
Stadt-/Landkreis	**Status-Quo-Berechnung**	**Variante - Zunahme der ambulanten Versorgung**
Stadtkreis Stuttgart	3.354	4.459
Landkreis Böblingen	2.783	3.568
Landkreis Esslingen	4.811	5.985
Landkreis Göppingen	2.990	3.678
Landkreis Ludwigsburg	4.996	6.123
Landkreis Rems-Murr-Kreis	3.990	5.059
Stadtkreis Heilbronn	1.419	1.918
Landkreis Heilbronn	3.189	4.139
Landkreis Hohenlohekreis	867	1.257
Landkreis Schwäbisch Hall	2.350	2.931
Landkreis Main-Tauber-Kreis	1.606	2.003
Landkreis Heidenheim	1.112	1.462
Landkreis Ostalbkreis	2.207	3.095
Stadtkreis Baden-Baden	539	733
Stadtkreis Karlsruhe	2.036	2.802
Landkreis Karlsruhe	4.268	5.448
Landkreis Rastatt	1.956	2.417
Stadtkreis Heidelberg	1.168	1.535
Stadtkreis Mannheim	2.751	3.695
Landkreis Neckar-Odenwaldkreis	2.224	2.644
Landkreis Rhein-Neckar-Kreis	5.493	6.883
Stadtkreis Pforzheim	1.169	1.561
Landkreis Calw	1.516	1.964
Landkreis Enzkreis	2.834	3.189
Landkreis Freudenstadt	984	1.411
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	1.497	1.924
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	2.198	2.848
Landkreis Emmendingen	1.598	1.937
Landkreis Ortenaukreis	4.358	5.330
Landkreis Rottweil	1.194	1.570
Landkreis Schwarzwald-Baar-Kreis	2.129	2.714
Landkreis Tuttlingen	849	1.116
Landkreis Konstanz	2.451	3.109
Landkreis Lörrach	1.831	2.425
Landkreis Waldshut	908	1.364
Landkreis Reutlingen	2.147	2.694
Landkreis Tübingen	1.338	1.722
Landkreis Zollernalbkreis	1.709	2.128
Stadtkreis Ulm	976	1.244
Landkreis Alb-Donau-Kreis	1.639	2.008
Landkreis Biberach	1.252	1.690
Landkreis Bodenseekreis	2.040	2.494
Landkreis Ravensburg	2.963	3.487
Landkreis Sigmaringen	1.090	1.322
Baden-Württemberg	**96.779**	**123.085**

Abweichungen von der Gesamtzahl der jeweils benötigten Pflegeleistungen in Abbildung 2 und 3 sind rundungsbedingt. Grafik: KVJS. Datenbasis: Bevölkerungsvorausrechnung auf der Basis der Bevölkerungsstatistik zum 31.12.2017 sowie Pflegestatistik 2017 des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Eigene Berechnungen KVJS.

Tabelle 4: Vorausberechneter Bedarf an Dauerpflegeplätzen (einschließlich eingestreuter Kurzzeitpflegeplätze) in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung

Orientierungswerte für stationäre Pflege im Jahr 2030		
Stadt-/Landkreis	**Status-Quo-Berechnung**	**Variante - Zunahme der ambulanten Versorgung**
Stadtkreis Stuttgart	6.014	4.908
Landkreis Böblingen	4.124	3.339
Landkreis Esslingen	5.929	4.756
Landkreis Göppingen	2.967	2.279
Landkreis Ludwigsburg	5.842	4.715
Landkreis Rems-Murr-Kreis	5.085	4.016
Stadtkreis Heilbronn	1.903	1.404
Landkreis Heilbronn	4.192	3.242
Landkreis Hohenlohekreis	1.678	1.287
Landkreis Schwäbisch Hall	2.412	1.831
Landkreis Main-Tauber-Kreis	2.039	1.642
Landkreis Heidenheim	1.676	1.326
Landkreis Ostalbkreis	3.726	2.838
Stadtkreis Baden-Baden	928	733
Stadtkreis Karlsruhe	3.616	2.850
Landkreis Karlsruhe	5.516	4.336
Landkreis Rastatt	2.391	1.931
Stadtkreis Heidelberg	1.504	1.137
Stadtkreis Mannheim	3.732	2.788
Landkreis Neckar-Odenwaldkreis	2.250	1.829
Landkreis Rhein-Neckar-Kreis	6.521	5.131
Stadtkreis Pforzheim	1.906	1.514
Landkreis Calw	2.265	1.817
Landkreis Enzkreis	2.254	1.900
Landkreis Freudenstadt	1.803	1.376
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	2.395	1.968
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	2.667	2.017
Landkreis Emmendingen	1.844	1.504
Landkreis Ortenaukreis	5.476	4.505
Landkreis Rottweil	1.709	1.333
Landkreis Schwarzwald-Baar-Kreis	2.878	2.294
Landkreis Tuttlingen	1.407	1.140
Landkreis Konstanz	3.272	2.614
Landkreis Lörrach	2.634	2.039
Landkreis Waldshut	2.087	1.631
Landkreis Reutlingen	2.932	2.386
Landkreis Tübingen	2.077	1.693
Landkreis Zollernalbkreis	1.940	1.522
Stadtkreis Ulm	1.499	1.232
Landkreis Alb-Donau-Kreis	1.909	1.540
Landkreis Biberach	2.108	1.669
Landkreis Bodenseekreis	2.212	1.758
Landkreis Ravensburg	2.875	2.351
Landkreis Sigmaringen	1.312	1.080
Baden-Württemberg	**127.506**	**101.201**

Abweichungen von der Gesamtzahl der jeweils benötigten Pflegeleistungen in Abbildung 2 und 3 sind rundungsbedingt. Grafik: KVJS. Datenbasis: Bevölkerungsvorausrechnung auf der Basis der Bevölkerungsstatistik zum 31.12.2017 sowie Pflegestatistik 2017 des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Eigene Berechnungen KVJS.

b. Vorausrechnung in der Kurzzeitpflege – Methodik und Ergebnisse

Die Berechnung der Orientierungswerte für Kurzzeitpflegeplätze gestaltet sich deutlich schwieriger als die Berechnung im Bereich der Dauerpflege. Dies hat mehrere Gründe:

- In der Pflegestatistik des Statistischen Landesamtes werden die Leistungsempfänger von Kurzzeitpflege am Stichtag 15.12. erhoben. Es ist unklar, ob zu diesem Stichtag alle Menschen, die ein solches Angebot in Anspruch nehmen wollten, auch einen Platz gefunden haben.
- Darüber hinaus bildet die Stichtagszahl nicht ab, ob Angebot und Nachfrage in der Kurzzeitpflege auf das ganze Jahr gesehen übereinstimmen: Typisch für die Kurzzeitpflege sind saisonale Nachfragespitzen und unvorhersehbare kurzfristige Bedarfe.
- Eingestreute Kurzzeitpflegeplätze stehen nicht ausschließlich für die Kurzzeitpflege zur Verfügung, sondern werden (auch) für die Dauerpflege genutzt. Kurzzeitpflegeplätze werden jedoch häufig kurzfristig benötigt, zum Beispiel nach einem Krankenhausaufenthalt oder in Krisensituationen, um die häusliche Pflege zu stabilisieren. Die Bestimmung von Orientierungswerten für die Kurzzeitpflege sollte daher das Ziel verfolgen, Bedarfe für solitäre und ganzjährig vorgehaltene Kurzzeitpflegeplätze zu berechnen. Dies ist aufgrund der vorhandenen Datenlage nur eingeschränkt leistbar.

Der KVJS hat Annahmen entwickelt, die es ermöglichen, sich dem Bedarf in der Kurzzeitpflege anzunähern. Dazu wird auf die Statistik über die Leistungen aus der Pflegeversicherung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg für das Jahr 2019[15] und den Barmer-Pflegereport 2018 zurückgegriffen. Daraus ergeben sich folgende Angaben:

- Anhand der Statistik der Pflegeversicherung kann bestimmt werden, wie viele Tage pro Jahr die Kurzzeitpflege im Durchschnitt von pflegebedürftigen Menschen genutzt wird. Im Jahr 2019 haben pflegebedürftige Personen durchschnittlich an 19 Tagen pro Jahr Kurzzeitpflege in Anspruch genommen.[16]
- Aus dem Barmer-Pflegereport 2018 können Anhaltspunkte gewonnen werden, wie viele pflegende Angehörige17 Kurzzeitpflege nutzen würden, wenn ausreichend Angebote zur Verfügung stünden und der Zugang zur Kurzzeitpflege einfacher gestaltet wäre. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass 17,7 Prozent der pflegenden Angehörigen eine Kurzzeitpflege unter verbesserten Rahmenbedingungen nutzen würden.[18]

Unter der Annahme, dass sich die durchschnittliche Nutzung von Kurzzeitpflege pro Jahr und der Anteil der pflegenden Angehörigen, die Kurzzeitpflege unter verbesserten Rahmenbedingungen nutzen würden, zukünftig nicht verändert, kann ein **Höchstbedarf für die Kurzzeitpflege** berechnet werden. Das bedeutet, dass davon ausgegangen wird, dass auch im Jahr 2030 17,7 Prozent der pflegenden Angehörigen Kurzzeitpflege an durchschnittlich 19 Tagen pro Jahr in Anspruch nehmen würden, wenn ausreichend Angebote vorhanden wären. Dieser Anteil kann auf die vorausberechnete Zahl der Pflegebedürftigen in häuslicher Pflege im Jahr 2030 in den einzelnen Stadt- und Landkreisen bezogen werden.[19] Die Anzahl der häuslich gepflegten Menschen variiert je nachdem, ob die Status-Quo-Berechnung oder die Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung zugrunde gelegt wird (siehe Methodik).

15 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Vierteljährliche Statistik über Leistungsfälle und Leistungstage nach Pflegearten und Pflegegraden (PG 1), Berichtszeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2019.

16 In den Jahren 2017 und 2018 zeigte sich eine ähnliche durchschnittliche Nutzungsdauer pro Pflegebedürftigen.

17 Pflegende Angehörige werden im Folgenden definiert als die Personen, die hauptsächlich die Pflege und Versorgung des Pflegebedürftigen übernehmen. Es kann sich dabei um einen Angehörigen oder um nahestehende Pflegepersonen handeln.

18 Barmer (Hrsg.), 2018: Pflegereport 2018, Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse, Band 12, S. 137.

19 Dabei wird die Annahme getroffen, dass der Großteil der Pflegebedürftigen von einem Angehörigen oder einer sonstigen nahestehenden Person ausschließlich oder mit Hilfe eines ambulanten Dienstes gepflegt wird.

Die Berechnung eines Mindestbedarfs an Kurzzeitpflegeplätzen oder des Bedarfs an Kurzzeitpflege nach § 39 c SGB V ist anhand der vorhandenen Datenlage nicht möglich.[20]

Für die einzelnen Stadt- und Landkreise ergeben sich auf Basis dieser Annahmen folgende Orientierungswerte für solitäre und ganzjährig vorgehaltene Kurzzeitpflegeplätze:

20 Es liegen keine Anhaltspunkte darüber vor, wie viele Menschen mit kurzfristigem Pflegebedarf nach einem Krankenhausaufenthalt einen Kurzzeitpflegeplatz suchen und gegebenenfalls nicht finden.

Tabelle 5: Vorausberechneter Höchstbedarf an verlässlichen Kurzzeitpflegeplätzen im Jahr 2030 in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung

Orientierungswerte für solitäre und ganzjährig verfügbare Kurzzeitpflegeplätze im Jahr 2030		
Stadt-/Landkreis	**Status-Quo-Berechnung**	**Variante - Zunahme der ambulanten Versorgung**
Stadtkreis Stuttgart	130	140
Landkreis Böblingen	113	120
Landkreis Esslingen	161	172
Landkreis Göppingen	89	95
Landkreis Ludwigsburg	159	169
Landkreis Rems-Murr-Kreis	138	148
Stadtkreis Heilbronn	43	48
Landkreis Heilbronn	108	117
Landkreis Hohenlohekreis	36	40
Landkreis Schwäbisch Hall	68	73
Landkreis Main-Tauber-Kreis	54	58
Landkreis Heidenheim	43	46
Landkreis Ostalbkreis	90	99
Stadtkreis Baden-Baden	18	19
Stadtkreis Karlsruhe	77	84
Landkreis Karlsruhe	156	167
Landkreis Rastatt	83	87
Stadtkreis Heidelberg	36	39
Stadtkreis Mannheim	102	111
Landkreis Neckar-Odenwaldkreis	70	74
Landkreis Rhein-Neckar-Kreis	201	214
Stadtkreis Pforzheim	51	54
Landkreis Calw	59	63
Landkreis Enzkreis	81	84
Landkreis Freudenstadt	38	42
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	51	54
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	75	81
Landkreis Emmendingen	54	57
Landkreis Ortenaukreis	143	152
Landkreis Rottweil	48	52
Landkreis Schwarzwald-Baar-Kreis	69	74
Landkreis Tuttlingen	42	45
Landkreis Konstanz	83	89
Landkreis Lörrach	64	70
Landkreis Waldshut	44	49
Landkreis Reutlingen	89	94
Landkreis Tübingen	60	64
Landkreis Zollernalbkreis	69	73
Stadtkreis Ulm	36	38
Landkreis Alb-Donau-Kreis	60	64
Landkreis Biberach	60	64
Landkreis Bodenseekreis	64	68
Landkreis Ravensburg	91	96
Landkreis Sigmaringen	45	47
Baden-Württemberg	**3.451**	**3.694**

Grafik: KVJS. Datenbasis: Bevölkerungsvorausrechnung auf der Basis der Bevölkerungsstatistik zum 31.12.2017 sowie Pflegestatistik 2017 des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Eigene Berechnungen KVJS.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass für die Kurzzeitpflege der Höchstbedarf an Plätzen berechnet wurde.

c. Vorausrechnung in der Tagespflege – Methodik und Ergebnisse

Bedarfsvorausrechnungen im Bereich der Tagespflege stoßen ebenso wie bei der Kurzzeitpflege an methodische Grenzen. Dies hat mehrere Gründe:

- Die Plätze in einer Tagespflege werden in der Regel von mehreren Personen genutzt. Das ist möglich, weil ein Teil der Gäste die Tagespflege nur an einigen Tagen in der Woche in Anspruch nimmt. Dementsprechend ist die Zahl der Gäste höher als die Zahl der Plätze. Für Planungszwecke ist eine Umrechnung erforderlich, die aufgrund der Datenlage nur eingeschränkt leistbar ist. Der KVJS greift hierfür auf eine Einschätzung aus einem Fachbeitrag[21] zurück: Nach diesem benötigen Tagespflegeeinrichtungen mit 12 Plätzen eine Gästezahl zwischen 30 und 40, um eine Vollauslastung und Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten. Dies entspricht einer Relation von 2,5 beziehungsweise 3,3 Gästen pro Platz. Ergebnisse aus Erhebungen des KVJS bei Tagespflegen im Rahmen der Seniorenplanungen sowie die Zunahme der Tagespflegenutzung in den vergangenen Jahren deuten eher auf die niedrigere Gäste-Platz-Relation hin. Daher wird der niedrigere Wert von 2,5 Gästen pro Platz für die Bestimmung von Orientierungswerten in der Tagespflege herangezogen.
- Seit 2015 hat die Inanspruchnahme von Tagespflege durch die Leistungsausweitungen im Rahmen der Pflegestärkungsgesetze und den Ausbau an Plätzen in Baden-Württemberg deutlich zugenommen. Inwiefern sich diese Entwicklung in den folgenden Jahren fortsetzt, ist derzeit nicht absehbar. Auch die Folgen der angekündigten Pflegereform der Bundesregierung können zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden.
- Werden Tagespflegeangebote auch von Gästen genutzt, die außerhalb des Stadt- oder Landkreises wohnen, hat dies Auswirkungen auf den zukünftigen Bedarf. Planungen in den Nachbarkreisen haben daher Einfluss auf den Bedarf und die Auslastung von Tagespflegeeinrichtungen in den Kommunen an den Kreisgrenzen.

Anhand bestimmter Annahmen kann der voraussichtliche Bedarf in der Tagespflege berechnet werden. Da die zukünftigen Entwicklungen in der Tagespflege noch nicht absehbar sind, berechnet der KVJS einen Mindest- und einen Höchstbedarf in der Tagespflege. Die tatsächliche Entwicklung wird sich voraussichtlich innerhalb dieses Korridors abspielen.

Für die **Berechnung des Mindestbedarfs** wird davon ausgegangen, dass sich das Nachfrageverhalten der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2030 nicht wesentlich verändert. Die derzeitige Nutzung von Tagespflege wird fortgeschrieben. Anhand der aktuellen Tagespflegeplätze in den einzelnen Stadt- und Landkreisen[22] und der Anzahl der häuslich gepflegten Pflegebedürftigen desselben Jahres kann der Anteil der pflegebedürftigen Menschen bestimmt werden, die eine Tagespflegeleistung im Jahr 2020 nutzen. Derselbe Anteil wird bei dieser Berechnung auch für das Jahr 2030 angenommen.

Die **Berechnung eines Höchstbedarfs** in der Tagespflege erfolgt unter der Annahme, dass zusätzlich zu den aktuellen Nutzern von Tagespflege weitere 15,3 Prozent hinzukommen, die eine Tagespflege nutzen würden, wenn ausreichend Angebote vorhanden und der Zugang zu Angeboten erleichtert würde.[23] Derselbe Anteil wird auch für das Jahr 2030 angenommen und auf die Anzahl der häuslich gepflegten Personen im Jahr 2030 bezogen. Die Anzahl der häuslich gepflegten Pflegebedürftigen im Jahr 2030 unterscheidet sich, je nachdem ob von der Status-Quo-Berechnung oder der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung ausgegangen wird (siehe Methodik). Deswegen werden für die Tagespflege vier unterschiedliche Orientierungswerte angegeben.

21 Vgl. Rommel, Ulrich: Mit Tagespflege punkten. In: Altenheim 4/2017, S.54-57.

22 Grundlage für die Bestimmung der aktuellen Tagespflegeplätze in den einzelnen Kreisen sind die Informationen aus dem Einrichtungs-Informations-System (EIS) des KVJS, Stand 01.07.2020.

23 Dieses Ergebnis beruht auf der Versichertenbefragung der Barmer im Rahmen des Barmer-Pflegereports 2018. Barmer (Hrsg.), 2018: Pflegereport 2018, Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse, Band 12, S. 134.

Tabelle 6: Vorausberechneter Bedarf an Tagespflegeplätzen im Jahr 2030 in den einzelnen Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung: Mindest- und Höchstbedarf

Orientierungswerte für Tagespflegeplätze im Jahr 2030				
Stadt-/Landkreis	Status-Quo-Berechnung		Variante - Zunahme der ambulanten Versorgung	
	Mindestbedarf	Höchstbedarf	Mindestbedarf	Höchstbedarf
Stadtkreis Stuttgart	514	1.368	555	1.476
Landkreis Böblingen	354	1.096	377	1.167
Landkreis Esslingen	434	1.490	464	1.591
Landkreis Göppingen	342	924	367	991
Landkreis Ludwigsburg	421	1.463	449	1.560
Landkreis Rems-Murr-Kreis	365	1.273	391	1.364
Stadtkreis Heilbronn	93	378	103	419
Landkreis Heilbronn	375	1.083	406	1.172
Landkreis Hohenlohekreis	135	374	149	411
Landkreis Schwäbisch Hall	186	629	201	680
Landkreis Main-Tauber-Kreis	234	589	250	629
Landkreis Heidenheim	201	480	216	517
Landkreis Ostalbkreis	303	897	331	979
Stadtkreis Baden-Baden	143	258	158	285
Stadtkreis Karlsruhe	246	749	269	819
Landkreis Karlsruhe	703	1.729	753	1.851
Landkreis Rastatt	339	883	357	929
Stadtkreis Heidelberg	74	310	81	340
Stadtkreis Mannheim	232	903	252	981
Landkreis Neckar-Odenwaldkreis	358	818	377	863
Landkreis Rhein-Neckar-Kreis	542	1.861	577	1.981
Stadtkreis Pforzheim	170	502	183	539
Landkreis Calw	236	622	253	667
Landkreis Enzkreis	432	961	450	1.001
Landkreis Freudenstadt	219	468	242	517
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	94	426	101	459
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	306	797	330	861
Landkreis Emmendingen	161	517	170	547
Landkreis Ortenaukreis	989	1.926	1.052	2.048
Landkreis Rottweil	153	471	164	505
Landkreis Schwarzwald-Baar-Kreis	295	746	319	805
Landkreis Tuttlingen	196	472	207	500
Landkreis Konstanz	277	820	298	881
Landkreis Lörrach	221	641	240	697
Landkreis Waldshut	241	532	264	583
Landkreis Reutlingen	239	826	253	873
Landkreis Tübingen	239	635	253	673
Landkreis Zollernalbkreis	287	741	304	783
Stadtkreis Ulm	195	429	209	459
Landkreis Alb-Donau-Kreis	330	725	349	767
Landkreis Biberach	344	738	368	789
Landkreis Bodenseekreis	134	554	143	590
Landkreis Ravensburg	250	849	263	895
Landkreis Sigmaringen	198	494	208	517
Baden-Württemberg	**12.800**	**35.447**	**13.706**	**37.961**

Grafik: KVJS. Datenbasis: Bevölkerungsvorausrechnung auf der Basis der Bevölkerungsstatistik zum 31.12.2017 sowie Pflegestatistik 2017 des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Eigene Berechnungen KVJS.

Notizen

Für Ihre Notizen

Für Ihre Notizen

Notizen

Für Ihre Notizen

Impressum

Februar 2021

Herausgeber:
Kommunalverband für Jugend
und Soziales Baden-Württemberg
Dezernat Soziales
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
Telefon 0711 6375-0
info@kvjs.de
www.kvjs.de

Verfasserinnen:
Bettina Ghiorghita
Cora Rapp

Gestaltung:
Waltraud Gross

Bestellung/Versand:
Manuela Weissenberger
Telefon: 0711/6375-307
Sekretariat21@kvjs.de

Redaktioneller Hinweis:
Wir bitten um Verständnis, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf eine durchgängige Nennung der weiblichen und männlichen Bezeichnungen verzichtet wird. Selbstverständlich beziehen sich die Texte in gleicher Weise auf Frauen, Männer und Diverse.

KVJS

**Kommunalverband
für Jugend und Soziales
Baden-Württemberg**

Postanschrift:
Postfach 10 60 22
70049 Stuttgart

Hausadresse:
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
Telefon 07 11 63 75-0

www.kvjs.de
info@kvjs.de